



„Gegen den Raubzug auf die Taschen des Volkes“

Der Austritt der KPÖ aus der Figl-Regierung im November 1947

MANFRED MUGRAUER

Vor 75 Jahren, im November 1947, schied die KPÖ aus der österreichischen Bundesregierung aus, der sie seit dem April 1945 – als Gründerpartei der Zweiten Republik – angehört hatte. Zunächst neben ÖVP und SPÖ drittelparitätisch an der Provisorischen Regierung Renner beteiligt, war sie in der im Dezember 1945 von Leopold Figl (ÖVP) gebildeten Konzentrationsregierung mit nur noch einem Minister vertreten. Für die Entscheidung, trotz des ernüchternden Wahlergebnisses vom November 1945 in die Regierung Figl-Schärf einzutreten, waren sowohl taktische Erwägungen als auch grundsätzliche Faktoren ausschlaggebend. Eine nicht unbedeutende Rolle spielte die Überlegung, sich nicht vom politischen Geschehen ausschließen lassen zu wollen und der Gefahr einer politischen Isolierung zu entgehen. Einem späteren Regierungsaustritt wurde gegenüber dem völligen Fernbleiben von der Regierungsverantwortung eine größere Wirkung beigemessen.¹ In den folgenden beiden Jahren lavierte die KPÖ zwischen Regierung und Opposition. Sie versuchte auf der einen Seite ihr Image als „konstruktive Staatspartei“ zu wahren, auf der anderen Seite setzte sie verstärkt auf Konfrontation mit ÖVP und SPÖ, die die Weichen in Richtung Westorientierung und kapitalistische Restauration stellten.

Neuwahlkampagne

Einen ersten Höhepunkt der kommunistischen Kampagne gegen die Regierung Figl-Schärf stellte die im November 1946 erhobene Forderung nach Neuwahlen dar. Um dieser Forderung größeren Nachdruck zu verleihen, setzte die KPÖ verstärkt auf außerparlamentarische Aktionen, die an die miserable wirtschaftliche Situation und die soziale Lage der Bevölkerung anknüpften. Die Steigerung der Proteste zu einer Massenbewegung wurde zum wichtigsten politischen Ziel der Partei. Als Höhepunkt dieser Mobili-

sierung war der Austritt aus der Regierung geplant. Der günstigste Zeitpunkt für einen solchen Schritt sollte erst gefunden werden, als Neuwahltermin wurde jedoch bereits das Frühjahr 1947 angepeilt. Die strategische Perspektive dieser Orientierung bestand darin, mittels Neuwahlen eine stärkere Vertretung der Partei in einer neuen Regierung zu erreichen, um gemeinsam mit der SPÖ eine Mehrheit der beiden ArbeiterInnenparteien gegen die ÖVP zu erreichen. Es ging zu diesem Zeitpunkt also nicht darum, als mandatsstärkere Oppositionspartei aus Neuwahlen hervorzugehen, sondern darum, den politischen Einfluss der KPÖ in der Regierung zu stärken.

Zwischen Herbst 1946 und Jänner 1947 mehrten sich im Zentralkomitee der KPÖ die Stimmen, die einen sofortigen Austritt aus der Regierung favorisierten, darunter der Wiener Landesobmann Josef Lauscher, der steiermärkische Landtagsabgeordnete Ditto Pölzl, der Chefredakteur der Parteizeitung der KPÖ Steiermark Willy Scholz und die oberösterreichische Landesorganisation. Als Hauptargumente führten sie diesbezügliche Stimmungen an der Parteibasis und die Befürchtung ins Treffen, dass die Mitverantwortung für die als reaktionär kritisierte Regierungspolitik die Entfaltung von sozialökonomischen Massenbewegungen hemme.² Das wichtigste Argument, warum solche auf einen Regierungsaustritt abzielenden Stimmen letztlich in der Minderheit blieben, war jenes des Generalsekretärs Friedl Fürnberg, wonach das Ausscheiden aus der Regierung zu einer Stärkung des kommunistischen Einflusses führen müsse, wozu Neuwahlen notwendig seien, und nicht zu einer Schwächung der – ohnehin bescheidenen – kommunistischen Machtposition.³ Anfang 1947 trat die Option eines Regierungsaustritts für die KPÖ vorübergehend in den Hintergrund, weil die Partei angesichts der anlaufenden Staatsvertragsverhandlungen in London

und Moskau dem Vorwurf ausweichen wollte, sie erschwere die für Österreich wichtigen Verhandlungen.

Erster Höhepunkt der kommunistischen Orientierung auf einen Generalstreik war die Demonstration auf dem Wiener Ballhausplatz am 5. Mai 1947. Diese stellte zwar die erste große Massenkundgebung der Zweiten Republik dar, sie machte jedoch deutlich, dass man von einer einheitlichen Massenaktion zur Erzwingung von Neuwahlen nach wie vor weit entfernt war.⁴ Auch die Gespräche, die im Mai und Juni dieses Jahres zwischen Ernst Fischer und führenden ÖVP-Politikern stattfanden, führten weder zu Neuwahlen noch zu einer Umbildung der Regierung im Sinne der KPÖ. Die „Figl-Fischerei“ brachte keine innenpolitische Wende zur Stärkung der Partei, vielmehr wurde die KPÖ durch die Skandalisierung der Verhandlungen weiter in die Isolation gedrängt.⁵ Die kurz darauf vom Ministerrat beschlossene Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan machte deutlich, dass für die KPÖ keinerlei Möglichkeiten mehr bestanden, grundsätzliche Einwände gegen die außenpolitische Orientierung der beiden anderen Regierungsparteien vorzubringen.⁶ Es dauerte schließlich noch etwas mehr als fünf Monate, bis die Konzentrationsregierung auch formal zerbrach und die KPÖ im November 1947 infolge ihrer Kritik an der Währungsreform aus der Regierung austrat.

Weltpolitische Polarisierung

Die innenpolitische Zuspitzung im Verlauf des Jahres 1947 entsprach der weltpolitischen Entwicklung, die ganz im Zeichen wachsender Ost-West-Spannungen und der beginnenden Blockbildung stand. Im März 1947 hatte US-Präsident Harry S. Truman den Kalten Krieg proklamiert und damit das Ende der Anti-Hitler-Koalition eingeleitet. Der Marshall-Plan und die sowjetische Absage an ihn vertieften die Spaltung Euro-

pas in zwei sich gegenüberstehende Blöcke. Die Nachkriegsoffensive der Linkskräfte kam in Westeuropa endgültig zum Stehen, die KommunistInnen wurden aus den Regierungen hinausgedrängt. Die beiden großen kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs mussten bereits im Mai 1947 aus den Regierungen ausscheiden, bis zum Sommer 1948 endete in allen Staaten Westeuropas – mit Ausnahme von San Marino – die Regierungsverantwortung kommunistischer Parteien.⁷ Die KPD schied 1947/48 aus den Landesregierungen der westlichen Besatzungszonen aus.⁸ Der KPÖ wird in diesen Monaten klar geworden sein, dass die Potenziale der Anti-Hitler-Koalition auch im nationalen Rahmen erschöpft und Hoffnungen auf ihr Fortdauern unberechtigt waren. Mit dem Ende der Anti-Hitler-Koalition war die „sowjetische Europa-Strategie der Kooperation mit den Westmächten [...] praktisch gescheitert“, ⁹ wie der Historiker Wilfried Loth resümiert. Im Osten und Südosten Europas wurde die volksdemokratische Entwicklung beschleunigt, der sowjetische Einflussbereich wurde zu einem Block verfestigt. Im Oktober 1947 folgten die Gründung des Kommunistischen Informationsbüros und die Proklamation der „Zwei-Lager-Theorie“ als „Gegendoktrin“ zur Truman-Doktrin.

Die Überlegungen der KPÖ, die im Dezember 1945 dafür ausschlaggebend waren, Karl Altmann als Minister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung in die Konzentrationsregierung zu entsenden, stimmten in diesen Monaten kaum noch mit den Realitäten überein. Der kommunistische Minister blieb von allen zentralen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, die erwarteten Informations- und Kontrollmöglichkeiten waren weitgehend unbedeutend. Um nicht die im Ministerrat notwendige Einstimmigkeit zu verhindern, passierten zahlreiche Gesetze nur noch in Anwendung der „Formula Krauland“ den Ministerrat. Dieser lag der Vorschlag des ÖVP-Ministers Peter Krauland zugrunde, im Ministerrat umstrittene Gesetzesentwürfe als Regierungsvorlage an das Parlament weiterzuleiten, wo die Parteien Abänderungsanträge einbringen konnten. In praktischer Hinsicht war dies jedoch für die KPÖ ohne Relevanz, da sie im Nationalrat kein Antragsrecht besaß und dort ohnedies eine Mehrheit von ÖVP und SPÖ garantiert war. Für Altmann war die „Formula Krauland“ gewissermaßen ein Schlupfloch, nicht in jeder Sitzung auf-

grund allfälliger Einwände gegen Gesetzesentwürfe vor die Entscheidung gestellt zu werden, sogleich aus der Regierung auszutreten.

„Großer Krach“ zum geeigneten Zeitpunkt

Für die KPÖ ging es in der zweiten Jahreshälfte 1947 letztlich nur noch darum, den geeigneten Zeitpunkt für einen Austritt zu finden bzw. sich nicht in einem ungünstigen Moment aus der Regierung drängen zu lassen. Dieses Bemühen geht auch aus den Berichten von Karl Altmann an das Politische Sekretariat der KPÖ hervor, entstanden doch in den Sitzungen des Ministerrats oft genug Situationen, in denen er zwar heftig gegen verschiedene Initiativen seiner Ministerkollegen Stellung bezog, sich aber davor hüten musste, seine ablehnende Haltung zum völligen Bruch zu steigern. Ein solches Beispiel ist etwa die Diskussion über den Abschluss eines Luftverkehrsabkommens mit den USA in der Sitzung des Ministerrats am 26. September 1947, in deren Rahmen Altmann mehrmals auf dessen Ablehnung insistierte, schließlich aber mittels Stimmenthaltung die Beschlussfassung nicht blockierte.¹⁰ „Ich habe bei dieser Situation überlegt, dass es sehr schwer den Massen verständlich zu machen sein werde, welche Bedeutung das Luftverkehrsabkommen habe“, berichtete Altmann der KPÖ-Führung über seine Motive, „keinen offenen, eklatanten Krach“ wegen dieses Abkommens zu machen. Es wäre in diesem Fall den beiden anderen Parteien wesentlich leichter gefallen, „den Massen einzureden, dass die Kommunisten aus blindwütigem Vorurteil gegen Amerika hier ein offenbar vorteilhaftes Abkommen mit Amerika verhindert und damit Österreichs Stellung in der Welt und Österreichs Souveränität geschädigt haben, als es uns gelingen würde, darzulegen, dass hier ein neuer Schritt der Auslieferung Österreichs an Amerika gemacht werden solle“.¹¹

Im selben Schreiben gab Altmann einen weiteren taktischen Hinweis, unter welchen Bedingungen ihm ein mit den Worten „großer Krach“ umschriebener Austritt aus der Regierung zielführend erschien: Ein solcher dürfe nicht dann erfolgen, wenn es um Maßnahmen der Regierung gegen die Sowjetunion gehe, was er am Beispiel einer vom ÖVP-Außenminister Karl Gruber vorgelegten Protestnote betreffend die Erdölversorgung Österreichs¹² festmachte: „Wir müssen uns davon nur distanzieren und dann einen Weg hiefür auch in die

Öffentlichkeit suchen. Aber der große Krach müsste bei einem anderen Anlass eintreten.“¹³ Altmann sah sich in diesem Schreiben auch deshalb zu weitreichenden Überlegungen veranlasst, weil am Wochenende vor der Ministerratssitzung eine Sitzung des Zentralkomitees der KPÖ stattgefunden hatte, in der Willy Scholz die Regierungsbeteiligung erneut als Hemmnis „in der vollen Entfaltung der Massenaktivierung“ kritisiert hatte. Angesichts der Missstimmung gegen die Regierung Figl-Schärf sei zu überlegen, „ob wir auch nur den geringsten Teil der Regierungsverantwortung auf uns nehmen sollen“, so der Chefredakteur der *Wahrheit*. Im Zeichen der innenpolitischen Zuspitzungen kündigte Johann Koplenig, der Vorsitzende der KPÖ, in dieser Sitzung ein offensiveres Auftreten von Altmann in der Öffentlichkeit an. Er solle in der Regierung nicht nur als Ressortminister agieren, also nicht nur in Fragen der Elektrizitätswirtschaft, sondern „in allen Fragen“ nach außen sichtbar als Vertreter der KPÖ agieren. Zuvor hatte Scholz Altmann dafür kritisiert, dass er „viel zu sehr Fachminister“ sei: „Wenn er schon Fachminister ist, so sollte er Fachminister der Opposition sein.“ Koplenig stellte bei dieser Gelegenheit erstmals in den Raum, dass die bevorstehende Währungsreform womöglich die entscheidende Bruchlinie sein werde.¹⁴

Währungsreform

Seit dem Frühjahr 1947 standen im Ministerrat der Lohn-Preis-Mechanismus und Währungsfragen zur Diskussion, ohne dass eine klare Währungsreform in Angriff genommen worden wäre. Im Herbst 1947 wurde diese vor allem deshalb aktuell, weil im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan strenge Preiskontrollen verlangt wurden und der Geldüberhang beseitigt werden sollte. Das im November 1947 vom Nationalrat beschlossene Währungsschutzgesetz wurde zur notwendigen Bedingung für die Umsetzung der Kongresshilfe der Amerikaner. Die KPÖ wandte sich nicht grundsätzlich gegen eine Währungsreform. In ihren Augen war es die Hauptfrage, „auf wessen Kosten die österreichische Währung saniert werden soll“. Die kleinen SparerInnen sollten geschützt und die Kriegs- und Nachkriegsgewinne durch eine Vermögensabgabe und Vermögenszuwachssteuer abgeschöpft werden. Abgelehnt wurde eine „Sanierung der Banken auf Kosten der breiten Massen – und über den Weg der Banken – die Unterordnung der öster-



Ernst Fischer als Redner bei der Kundgebung der KPÖ in der Engelmann-Arena in Wien-Hernals am 24. Juni 1947

reichischen Wirtschaft unter die Kontrolle des ausländischen Finanzkapitals“.¹⁵ Vielmehr sollte die Währungsreform „auf Kosten der Kriegsgewinner und Spekulanten, der Schleichhändler und Schieber“ durchgeführt werden.¹⁶

Die KPÖ konkretisierte ihre Vorschläge für eine sozial gerechte Währungsreform ab Juni 1947, zunächst in Gestalt einer Resolution an den 6. Arbeiterkammertag am 27./28. Juni in Innsbruck, und schließlich als Resolution an den 7. Arbeiterkammertag am 16./17. Oktober 1947 in Linz.¹⁷ Einer der Hauptpunkte des kommunistischen Programms bestand darin, dass alle Teil- und Zwischenlösungen abgelehnt wurden und die Währungsreform als „Bestandteil eines allumfassenden Wirtschaftsplanes“¹⁸ begriffen wurde. Als eine solche unzureichende Zwischenlösung wurde vor allem das Anfang August 1947 verabschiedete 1. Lohn- und Preis-Abkommen gewertet, dem Karl Altman am 29. Juli im Ministerrat nur unter Rückgriff auf die „Formula Krauland“ zugestimmt hatte.¹⁹ Mit diesem zwischen Regierung, Bundeswirtschaftskammer, Arbeiterkammer und Gewerkschaft ausgehandelten Abkommen wurden die Preise für Grundnahrungsmittel angehoben und auch die Löhne und Gehälter erhöht. Erklärter Zweck des Abkommens war, „die Löhne zu regulieren, während die Preise weiter steigen durften“.²⁰ Die KPÖ verweigerte im Bundesvorstand des ÖGB ihre Zustimmung mit dem Argument, dass Preiserhöhungen nicht zugestimmt werden könne, solange nicht eine Angleichung der Löhne an die gestiegenen Preise durchgeführt sei.²¹ Das Abkommen wurde von der KPÖ auch im Parlament mit Hinweis darauf abgelehnt, dass eine Reallohnminderung und „eine immense Steigerung der Preise“ zugleich erfolgen, während eine Vermögensabgabe nach wie vor fehle. Kritisiert wurde außerdem, dass dem Nationalrat „Verein-

barungen außerparlamentarischer Körperschaften“ vorgelegt werden würden,²² worin sich bereits die spätere Sozialpartnerschaft mit ihrer „kompromißhafte(n) Orientierung von Arbeit und Kapital“²³ abzeichnete.

Für die KPÖ bestand Sinn und Zweck der von ÖVP und SPÖ angestrebten Währungsreform „in der Sanierung der Banken auf Kosten der Werktätigen“, in der „Übergabe der Kontrolle über die gesamte österreichische Wirtschaft an die Banken, die dann weiter auf dem Wege der ‚Anleihepolitik‘ dem amerikanischen Kapital ausgeliefert werden sollen“.²⁴ Im Parlament kritisierte der kommunistische Abgeordnete Franz Honner das „Währungsschandgesetz“²⁵ als „den unerhörtesten Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung“.²⁶ Tatsächlich entwertete der letztlich beschlossene Umtausch der Währung im Verhältnis eins zu drei vor allem die Konten der kleinen SparerInnen, die zwei Drittel ihres Geldes verloren, während das in Sachwerten, Devisen und Investitionen veranlagte Vermögen der UnternehmerInnen unangetastet blieb. Sperrkonten – also jene, die bereits vor 1945 existierten und mit dem Schillinggesetz des Jahres 1945 gesperrt worden waren – wurden gestrichen, womit sieben Milliarden Schilling den Banken zufließen und zu ihrer Sanierung dienten. „Als Gewinner standen Industrie und Sachwertbesitzer fest, Verlierer blieben kleine Sparer und Geldwertbesitzer“, schätzt Hannes Hofbauer diesen wesentlichen Schritt „zur Restauration der kapitalistischen Spielregeln“ ein.²⁷

Demgegenüber hatte die KPÖ einen Notenumtausch im Verhältnis 1:1 gefordert, wobei alle Gelder auf ein Konto einbezahlt werden sollten. Jeder und jede sollte zur Deckung der Lebenshaltungskosten einen Mindestbetrag von 350 Schilling ausbezahlt bekommen und jedes Unternehmen eine fixe Monats-

lohnsomme und einen Betrag für weitere Ausgaben erhalten. Alle Einlagen über 15.000 Schilling sollten jedoch einer genauen Überprüfung unterzogen werden, „ob sie nicht Kriegs-, Nachkriegs-, Schleichhandels- oder Spekulationsgewinne sind“. Jährlich sollte von den gesperrten Konten ein limitierter Gesamtbetrag von 500 Millionen Schilling freigegeben werden, wobei kleine Einlagen bevorzugt werden sollten. Die Besitzer von Realitäten und Sachwerten sollten eine einmalige Vermögensabgabe in der Höhe von fünf Milliarden Schilling bezahlen. Hausrat und Objekte des persönlichen Bedarfs waren davon ausgenommen. Gefordert wurden überdies die Verstaatlichung des gesamten Geld- und Kreditwesens, der Großbanken und Versicherungsgesellschaften, sowie die Umwandlung der Nationalbank in eine Staatsbank.²⁸

Geheimverhandlungen und Packerlei

Das am 19. November 1947 beschlossene Währungsschutzgesetz war – unter Ausschluss der KPÖ – in „Geheimverhandlungen zwischen verantwortlichen Politikern der beiden anderen Parteien und Vertretern der Großbanken“ ausverhandelt worden. Selbst Karl Altman lagen als Mitglied des Ministerrats keine genauen Informationen über den Inhalt dieser Gespräche vor, der Gesetzesentwurf wurde ihm erst am Abend vor der Ministerratssitzung – also am 17. November 1947 – unterbreitet.²⁹ Von der KPÖ wurde enthüllt, dass auch der Parteivorstand der SPÖ nicht informiert gewesen sei, sondern das Gesetz von führenden Politikern von SPÖ und ÖVP „gemeinsam mit einigen Bankdirektoren ausgepackelt“ worden sei.³⁰

Die Machtlosigkeit der KPÖ wurde auch dadurch deutlich, dass SPÖ-Minister Andreas Korp in einer Aussprache mit dem KPÖ-Wirtschaftsfachmann



Bundesminister Karl Altmann beim Jugendtag der FÖJ am 4. Oktober 1947 in Wien, dahinter die KPÖ-Nationalratsabgeordneten Ernst Fischer und Franz Honner.

Ludwig Soswinski Dreiparteienverhandlungen in Aussicht gestellt hatte, wobei er – als Druckmittel gegenüber der ÖVP – die KPÖ dazu bewegen wollte, mit einem ähnlichen Vorschlag wie die SPÖ aufzutreten. Korp versicherte bei dieser Gelegenheit, dass er am bevorstehenden Arbeiterkammertag in Linz so sprechen wolle, „daß die Brücke zu unserer Auffassung geschlagen werde und auch wir das Gefühl hätten, daß eine Tür offen sei“, was Soswinski deshalb als ehrlich motiviert erschien, da es der SPÖ darum ging, die Partei „vor Angriffen der Arbeiter gegen ihre kapitalistische Politik zu schützen“. ³¹ Tatsächlich wurden am Arbeiterkammertag in Linz am 16./17. Oktober 1947 die kommunistischen Vorschläge nicht abgelehnt, sondern es wurde eine Kommission zur Beratung aller Vorschläge eingesetzt, der auch die Kommunisten Otto Horn und Ludwig Soswinski angehörten. Die SPÖ verlangte in dieser Kommission den Schillingumtausch im Verhältnis 2:1 und nicht wie später beschlossen im Verhältnis 3:1. ³² Parallel dazu fanden jedoch die angesprochenen Geheimverhandlungen statt, was die Gespräche der SPÖ mit der KPÖ als Manöver enttarnte, dessen

Sache war. ³³ Als Altmann am 17. November vom Währungsschutzgesetz Kenntnis erlangte, wurde im Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats lapidar vermerkt, dass er im Ministerrat gegen das Gesetz stimmen solle. Die Konsequenzen daraus wurden – weil ohnehin naheliegend – nicht direkt angesprochen. ³⁴ Tags darauf wurden die Rücktrittserklärung von Karl Altmann und die Rede von Franz Honner im Nationalrat besprochen. ³⁵

Diskussion im Ministerrat und Nationalrat

Als das Währungsschutzgesetz in der 88. Sitzung des Ministerrats am 18. November 1947 zur Beschlussfassung stand, wurde deutlich, dass der Austritt von Altmann aus der Regierung unter geradezu unwürdigen Bedingungen vonstatten gehen werde: Wie aus einem KPÖ-internen Papier hervorgeht, erfuhr Altmann einen Tag vor dem Ministerrat aus Presseberichten über Teilergebnisse der Geheimverhandlungen, die wiederum auf Meldungen eines ausländischen Radiosenders beruhten. Über eine „private Verbindung“ wurde ihm um zehn Uhr nachts ein Exemplar des Gesetzes-

entwurfes zugespielt, andernfalls wäre er in der Ministerratsitzung erstmals mit dem Papier konfrontiert gewesen. ³⁶

Nach dem Ministerratsvortrag von Finanzminister Georg Zimmermann (ÖVP) ergriff Altmann als erster das Wort und kritisierte, dass er das Gesetz nur in den Nachtstunden studieren und keine Sachverständigen habe beziehen können, weshalb er aufgrund „aller schwerster Bedenken gegen diesen Entwurf“ dafür eintrete, die Beschlussfassung zurückzustellen. Leopold Figl und Vizekanzler Adolf Schärf versuchten Altmann dazu zu bewegen, das Gesetz unter Anwendung der „Formula Krauland“ passieren zu lassen, Altmann beharrte aber auf der Zurückstellung bis zur nächsten Sitzung „unter Wahrung der Vertraulichkeit des Ministerrats“, womit er darauf anspielte, dass ein frühzeitiges Bekanntwerden aller im Währungsschutzgesetz vorgesehenen Maßnahmen gewiss zu einer großen Unruhe in der Bevölkerung und zu einem Ansturm auf die Banken vor Inkrafttreten des Gesetzes geführt hätte. „Wenn es nicht zu einer Vertagung kommt, so muß ich erklären, daß ich mein Einverständnis nicht geben kann, zumal die Folgen, die sich zwangsläufig ergeben, nicht abzusehen sind“, so der kommunistische Minister, worauf angesichts der inhaltlichen Tragweite dieser Worte die Ministerratsitzung für zehn Minuten unterbrochen wurde. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung forderte Kanzler Figl erneut die Zustimmung Altmanns ein, die dieser jedoch verweigerte. Darauf hielt Figl fest, dass der Finanzminister das Gesetz gegen die Stimme von Altmann im Nationalrat einbringen werde. In seiner daran anschließenden Erklärung wies Altmann darauf hin, dass es zwar keine schriftliche Geschäftsordnung des Ministerrats gebe, die Einstimmigkeit aber eine politische Tradition sei. Das Abgehen von dieser sei „eine sehr entscheidende und wichtige Frage“, deren Konsequenzen sich nun zeigen würden. ³⁷

Einen Tag später, in der Abendsitzung des Nationalrats am 19. November 1947, trat die KPÖ in Konsequenz ihrer Kritik an der Währungspolitik aus der Regierung aus. ³⁸ Das unwürdige Schauspiel fand nun insofern seine Prolongierung, als Altmann sich gleich zu Beginn der Debatte zu Wort meldete, um im Parlament seinen Rücktritt mit der Kritik seiner Partei an der Währungsreform zu begründen. Als Ressortminister war er aber nur dazu berechtigt, über Angelegenheiten der Energiewirtschaft zu sprechen,

weshalb er vom Nationalratspräsidenten Leopold Kunschak (ÖVP) drei Mal ermahnt wurde. Nach mehreren Zwischenrufen verließen die Abgeordneten der ÖVP den Saal, gleich danach wurde Altmann von Kunschak das Wort entzogen, ohne dass er seinen Rücktritt hatte ankündigen können.³⁹ Franz Honner präsentierte in einer längeren Rede die Gegenvorschläge der KPÖ.⁴⁰ Die beabsichtigte Erklärung von Altmann wurde im weiteren Verlauf der Debatte von Ernst Fischer zu Ende gelesen, wobei die Ankündigung seines Rücktritts von den Abgeordneten der ÖVP mit Beifall quittiert wurde. Neben den Geheimverhandlungen unter Ausschluss der KPÖ wurde in dieser Erklärung auch die Tatsache kritisiert, dass „großkapitalistische Kreise des In- und Auslandes“ sehr wohl Kenntnis erlangt hätten von den Verhandlungen der ÖVP- und SPÖ-Politiker mit „Vertretern der Großbanken“ über die Währungsreform und so ihre Vorkehrungen treffen konnten. Hinter dem Gesetzesentwurf stehe „der Befehl des amerikanischen Kapitals“, setzte Fischer seine Parlamentsrede fort.⁴¹ „Einer Regierung [...], die fremden Interessen dient, will ich nicht länger angehören“, wurde Karl Altmanns Rücktrittserklärung zitiert.⁴²

Weder Regierungskrise noch Neuwahlen

Mit dem Rücktritt von Karl Altmann schied die KPÖ nach knapp zwei Jahren im Spannungsfeld von Regierung und Opposition aus der Regierung aus. Die im April 1945 begonnene demokratische Zusammenarbeit der drei Gründerparteien der Zweiten Republik, die in der zweiten Jahreshälfte 1947 kaum noch erkennbar gewesen war, fand damit auch formal ein Ende. Die Konzentrationsregierung wurde zur „Großen Koalition“, die sie de facto von Anfang an gewesen war. Die Erleichterung von ÖVP und SPÖ über diese Veränderungen lässt sich am Protokoll der darauffolgenden Sitzung des Ministerrats am 25. November 1947 ablesen: „Im letzten Ministerrat erklärten 16 Mitglieder, wir bleiben hart und stark und lassen uns nicht von einem Mann terrorisieren“, so Kanzler Figl die Vorgänge resümierend: „Im Ministerrat selbst hat Minister Dr. Altmann aus seinem Verhalten nicht die Folgen gezogen, sondern erst unter dramatischen Umständen im Parlament. Wir haben damit der Welt gezeigt, daß wir nicht gewillt sind, nach Methoden des Ostens uns terrorisieren zu lassen.“ Wie Figl die Rolle von

Altmann im Ministerrat einschätzte, geht aus seinen Begrüßungsworten an dessen Nachfolger hervor: „Wir haben einen neuen Mitarbeiter bekommen und begrüßen ihn auf das herzlichste als *vollwertiges* Mitglied und nicht als *Gast* der Regierung“, so Figl zum neuen Energieminister Alfred Migsch (SPÖ).⁴³

Über eine konkrete Abstimmung des Austritts der KPÖ aus der Regierung mit der sowjetischen Besatzungsmacht liegen keine Quellen vor. Fest steht, dass die sowjetischen Stellen nichts unternommen haben, um die innenpolitische Situation zu verschärfen und den Rückzug des kommunistischen Ministers von „außen“ zu einer Regierungskrise zu steigern. Nach bilateralen Verhandlungen der Sowjetunion mit der österreichischen Regierung, die Anfang Dezember 1947 zum Abschluss kamen, wurde deutlich, dass die KPÖ in der Frage der Währungsreform von dieser Seite keine Unterstützung zu erwarten hatte: Um die Zustimmung zum Währungsschutzgesetz zu erhalten, wurden die sowjetischen Guthaben in Österreich, die aus einer befristeten Kredithilfe in der Höhe von 400 Millionen Reichsmark und einer Anleihe in der Höhe von 200 Millionen Reichsmark aus dem Mai bzw. Juni 1945 resultierten,⁴⁴ statt im Verhältnis 3:1 im Verhältnis 1,75:1 umgetauscht. Zuvor hatte sich die Regierung überhaupt geweigert, die Rechtmäßigkeit der sowjetischen Forderung nach 600 Millionen Schilling – also nach einer Rückzahlung der Reichsmark-Schulden im Verhältnis 1:1 – anzuerkennen. Durch die am 2. Dezember 1947 erzielte Regelung waren die Sowjets „nicht Leidtragende, sondern Nutznießer der Währungsreform geworden“.⁴⁵ In amerikanischen Einschätzungen wurde festgestellt, dass durch die sowjetische Zustimmung zur Währungsreform das „prestige of Communists in Austria“ gesunken sei.⁴⁶ Während sonst zumeist die Unterstützung der Sowjetunion für ihre „österreichischen Freunde“ hervorgehoben wurde, berichtete der US-Gesandte nun an das Außenministerium: „Soviet readiness to leave in lurch Austrian Communists who have bitterly opposed law provides another example of cynical treatment of their foreign followers.“⁴⁷ Auch beim Austritt der Partei aus der Regierung blieben die wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion vorrangig gegenüber einem allfälligen politischen Druck im Sinne der KPÖ.

Insgesamt zeitigte das Ausscheiden der KPÖ aus der Figl-Regierung letztlich nicht die von der Partei zu Beginn ihrer

Neuwahlkampagne erhofften Effekte. Die KPÖ hatte die Option eines Regierungsaustritts stets mit der Perspektive von Neuwahlen zur Stärkung ihres Stimmenanteils und Einflusses verbunden. Der notwendige Druck von außen sollte auf dem Wege einer sozialen und politischen Massenbewegung erfolgen, der durch die Demission des kommunistischen Ministers ein weiterer Aufwind verliehen werden sollte. Diese letzte Trumpfkarte sollte erst zu einem möglichst günstigen Zeitpunkt ausgespielt werden. Über die inhaltliche Kritik an der Währungsreform hinaus, die eine weitere Teilnahme an der Regierung verunmöglichte, stand also fest, dass dem Austritt aus der Regierung auch eine taktische Komponente innewohnen werde.

Tatsächlich löste dieser Schritt im November 1947 weder eine Regierungskrise aus, noch standen Neuwahlen zur Diskussion, was als Ausdruck der politischen Schwäche der KPÖ gewertet werden kann. Der Partei muss auch bereits nach wenigen Tagen klar geworden sein, dass sie von der gewiss vorhandenen Unzufriedenheit der österreichischen Bevölkerung mit der Währungsreform kaum profitieren werden könne. Eine zunächst geplante Demonstration gegen das Währungsschutzgesetz wurde von der KPÖ-Führung wieder abgesagt, wohl deshalb, weil keine „breitere Massenbewegung“ gegen das Gesetz in Sicht war. Die Partearbeit müsse deshalb „auf kleine Versammlungen und die Erfassung möglichst breiter Schichten konzentriert sein“,⁴⁸ wie von der Parteiführung festgehalten wurde. Anfang Dezember 1947 wurde zudem das bereits beschlossene Volksbegehren gegen die Währungsreform wieder abgeblasen.⁴⁹ Nicht ohne Berechtigung wurde im Monatsbericht der Wiener Polizeidirektion vom Jänner 1948 hervorgehoben, dass der „Streit über das Währungsschutzgesetz [...] fast völlig beendet“ sei.⁵⁰

Anmerkungen:

1/ Mugrauer, Manfred: „Nur eine schwache Verantwortung...“. Die KPÖ in den Regierungsverhandlungen im Dezember 1945, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 22. Jg. (2015), Nr. 4, S. 8–14.

2/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 2. ZK-Plenums der KPÖ am 15.10.1946.

3/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 3. ZK-Plenums der KPÖ am 17.1.1947, Beilage 1: Referat von Friedl Fűrberg: Die politische Lage, S. 33f.

4/ Mugrauer, Manfred: „Kindische Mätzchen von Saboteuren“. Die erste politische Massenkundgebung der Zweiten Republik am 5. Mai

- 1947, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 24. Jg. (2017), Nr. 2, S. 11–14.
- 5/ Mugrauer, Manfred: „Reaktionäre aus der Regierung hinauswerfen“. Die „Figl-Fischerei“ im Mai/Juni 1947, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 25. Jg. (2018), Nr. 2, S. 1–8.
- 6/ Mugrauer, Manfred: Österreich als „Brückenkopf des Westens“. Die KPÖ und der Marshall-Plan, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 26. Jg. (2019), Nr. 2, S. 7–14.
- 7/ Kaeselitz, Hella: Die Nachkriegspolitik der kommunistischen Parteien entwickelter kapitalistischer Länder Europas, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 22. Jg. (1980), Nr. 5, S. 643–656, hier S. 654.
- 8/ Fülberth, Georg: KPD und DKP 1945–1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung. Heilbronn: Distel Verlag 1990, S. 31.
- 9/ Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2000 (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts), S. 184.
- 10/ Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik der Republik Österreich. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 7: 9. September 1947 bis 18. November 1947. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2016, S. 93–95.
- 11/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 7.10.1947, S. 15.
- 12/ Vgl. Protokolle des Ministerrates, Bd. 7, S. 98–100.
- 13/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 7.10.1947, S. 20.
- 14/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 5. ZK-Plenums der KPÖ am 24./25.9.1947, Beilage 23: Willy Scholz, S. 2, Beilage 30: Schlusswort von Johann Koplenig, S. 4.
- 15/ Koplenig, Johann: Gegen koloniale Versklavung! Durch Arbeitereinheit zum Sozialismus! Referat vor dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs am 24. September 1947. Wien: Stern-Verlag 1947 (Die aktuelle Reihe, Nr. 6), S. 14f.
- 16/ Stenographisches Protokoll. 64. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 19.11.1947, S. 1704f. (Karl Altmann).
- 17/ Kommunisten fordern Neuregelung der Löhne. Lohn-Preis-Debatte auf dem Arbeiterkammertag, in: *Österreichische Volksstimme*, 17.10.1947, S. 1; Die Vorschläge der Kommunisten zur Lösung des Währungsproblems, in: *die arbeit*, 1. Jg. (1947), Nr. 10, S. 3–4.
- 18/ ZPA der KPÖ, Otto Horn: Zur Währungsreform, o.D. [Oktober 1947], S. 3.
- 19/ Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 6: 13. Mai 1947 bis 2. September 1947. Wien: Verlag Österreich 2011, S. 426–437, hier S. 430, 431, 433, 435 und 437.
- 20/ Weber, Fritz: Der kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1986 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 25), S. 115.
- 21/ Vgl. ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 2.7.1947, S. 1.
- 22/ Honner, Franz: Gegen Preis-Chaos und Hungerlöhne. Wien: Stern-Verlag 1947 (Die aktuelle Reihe, Nr. 4), S. 3f., 6 und 14.
- 23/ Pelinka, Anton: Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur, in: Bischof, Günter/Stiefel, Dieter (Hg.): „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998. Wien: Ueberreuter 1999, S. 249–260, hier S. 258.
- 24/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 20.10.1947, S. 7; Fümberg, Friedl: Klare Fronten, in: *Weg und Ziel*, 5. Jg. (1947), Nr. 12, S. 817–826, hier S. 818f.
- 25/ Im Kampf gegen die Volksausplünderung, in: *Österreichische Volksstimme*, 6.12.1947, S. 1–2, hier S. 1.
- 26/ Stenographisches Protokoll. 64. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 19.11.1947, S. 1707–1713, hier S. 1708.
- 27/ Hofbauer, Hannes: Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1992 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 54), S. 164.
- 28/ Horn, Otto: Das Preis- und Lohnproblem, in: *die arbeit*, 1. Jg. (1947), Nr. 7, S. 1–7; ZPA der KPÖ, Otto Horn: Zur Währungsreform, o.D. [Oktober 1947], S. 1, 3 und 8; Vorschlag der kommunistischen Mitglieder der Kommission des Arbeiterkammertages und Gewerkschaftsbundes zur Frage der Währungsreform, o.D. [Oktober 1947], S. 1–3; Vorschlag der Kommunisten zur Lösung des Währungsproblems, 1.11.1947, S. 1f.
- 29/ Die Erklärung Dr. Karl Altmanns über seinen Rücktritt aus der Regierung (in der Sitzung des Nationalrates vom 19. November 1947), in: Altmann, Karl/Honner, Franz/Fischer, Ernst: Gegen den Raubzug auf die Taschen des Volkes. Wie steht die Kommunistische Partei Österreichs zum Schilling-Umtausch und warum ist sie aus der Regierung ausgetreten? Wien: Stern-Verlag 1947 (Die aktuelle Reihe, Nr. 8), S. 3–7, hier S. 5.
- 30/ Für und Gegen. Argumente für die tägliche Diskussion, hg. von der Zentralstelle für Volksbildung (KPÖ), Nr. 2, Anfang Dezember 1947: Das „Währungsschutzgesetz“, S. 2.
- 31/ ZPA der KPÖ, Gedächtnisprotokoll von Ludwig Soswinski über die Aussprache mit Andreas Korp am 10.10.1947, S. 4f.
- 32/ ZPA der KPÖ, Papier über Währungsfragen, o.D. [November 1947], S. 1f.
- 33/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 10.11.1947, S. 1f.
- 34/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 17.11.1947, S. 1.
- 35/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 18.11.1947, S. 1.
- 36/ Vgl. ZPA der KPÖ, Papier über Währungsfragen, o.D. [November 1947], S. 2; Stenographisches Protokoll. 64. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 19.11.1947, S. 1721.
- 37/ Protokolle des Ministerrates, Bd. 7, S. 377–383.
- 38/ Die Kommunisten aus der Regierung ausgetreten, in: *Österreichische Volksstimme*, 20.11.1947, S. 1.
- 39/ Stenographisches Protokoll. 64. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 19.11.1947, S. 1704–1705.
- 40/ Ebd., S. 1707–1713.
- 41/ Ebd., S. 1721f.
- 42/ Die Erklärung Dr. Karl Altmanns über seinen Rücktritt aus der Regierung (in der Sitzung des Nationalrates vom 19. November 1947), in: Altmann/Honner/Fischer: Gegen den Raubzug auf die Taschen des Volkes, S. 3–7, hier S. 7.
- 43/ Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik der Republik Österreich. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 8: 25. November 1947 bis 20. Jänner 1948. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2017, S. 3f. (Hervorhebung M.M.).
- 44/ Seidel, Hans: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Wien: Manz 2005, S. 149–156, hier S. 149f.
- 45/ Rauchensteiner, Manfred: Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung. Wien: Edition Steinbauer 2005, S. 127.
- 46/ The Secretary of State [George Marshall] to the Acting Secretary of State, 5.12.1947, in: Foreign Relations of the United States 1947, Volume II: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria. Washington D.C.: United States Government Printing Office 1972 (Department of State Publication, Vol. 8530), S. 1214–1215, hier S. 1215
- 47/ The Minister in Austria (John Erhardt) to the Secretary of State, Telegram, 4.12.1947, in: ebd., S. 1213–1214, hier S. 1213.
- 48/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 22.11.1947, S. 1.
- 49/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 25.11.1947, S. 1; Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 9.12.1947, S. 1.
- 50/ Bundespolizeidirektion Wien, Monatsbericht für Jänner 1948, in: Schembor, Friedrich Wilhelm: Polizeiliche Situationsberichte für die Jahre 1947 und 1948, in: Studien zur Wiener Geschichte. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, Bd. 61. Wien 2005, S. 153–292, hier S. 212–217 (S. 212).

Josef Lauscher – eine Jugend in der kommunistischen Bewegung Österreichs

NIKOLAUS DOMES

Bis 1969, als die KPÖ aus dem Wiener Landtag und Gemeinderat ausschied, saß Josef Lauscher als einer von zuletzt zwei kommunistischen Mandataren im Wiener Rathaus. Im selben Jahr schied Lauscher im Zuge der „Parteikrise“ der KPÖ auch aus der Wiener Parteileitung aus. Als Landesobmann der KPÖ Wien prägte Lauscher nicht nur die Geschichte der Partei nach 1945 entscheidend mit, auch in der Ersten Republik und in der Zeit des Austrofaschismus nahm er eine führende Rolle innerhalb der kommunistischen Bewegung ein, bevor er im Frühjahr 1938 verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert wurde. Die siebenjährige Haft in verschiedenen Lagern endete 1945 mit seiner Flucht. Der erste ereignisreiche Lebensabschnitt von Josef Lauscher – bis 1938 – ist Thema dieses Beitrags. In der kommenden Ausgabe werden die Jahre von 1938 bis 1945 Gegenstand der Betrachtung sein.

Der am 1. Februar 1912 geborene Josef wuchs gemeinsam mit seinem um vier Jahre älteren Bruder Fritz (geboren am 22. Februar 1908) im Wiener Arbeiterbezirk Simmering, als Sohn des Postangestellten Mathias Lauscher und der Arbeiterin Maria (geb. Pax) auf.¹ Beide Brüder erlebten ihre Kindheit und Jugend vor dem Hintergrund der Folgen des Ersten Weltkriegs. Sie alle waren, wie es Fritz Lauscher nannte, „Kinder des Hungerkrieges“ und von den Auswirkungen des revolutionären Aufschwunges nach dem Krieg und den Streikbewegungen in den Betrieben geprägt.²

Der Beitritt von Fritz Lauscher zum Kommunistischen Jugendverband (KJV) im Jahr 1922 war Ausgangspunkt für den politischen Werdegang der Brüder Lauscher. Josef berichtet, dass sein älterer Bruder von kommunistischen Jugendlichen, die vor dem Betrieb des 14-jährigen Lehrlings agitierten, für den KJV gewonnen wurde. Ein Jahr nach dem Beitritt seines Bruders zur kommunistischen Bewegung schloss sich Josef den *Roten Jungpionieren* an. Zentrale Forderungen der Roten Jungpioniere, die als kommunistischer Gegenentwurf zu den sozialdemokratischen *Kinderfreunden* angesehen werden können, waren die Abschaf-

fung der Zeugnisse und der Sittennoten, der Kampf gegen Gewalt an Schülern in Form der Prügelstrafe sowie der Ruf nach Beseitigung des Religionsunterrichts.³ Als Organisation, deren Entstehung im Kontext der Bildung von Erziehungsvereinen und der Institutionalisierung der Jugendbewegung zu sehen ist, traten die *Roten Jungpioniere* erst 1927 öffentlich in Erscheinung. Das von Josef Lauscher angegebene Beitrittsjahr 1923 erscheint auffallend früh. Zu diesem Zeitpunkt muss es sich um eine sehr kleine Organisation gehandelt haben, bis zum Jahr 1926 findet sich nicht einmal eine Erwähnung in der Parteipresse. Die *Roten Jungpioniere* existierten, behördlichen Repressionen zum Trotz, bis zu ihrer Auflösung per Bescheid vom 6. März 1934.⁴

Lehrzeit

Nach der Schule begann Josef Lauscher eine Lehre als Automechaniker. 1926 kam das „Simmeringer Arbeiterkind“ als Lehrling in die „Erste Wiener gewerbliche Fortbildungsschule“ in der Mollardgasse. Außerhalb des Unterrichts widmete er sich dort besonders der Interessensvertretung der Lehrlinge: „In der Lehrlingsschule Mollardgasse wurde ich zuerst Klassen-Vertrauensmann, dann Vertrauensmann der Mechaniker, schließlich Schülerräte-Hauptvertrauensmann. Ich war der gewählte Schulvertrauensmann aller Schülerräte in der Mollardschule.“⁵ Das Jahr 1926 kann somit als Startpunkt für das politische Leben Josef Lauschers angesehen werden. Im selben Jahr trat er sowohl der Lehrlingssektion des Österreichischen Metallarbeiterverbands als auch dem KJV bei.

Der Kampf für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterjugend bildete ein zentrales Tätigkeitsfeld des im November 1918 gegründeten KJV. Das Eintreten für die Rechte der Lehrlinge war ein wesentliches Element jener längerfristigen Strategie, die entwickelt werden musste, nachdem der Kampf für die unmittelbare Errichtung einer Diktatur des Proletariats in Österreich unrealistisch geworden war und die politische und methodische Ausrichtung von Partei und Jugendverband den Gegebenheiten angepasst werden musste.

Ein weiteres Feld waren die Bildung und Erziehung der Mitglieder zu jungen KommunistInnen im Geiste des Marxismus. Die Schulungen durch den KJV, der zur Zeit des Beitritts Josef Lauschers, wie er selbst bemerkt, „eine relativ kleine und schwache Organisation“ war, beschreibt dieser als „sehr intensiv“. Die Themen zeugen von einer Ablehnung des Parlamentarismus und einer Haltung zur Demokratie als Mittel zum Zweck: „[...] ein- zweimal wöchentlich, unter anderem unterrichtete uns das Ehepaar Quittner. Hauptthema unserer Diskussionen war der Weg zum Sozialismus, ist es möglich, über die bürgerliche Demokratie zum Sozialismus zu kommen, kann man mit 51% im Parlament die Staatsmacht übernehmen oder geht es um eine gewaltsame Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung, der Errichtung des Proletariats, wie soll der Kampf gegen den Faschismus geführt werden und wann ist der Zeitpunkt für die bewaffnete Auseinandersetzung.“⁶

Internationale Lenin-Schule

Die Idee einer Verbindung mit der Sowjetunion zum Zweck der Parteierziehung entstand im Zuge der „Bolschewisierung“ der kommunistischen Parteien. Mitte Mai 1926 nahm in Moskau die *Internationale Leninschule* (ILS), „die wichtigste und prestigeträchtigste Kaderschule der Kommunistischen Internationale zur Ausbildung von Parteikadern aus aller Welt“,⁷ ihre Lehrtätigkeit auf. Im Juli 1929 wurde auch Josef Lauscher nach Moskau entsendet, um dort die „erste Schule der Kommunistischen Jugendinternationale“⁸ zu besuchen. Bis dahin hatte Lauscher der Bezirksleitung des KJV Simmering als Gewerkschaftsreferent bzw. als Bezirksobmann angehört und wurde 1929 ins Zentralkomitee des KJV gewählt. Die KJI-Schule existierte nur von 1929 bis 1931 und wurde anschließend in die ILS überführt.⁹

Gemein dürften beiden Schulen in Moskau ihre konspirative Haltung gewesen sein. So erhielt jeder Schüler einen Decknamen zur Geheimhaltung der Identität.¹⁰ Auch Josef Lauscher besaß mit „Ernst Wagner“ ein Pseudonym. Der Alltag in Moskau war für die Schüler ge-

prägt durch eine Abschottungspolitik und die Reglementierung der Freizeit. Teil des theoretischen Unterrichts zumindest an der ILS war, bis es in den 1930er Jahren abgeschafft wurde, ein begleitendes Studium der russischen Sprache. Die sprachlichen Fähigkeiten, die sich Josef Lauscher bei seinen Aufenthalten in Moskau aneignete, sollten später während seiner KZ-Haft von Bedeutung sein, als es darum ging, mit sowjetischen Kriegsgefangenen Kontakt aufzunehmen. Nach seiner Rückkehr aus Moskau wurde er 1930 mit der Leitung des Wiener KJV beauftragt.

Illegalität und Neuausrichtung

Offiziell hieß der KJV in dieser Zeit „Verband der Proletarierjugend Österreichs“ und war laut seinen Statuten kein politischer Verein. Längere Zeit von den Behörden wenig beachtet, rückte der KJV erst Anfang der 1930er Jahre, als die Auseinandersetzungen mit der Exekutive zunahmen, in deren Fokus. Die Ermittlungen und Repressionen gegen den Verband sind im Zusammenhang mit der insgesamt verstärkten Verfolgung der KommunistInnen in ganz Österreich zu sehen. Am 23. September 1931 wurde der Verband aufgrund der festgestellten politischen Betätigung per Bescheid behördlich aufgelöst.¹¹ In der Folge hielt er sich durch Neugründungen unter immer neuen Namen am Leben.

Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise nahm die KPÖ eine Neuorientierung vor, die als „Hinwendung zur Massenarbeit“ umschrieben wurde. Auch die Brüder Lauscher wurden zur Agitation in die Bundesländer geschickt. Josef Lauscher sprach etwa in einem Salzburger Gasthof vor rund 300 Teilnehmern, größtenteils Arbeitslose. In einem Zeitungsbericht wird die damalige Konkurrenz zur Sozialdemokratie deutlich: „Referent war ein gewisser Josef Lauscher aus Wien. Das Referat bewegte sich im Rahmen der von der Zentralleitung in Wien ausgegebenen Weisungen, forderte statt ruhiger Entwicklung Kampf und Diktatur statt der Demokratie, richtete sich hauptsächlich gegen die Sozialdemokraten und rief auch parteilose Bauern zum Anschluss an die kommunistische Partei auf.“¹² Lauscher gehörte der KPÖ seit 1928 als Mitglied an und war im Rat der *Roten Gewerkschaftsopposition* (RGO) aktiv, wo er die Jugendabteilung leitete: „1932 wurde mir die Leitung der Gewerkschaft und der RGO-Jugend übertragen. In dieser Funktion nahm ich im Sommer 1933 an

einer Tagung der Gewerkschaftsjugend der RGI in Moskau teil.“¹³

Mit Beginn der 1930er Jahre und vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen wie politischen Krisen gab es zwischen dem KJV und den sozialistischen Jugendorganisationen, zumindest in Wien, verstärkt direkte Kontakte. Dieser Wandel ging mit Änderungen in den Leitungen der Organisationen einher. In der *Sozialistischen Arbeiterjugend* (SAJ) traten anstelle der älteren Kader jüngere und politisch aktivere Charaktere, darunter etwa Ernst Papanek, Roman Felleis und Bruno Kreisky.¹⁴ Im KJV gehörten Josef und Fritz Lauscher zu den jungen Funktionären, die nun die Politik des Jugendverbands zu bestimmen begannen.

Der Kontakt zur SAJ sowie zu Wehrsportlern und Funktionären der *Roten Falken* bildete nach dem Verbot des KJV und dessen darauffolgendem Agieren in der „Halblegalität“ einen wichtigen Bestandteil seiner Organisationsarbeit. Er stellte auch ein zentrales und für die folgende Zeit prägendes Element in der politischen Tätigkeit Josef Lauschers dar: „Wir hatten uns damals völlig darauf eingestellt, den persönlichen Kontakt zu der SAJ, den Wehrsportlern und den Roten Falken-Führern herzustellen. Wir gingen immer wieder zu ihren Gruppenabenden und verwickelten sie vorher und nachher in Diskussionen, wir gingen auch zu den großen Versammlungen der SDAP [...]“¹⁵ Diese Versammlungen der SDAP boten Josef Lauscher die Gelegenheit, das Wort zu ergreifen und es, wie er berichtet, gegen anwesende sozialdemokratische Größen wie Otto Bauer oder Julius Deutsch zu richten. Die Konsequenz war, dass die jungen Kommunisten von Schutzbündlern und Wehrsportlern „an die Luft“ gesetzt wurden. Allerdings führten solche Aktionen zu einem gewissen Bekanntheitsgrad unter den sozialdemokratischen Jugendlichen. Es entstanden dadurch in weiterer Folge persönliche Kontakte zwischen den Funktionären von KJV und SAJ, Wehrsportlern und *Roten Falken*, die in der sich zuspitzenden politischen Lage an Bedeutung gewannen und auch zu gemeinsamen Aktionen führten.¹⁶

1934: neue Kräfteverhältnisse

Eine grundlegende Zäsur bildeten die Februarkämpfe des Jahres 1934. Auch Kommunisten waren an den Kämpfen führend beteiligt, wenn auch in entsprechend geringerer Zahl. Eine organisierte Beteiligung des KJV kann wohl ausgeschlossen werden, dennoch schlossen

sich einzelne KJVler den Kämpfen an, etwa auch Josef Lauscher. Zu dieser Zeit Obmann des Wiener KJV, berichtet er davon, wie er sich am Abend des 12. Februar mit Funktionären des Wehrsports und der *Roten Falken* im 10. Bezirk traf, mit dem Vorhaben sich „in die Kämpfe des Schutzbundes einzuschalten“: „Mit Fahrrad im Finstern schon bei Nacht zum Geiselberg gefahren, wo Barrikaden errichtet waren und wo ich aufgehalten wurde von Genossen vom Schutzbund und Wehrsport bei der Schokoladenfabrik Viktor Schmidt. Bin bei ihnen geblieben, aber noch vor Mitternacht kam die Weisung, den Kampf abubrechen. Große Enttäuschung. Wir haben uns dann in die Krankenkasse-Häuser zurückgezogen, wurden dort beschossen und mussten nach 2 Tagen uns ergeben.“¹⁷

Der Februaraufstand hatte das Ende der Sozialdemokratie als Partei und das Verbot all ihrer Organisationen zur Folge. Dies führte zur „Sammlung der zum aktiven antifaschistischen Kampf bereiteten Kräfte in illegalen Organisationen“.¹⁸ Parallel zu dieser Entwicklung auf der Parteebene, wo sich tausende Mitglieder der SDAP, größtenteils Schutzbündler, der seit dem Mai 1933 in der Illegalität operierenden KPÖ anschlossen, vollzog sich auch die Abwanderungsbewegung von SAJ-Mitgliedern Richtung KJV. Damit wuchs der KJV aus einer kleinen, vergleichsweise unbedeutenden Organisation zu einer einflussreichen Kraft. Lauscher nennt einen Stand von 4.000 Mitgliedern in Wien für die Jahre 1935/36, was etwa einer Verzehnfachung des Stands von 1933 entsprach.¹⁹ Neben dem KJV entstand als Auffangbecken für ehemalige SAJler die *Revolutionäre Sozialistische Jugend* (RSJ).

Die Umstellung auf die Illegalität machte eine Änderung des Organisationsaufbaus notwendig. Es wurde nun ein Zellen-system etabliert, wobei eine Zelle aus drei bis fünf Personen bestand, die sich oft nur mit Decknamen kannten.²⁰ Bruno Dubber und Josef Lauscher, beide in führender Position im KJV tätig, hielten eine strenge Autonomie des Verbands während der Illegalität für ungünstig. Demgemäß wurden die organisatorischen Grenzen zwischen Partei und Jugendverband nicht scharf gezogen und es kam „in vielen Fragen über Organisation und Aktion zu Überschneidungen“, wie der Historiker Walter Göhring analysiert.²¹

Einheitsfront

In der durch Aktionismus und Radikalität geprägten Nachfebruarchase, die



Josef Lauscher als Obmann der KPÖ Wien im Juni 1945

eine „starke Tendenz zur Zusammenarbeit“ förderte,²² standen auch die Jugendorganisation, RSJ und KJV, auf der gleichen ideologischen Basis. Es kam zu gemeinsamen Aktionen, auch in überparteilichen Organisationen, wo der KJV seinen Einfluss ausbauen konnte und Druck auf die RSJ-Führung in der Frage der Bildung einer Einheitsorganisation ausübte. Diese Entwicklung fand unter sich gewandelten Stärkeverhältnissen statt. Der KJV stellte zu dieser Zeit die einflussreichere Kraft dar, dazu kam, dass die Eingliederung der RSJ als Jugendorganisation der *Revolutionären Sozialisten* (RS) noch nicht entschieden war. Geleitet wurde die sozialistische Jugendorganisation von Roman Felleis und Bruno Kreisky.

Zu Weihnachten 1934 kam es im Rahmen der ersten Konferenz der RSJ, die in einem Bauerngut am Lahnsattel, an der niederösterreichisch-steirischen Grenze, abhalten wurde, zu einem Treffen zwischen den Spitzen der sozialistischen Jugendbewegung und des KJV. Im Zentrum standen Gespräche über die Form der weiteren Zusammenarbeit. Über dieses Zusammentreffen berichtet Bruno Kreisky: „Wir standen unter dem Druck von links, so dass wir auch den kommunistischen Jugendfunktionären die Gele-

genheit geben mussten, dort ihre Sache zu vertreten. Sie hatten uns die Vereinigung beider Jugendorganisationen vorgeschlagen. Wir erklärten uns bereit, alle anzuhören und dann abzustimmen: Soll die Sozialistische Jugend, die RSJ, ihre eigene Organisation entwickeln, oder soll sie sich mit der Kommunistischen Jugend zusammenschließen und damit zur Kommunistischen Jugendinternationale gehen? / Wir trafen uns am Westbahnhof und fuhrten mit einem gemieteten Bus auf den Lahnsattel. Von uns waren ungefähr achtzig Leute da. [...] Später tauchten führende Kommunisten auf, unter ihnen die als Brüder Lauscher bekannten, nicht unsympathischen Funktionäre.“²³

Die Zusammenkunft am Lahnsattel bildete den Höhepunkt des Dialogs zwischen KJV und RSJ. Sie stellte gleichsam den letzten (erfolgreichen) Versuch des KJV dar, eine Einheitsorganisation mit der RSJ zu bilden. Stattdessen wurde vom KJV in weiterer Folge die Taktik der „Einheitsfront von unten“ verfolgt, „auf lokaler Ebene oder mit Teilen von Gebietsleitungen den Kontakt aufzunehmen und so Gruppen, die mit der RSJ nicht einverstanden waren, aufzufangen.“²⁴

Volksfront

Aufgrund der in hohem Maße von Verhaftungen betroffenen Leitung des KJV, aber auch wegen der Entsendungen von Funktionären nach Moskau, ist die genaue Zusammensetzung der engeren Verbandsführung schwer festzulegen. Josef Lauscher zählte jedenfalls zu den zentralen Personen der KJV-Leitung nach 1934.²⁵ Er wurde am 12. Parteitag der KPÖ, der im September 1934 in Prag stattfand, ins Zentralkomitee der Partei gewählt und im Frühjahr 1935 vom ZK als Sekretär des Jugendverbands eingesetzt. Laut dem späteren Justizminister Christian Broda bestand die Leitung des KJV von 1934 bis 1936 aus Hermann Köhler, Leo Gabler, Josef Lauscher und ihm selbst.²⁶ Am 3. Juli 1935 wurde Jo-

sef Lauscher verhaftet, während einer „illegalen Sitzung in einer Wohnung im X. Bez[irk]. Der Vorwand der Suche war einen Fahrraddieb zu finden, in Wahrheit war es eine Denunziation.“²⁷ Nach drei Monaten, die Lauscher in Polizeihaft verbrachte, erfolgte am 10. Oktober seine Entlassung. Im darauffolgenden Monat wurde er als Vertreter des KJV Österreich zur Kommunistischen Jugendinternationale nach Moskau entsandt. Er kam nach dem IV. Weltkongress der KJI, der im September und Oktober 1935 – im Anschluss an den VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale – abgehalten wurde, in die sowjetische Hauptstadt.²⁸ Danach arbeitete er ein Jahr als Vertreter des KJV in der KJI in Moskau.

Der Weltkongress brachte eine völlige Neuausrichtung in der Politik der kommunistischen Bewegung. Im Fokus stand eine neue Bündnispolitik im Kampf gegen den Faschismus. Unter der Losung der „antifaschistischen Volksfront“ sollten sich „alle demokratischen, antifaschistischen Volksteile zur Verteidigung der Demokratie bzw. zum Sturz des Faschismus vereinen“.²⁹ Diese Volksfronttaktik wurde von den RS abgelehnt, und auch innerhalb von KPÖ und KJV gab es erhebliche Kritik. Im KJV bildete sich im Herbst 1936 eine oppositionelle Gruppe um Christian Broda, Karl R. Stadler und Eduard Rabofsky, die sich nach ihrem Organ „Ziel und Weg“ (in Anlehnung an das KPÖ-Organ *Weg und Ziel*) benannte. Mehrere Monate lang blieb die Führung der Gruppe der KJV-Leitung unbekannt. In jener Zeit, in der sich die „Ziel und Weg“-Gruppe gebildet hatte, arbeitete Lauscher – im November 1936 von seinem Moskau-Aufenthalt zurückgekehrt – gemeinsam mit Bruno Dubber als zweiter Jugendsekretär. Die „Entlarvung“ der fraktionellen Gruppe im März 1937 hatte auch Konsequenzen für Lauscher: „Wegen ungenügender Wachsamkeit im Kampfe gegen die Fraktionisten wurden Gen. Walter [Bruno Dubber, Anm.] und ich im Frühjahr 1937 durch das Partei ZK von der Jugendarbeit abberufen.“³⁰ Damit endete Lauschers Tätigkeit im KJV. Er wurde in weiterer Folge in der Wiener Parteiorganisation als Kreissekretär für Wien-West eingesetzt.

Vor dem „Anschluss“

Im 16. Bezirk, in der Fröbelgasse 36, befand sich Lauschers illegales Quartier. Einen wichtigen Bestandteil der illegalen Tätigkeit bildete die Propagandaarbeit, vor allem mit Hilfe schriftlicher Agitationsmittel. Der so genannte „Litappa-

rat“, der abgetrennt vom Parteiapparat agierte, „um durch etwaige Verbindungen nicht die Aufdeckung der ganzen Organisation zu begünstigen“,³¹ übernahm die Verbreitung der illegalen Pressezeugnisse. Die Produktion erfolgte in Wohnungen, Gartenhäuschen oder Bauernhöfen. Aufgrund seiner konspirativen Arbeit stets bedroht, wurde Lauscher im Jänner 1938 in seiner Wohnung in der Fröbelgasse verhaftet. In einem Bericht der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit ist zu lesen: „Lauscher, welcher die Parteischule in Moskau besucht hatte, war längere Zeit hindurch der politische Leiter des Kommunistischen Jugendverbandes Österreichs und wurde bereits mehrmals wegen verbotswidriger kommunistischer Betätigung polizeilich bestraft. In letzter Zeit leitete er die Kreise 4 (XIV., XV. und XVI. Bezirk) und 7 (III. und XI. Bezirk)“.³²

Zur gleichen Zeit wurde Lauschers Lebensgefährtin und spätere Ehefrau, die damals 24-jährige Berta Grubhofer, gemeinsam mit ihren Geschwistern sowie ihrer Mutter in deren Wohnung im 15. Bezirk, wo sich auch eine illegale Druckerei befunden hat, wegen kommunistischer Betätigung verhaftet.³³ „Sie unterstützte Lauscher bei der Ausübung seiner illegalen Tätigkeit [...]“, war in einem Polizeibericht zu lesen. Die in der Wohnung gefundenen Materialien von Josef Lauscher belegen die im Rahmen der Volksfrontstrategie verfolgte Taktik des „Trojanisches Pferdes“: „Aus seinen Aufzeichnungen geht hervor, dass seitens des Kommunistischen Jugendverbandes eine intensive Tätigkeit in den legalen Jugendorganisationen, insbesondere auch in den Mädchenorganisationen, vor allem in verschiedenen Organisationen der Katholischen Aktion und im Verband christlicher Hausgehilfinnen, geplant ist.“³⁴

Josef Lauscher wurde ins Polizeikommissariat Ottakring gebracht, wo er vom berichtigten Kommissär Dr. Josef Auinger „vernommen“ wurde: „Prügel mit Holzschelten, blutig geschlagen, Haare ausgerissen“, wie es Lauscher selbst zusammenfasst. Vom Polizeikommissariat kam er in das Polizeigefangenenhaus an der Rossauer Lände. Nach zwei Monaten, am 19. Februar 1938, wurde Lauscher im Zuge der Amnestie, die infolge des Berchtesgadener Abkommens beschlossen wurde, entlassen. In den letzten Stunden vor dem „Anschluss“ befand sich Lauscher bei einer Versammlung mit Vertretern der *Sozialen Arbeitergemeinschaft* (SAG) und der Vaterländi-

schen Front „zur Sammlung aller Anti-Hitlerkräfte, für die Verteidigung der Unabhängigkeit“.³⁵ KommunistInnen, RS und die illegalen Freien Gewerkschaften forderten, trotz fehlender Zustände seitens der Regierung, die Arbeiter auf, bei der Volksbefragung mit „Ja“ zu stimmen. Die Versammlung am 11. März dauerte bis in den Abend, „doch ‚die Öffnung nach links‘ kam zu spät, die Kapitulation Schuschniggs überholte sie“.³⁶ Josef Lauscher berichtet, wie das Zusammentreffen durch die Radioansprache Kurt Schuschniggs, in der er seinen Rücktritt bekanntgab, unterbrochen wurde.

Zwei Tage nach dem „Anschluss“, am Morgen des 14. März 1938, wurde Josef Lauscher gemeinsam mit seinem Bruder Fritz in seiner Wohnung verhaftet. Im Mai wurden beide in das Konzentrationslager Dachau deportiert. Erst nach fast sieben Jahren KZ-Haft sollten beide die Freiheit wiedererlangen.

Anmerkungen:

- 1/ Die biografischen Angaben über Josef Lauscher stützen sich auf ZPA der KPÖ, Lebenslauf, 22.8.1945 sowie auf DÖW 1510, Josef Lauscher: Biographische Daten, o.D.
- 2/ Lauscher, Fritz: In der ersten Reihe, in: *Volksstimme*, 20.1.1974, S. 20.
- 3/ Siehe u.a. Austro bolschewisten auf Jugendfang, in: *Allgemeiner Tiroler Anzeiger*, 19.5.1928, S. 5.
- 4/ ÖStA/AdR, BKA-I, BPDion Wien, VB XVIII-10743, Der Sicherheitskommissär des Bundes für Wien an die Leitung des Vereines: „Arbeitererziehungs- und Bildungsverein: Rote Jungpioniere“, 6.3.1934.
- 5/ DÖW 1510, S. 3.
- 6/ ZPA der KPÖ, Niederschrift eines Gesprächs mit Josef Lauscher, 19.12.1974, S. 1. Franz und Genia Quittner waren Mitglieder des ZK des KJV.
- 7/ Köstenberger, Julia: Kaderschmiede des Stalinismus. Die Internationale Leninschule in Moskau (1926–1938) und die österreichischen Leninschüler und Leninschülerinnen. Wien 2016 (Wiener Studien zur Zeitgeschichte Bd. 8), S. 5.
- 8/ ZPA der KPÖ, Niederschrift eines Gesprächs mit Josef Lauscher, 19.12.1974, S. 1.
- 9/ Köstenberger: Kaderschmiede, S. 62.
- 10/ Ebd., S. 143.
- 11/ ÖStA/AdR, BKA-I, BPDion Wien, VB VIII-2730, Bescheid der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, 23.9.1931.
- 12/ Aus Salzburg, Oberösterreich und Tirol, in: *Salzburger Volksblatt*, 22.10.1930, S. 7.
- 13/ ZPA der KPÖ, Lebenslauf, 22.8.1945, S. 1.
- 14/ Neugebauer, Wolfgang: Bauvolk der Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich. Wien 1975, S. 133.
- 15/ ZPA der KPÖ, Niederschrift eines Ge-

- sprächs mit Josef Lauscher, 19.12.1974, S. 1. 16/ Ebd., S. 1.
- 17/ DÖW 1510, S. 3. Gemeint ist die Fabrik Viktor Schmidt & Söhne in der Geiselbergstraße 26–32. Die „Krankenkasse-Häuser“ waren die Wohnhäuser der Ortskrankenkasse in der Brauhubergasse in Simmering.
- 18/ West, Franz: Die Linke im Ständestaat Österreich. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934–1938. Wien 1978 (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 8), S. 63.
- 19/ ZPA der KPÖ, Niederschrift eines Gesprächs mit Josef Lauscher, 19.12.1974, S. 3.
- 20/ Weinert, Willi: Der Kommunistische Jugendverband in der Illegalität vor 1938, in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.): Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich. Wien 1981, S. 36–46, hier S. 38.
- 21/ Göhring, Walter: Der illegale Kommunistische Jugendverband Österreichs. Dissertation Universität Wien 1971, S. 173.
- 22/ Neugebauer: Bauvolk, S. 294.
- 23/ Kreisky, Bruno: Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers. Wien, Graz, Klagenfurt 2007, S. 165f.
- 24/ Göhring: Jugendverband, S. 247.
- 25/ Weinert: Jugendverband, S. 38.
- 26/ Vgl. Wirth, Maria: Christian Broda. Eine politische Biographie. Wien 2011 (Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 5), S. 61.
- 27/ DÖW 1510, S. 3.
- 28/ DÖW 1510, S. 1.
- 29/ Neugebauer, Wolfgang: Die illegale Arbeiterbewegung in Österreich 1934 bis 1936 (mit besonderer Berücksichtigung des Juliabkommens 1936), in: Jedlicka, Ludwig/Neck, Rudolf (Hg.): Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976. Wien 1977, S. 136–155, hier S. 146.
- 30/ ZPA der KPÖ, Lebenslauf, 22.8.1945, S. 1.
- 31/ Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik. Wien 1987, S. 209.
- 32/ Situationsbericht der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Staatspolizeiliches Bureau, 12.1.1938, zit. nach: Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation. Band 1: 1934–1938, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1984, S. 332.
- 33/ DÖW 1510, S. 3.
- 34/ Situationsbericht der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Staatspolizeiliches Bureau, 13.1.1938, zit. nach: Widerstand und Verfolgung in Wien, S. 333.
- 35/ DÖW 1510, S. 3.
- 36/ Haas, Hanns: Der „Anschluss“, in: Tólos, Emerich u.a. (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien 2000, S. 26–54, hier S. 42.

Suchen und Irren im roten Jahrzehnt

Als österreichischer Linker in den 1970er Jahren

KARL WIMMLER

Im Oktober erscheint im Promedia Verlag Karl Wimmlers Buch „Kein Spiel. Als österreichischer Linker in den 1970er-Jahren“. Wimpler, politischer Aktivist in Graz vor allem in den 1970er Jahren, wirft darin den kritischen Blick eines Zeitzeugen auf die Epoche, um wichtige Parameter der politischen Linken begreiflich und für die Gegenwart nutzbar zu machen. Er erzählt vom Aufwachsen in einer postnazistisch geprägten Provinz, seiner politischen Sozialisierung in Graz und den Aktivitäten der (radikalen) Linken im „roten Jahrzehnt“. Er erinnert sich an wichtige kulturelle Aushängeschilder, einflussreiche Medien und politische und künstlerische Ikonen wie Heinrich Böll, Ulrike Meinhof, Wolfgang Bauer, Peter Handke, Angela Davis oder das Magazin „konkret“. Selbstkritisch beleuchtet er das Verhältnis zu „Revolution“, „Partei“ und linker Vergötzung der Lohnarbeit und beschreibt den langen Niedergang der Linken bis in die Gegenwart. Der Titel „Kein Spiel“ bezieht sich auf einen im letzten Abschnitt des Buches thematisierten Hinweis von Walter Benjamin, der sich zum bekanntesten österreichischen Außenminister aus Monarchie-Zeiten, Klemens Wenzel Lothar von Metternich, äußerte, dieser habe „das Leben am liebsten mit dem Spiel verglichen“. Als Vorabdruck folgt hier ein Ausschnitt aus der Mitte des Buches. (Die Zwischentitel wurden von der Redaktion eingefügt.)

Ihr seid ja alle Dogmatiker“, lautete einer der häufigsten Vorwürfe gegenüber den meisten damaligen Linken, den auch ich mir immer wieder anhören musste und der auch nach den 1970er Jahren epidemisch den Linken nachgerufen wurde. Diese Kritik lag schon allein deshalb für manche auf der Hand, weil die Sprache der Linken häufig nicht nur sehr theoretisch klang, sondern auch aus viel marxistischer Theorie oder von Marx, Engels und Lenin übernommenen Sprachformeln bestand, die über eine wenig untersuchte Realität gestülpt wurden. Manche Kritikerinnen und Kritiker, wovon lediglich wenige, in der Regel aus dem links-christlichen Lager, Aufrichtigkeit für sich in Anspruch nehmen konnten, hielten den Linken das Kopieren

ausländischer Vorbilder oder den fehlenden Bezug zur österreichischen Wirklichkeit vor, was zweifelsohne nicht allzu weit hergeholt war. Gerne wird dabei aber übersehen, dass die Gründe dafür hauptsächlich in einer umfangreichen Vernichtung der sozialistischen und kommunistischen Linken sowohl personell, als auch im Hinblick auf das geistige Niveau durch Faschismus und Nationalsozialismus, zu einem bei weitem geringeren Teil durch den Stalinismus, zu suchen waren. Nicht zufällig hatte sich für einige Jahre der Begriff „Neue Linke“ etabliert, zumal die alte als Linke kaum mehr erkennbar war. Die KPÖ repräsentierte eine auch im biologischen Sinn alte Partei, nicht zuletzt durch ihren enormen Aderlass im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Mit der jahrelangen Verdammung Titos, der sowjetischen Militärintervention in Ungarn 1956 und schließlich dem Einmarsch der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in die Tschechoslowakei im Jahr 1968 war ihr zusätzlich ein erheblicher Teil ihres nicht zuletzt auch intellektuellen Personals weggebrochen. In anderer Weise hatte sich die SPÖ nach 1945 – ebenfalls intellektuell, insbesondere von Linken, reduziert – als hauptsächlich restaurative Kraft der westlichen Seite des Kalten Krieges etabliert, die erst mit der Kanzlerschaft Kreiskys wieder über die Parteigrenzen hinaus merkbar soziale Themen in den Vordergrund rückte.

Marxistische Literatur

Die von außen als „Neue Linke“ bezeichneten Gruppierungen und Einzelpersonen mussten sich zunächst vor lauter westlicher Pressefreiheit erst mühsam zusammenklauben, was an grundlegenden Texten des Sozialismus und Kommunismus zwar in den 1920er und 1930er Jahren verfügbar, nun aber verschwunden oder marginalisiert war. Die Schulen fungierten über weite Strecken als katholisch dominierte Konformitätsanstalten, und über die Universitäten urteilte der nicht gerade als extremer Linker verschriene österreichische Philosoph Ernst Topitsch, sie seien „Enklaven des Salazar-Regimes in Mitteleuropa“, jenes portugiesischen Regimes, dessen faschistische Herrschaft erst durch die

„Nelkenrevolution“ des Jahres 1974 beendet wurde. Für Marx, Engels und Lenin pilgerte man üblicherweise in die allerdings nur in einigen Landeshauptstädten existierenden KP-eigenen Buchhandlungen, in denen wissenschaftlich einwandfreie Ausgaben aus der DDR geführt wurden oder bestellt werden konnten. (Später lieferte auch der *Verlag für fremdsprachige Literatur Peking* einige spottbillige Taschenbuchausgaben.)

Oder, was einem heute wie eine Erzählung von einem anderen Stern erscheinen mag, ich fuhr wie viele andere, die „in den Bundesländern“ oder „in den Ländern“ zuhause waren, nach Wien, um in der Buchhandlung von Brigitte Herrmann in der Grünangergasse hinter dem Stephansdom sozialistische und kommunistische Schriften aufzustöbern, die man sonst nirgends im ganzen Land finden konnte – von Faksimile-Reproduktionen aus der Zwischenkriegszeit bis zu Publikationen linker politischer Kleinstverlage aus der BRD. Praktisch sämtliche Debatten früherer Jahrzehnte, die der Anwendung, Kritik oder Weiterentwicklung der marxistischen Theorie galten, waren unterbrochen oder Geheimwissen. Die untergegangenen Schriften aus den 1930er Jahren von Walter Benjamin, Karl Korsch und August Wittfogel, aber auch von innerparteilichen oder parteinahen Auseinandersetzungen, erschienen erst wieder nach und nach in einer dafür ziemlich eng gewordenen Öffentlichkeit der 1970er Jahre, aber eben nicht als aktuelle Debattenbeiträge, sondern als historische Belege für ein spezielles Publikum; Max Horkheimers und Theodor Adornos „Dialektik der Aufklärung“ aus dem Jahr 1944 ein Vierteljahrhundert später.

Manche bedeutsame Schriften wurden erst durch die Initiative Einzelner als illegale Raubdrucke reproduziert und publiziert, etwa in Amsterdam, Schriften Wilhelm Reichs beispielsweise, aber auch literarische Werke, die sich heute noch in meiner Bibliothek finden wie Romane von Ernst Ottwalt oder Sergej Tretjakow. Ich entdeckte also zunächst Marx und Engels mit einigen Gleichgesinnten mühsam vom „Kommunistischen Manifest“ angefangen, über „Lohn, Preis und Profit“, „Der Bürger-

krieg in Frankreich“, schließlich „Die Dialektik der Natur“ oder den „Anti-Dühring“ von Engels und scheiterte beim ersten Anlauf von „Das Kapital“. Von Lenin folgte dann nach einigen kleineren Schriften zunächst seine umfangreiche Schrift über den Imperialismus und „Was tun?“, womit ich dann wissen sollte, was zu tun sei.

Nicht viel anders verhielt es sich mit der Literatur. Meine erste Ausgabe von Gedichten Erich Mühsams, dieses bereits 1934 56-jährig von den Nazis umgebrachten Münchner Rätorepublikaners und antimilitaristischen, freigeistig-kommunistischen Schriftstellers, erwarb ich antiquarisch in der „Volksbuchhandlung“ der KPÖ, eine Ausgabe aus dem Jahr 1960 vom *Verlag für fremdsprachige Literatur Moskau*, mit einem Vorwort in russischer Sprache, das dafür mitten im kyrillischen Buchstabensalat den schönen deutschen Vers bereithält: „Das Vaterland, das Vaterland ist Republik / Und ‚Deutschland über alles‘ bläst die Blechmusik.“ Erst Ende der 1970er Jahre bemühten sich dann westdeutsche Verlage, ihren neu entdeckten Antinazismus literarisch zur Schau zu stellen und druckten Mühsam, weil durch das gestiegene Interesse Profit winkte.

In ähnlicher Weise hätte ich weder im normalen Buchhandel und schon gar nicht in der außerhalb der Landeshauptstädte weit verbreiteten *Buchgemeinschaft Donauland* erfahren, dass es einen Roman von Anna Seghers über die österreichischen Februarkämpfe des Jahres 1934 gab: „Der Weg durch den Februar“. Und selbst als die US-Verfilmung ihres Romans „Das siebte Kreuz“ aus dem Jahr 1944 mit Spencer Tracy in der Hauptrolle, die hierzulande wie in Westdeutschland nie in die Kinos kam, in den 1970er Jahren im Fernsehen gezeigt wurde, fand ich das Buch nur in einer KPÖ-Buchhandlung, gedruckt in der DDR. Jura Soyfer, Theodor Kramer, Franz Kain, Susanne Wantoch, Eva Aschner, Karl Wiesinger, Richard Zach und unzählige andere linke Autorinnen und Autoren kannte niemand, vulgo: wenige Spezialisten oder Spezialistinnen. Und viele andere Schriftsteller wurden erst Jahrzehnte später wiederentdeckt. Gar nicht zu reden davon, dass selbst Bertolt Brecht nicht nur auf den Theaterbühnen des Landes bis in die 1960er Jahre boykottiert worden war. Sogar von der ersten Aufführung der „Dreigroschenoper“ in Graz behauptete die steirische SPÖ-Zeitung *Neue Zeit* wahrheitswidrig, es habe sich um eine „beispiellose Pleite“

gehandelt, zumal „(heute) diese sozialkritische Anklage relativ ins Leere“ ziele.

Bruchstückhafte Theorierekonstruktion und stolpernde Praxis

Sowohl durch die „Marxistische Studentenorganisation“ auf Hochschulboden und den „Kommunistischen Bund“ außerhalb – bei beiden war ich Mitglied –, als auch durch die meisten anderen Linken blieben die politischen Auseinandersetzungen im Land vor lauter Theorieaneignung und Blick auf die ganze Welt unterbelichtet. Oder aber es geriet jede Kleinigkeit, jede politische Auseinandersetzung mit Wirkung auf die Werktätigen, jeder kleine Streik im sozialpartnerschaftlich streiklosen Land zum dramatischen „Kampf“, gefühlt nahezu als kleine Vorstufe zur Revolution. Das Bedeutsame wurde manchmal spät erkannt und vom weniger Wichtigen überlagert. So gehörte zwar eine die Gleichberechtigung der Frauen thematisierende dort und da aufgestellte und wiederholte Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und gleichen Rechten für beide Geschlechter selbstverständlich zur kontinuierlichen Propaganda, aber die konkreten Auseinandersetzungen über Familienrechtsreform und Entkriminalisierung der Abtreibung wurden fast verschlafen, um dies später durch radikalisierte Forderungsübertreibung noch zu überspielen. Dazu kam eine oberflächliche Beurteilung der österreichischen Sozialdemokratie, die einfach die westdeutschen Analysen über die dortige SPD kopierte oder den kommunistischen Blick aus den Neunzehnzwanzigerjahren auf die Sozialdemokratie im allgemeinen umstandslos auf die SPÖ projizierte. Eine linke Politik, die die Eigenheiten und die besondere Geschichte und Stellung der österreichischen Sozialdemokratie ignorierte, konnte auf Dauer nicht gut gehen.

Aber ebenso wenig zukunftsweisend erwies sich das schamhafte Verschweigen der eigenen sozialistischen Vergangenheit durch die Sozialdemokratie. So blieb beispielsweise der gegen die Parteiführung vom Zaun gebrochene Februaraufstand des Schutzbunds im Jahr 1934 in der SPÖ zwar für lange Zeit ein Stachel gegen eine bewusstlose Vertrauensseligkeit gegenüber dem industriellen Bürgertum und dem Kapitalismus. Zugleich aber wurde die Erinnerung an diese Februarkämpfe auf eine innerparteiliche Folklore reduziert, bis fast niemand mehr wissen wollte, dass es so etwas wie Austrofaschismus gegeben hatte – und kaum noch jemand eine Ah-

nung davon hatte, worin der sozialdemokratische Austromarxismus bestand. Es waren hauptsächlich aus der Neuen Linken hervorgegangenen Gruppierungen oder Einzelpersonen, die darauf wieder aufmerksam machten. Die Quellen dafür waren nicht ohne weiteres zu finden, und sowohl die Sozialdemokraten, als auch die Kommunisten wachten mit Argusaugen über ihre Parteierzählung.

Die Realität der Sozialdemokratie

Ich wiederum fühlte mich mit anderen dazu berufen, das soeben in der Vergangenheit und der neokolonialen Welt neu Entdeckte umgehend in der eigenen Hochschulzeitung und den Betriebsflugblättern umsetzen zu müssen. So hatte, abgesehen von allen theoretischen Abhandlungen, auch meine Geringschätzung und Verachtung der damaligen Sozialdemokratie gute Gründe. Diese fanden sich nicht nur in Jura Soyfers wiederentdecktem und endlich publizierten Romanfragment aus den Neunzehndreißigerjahren, „So starb eine Partei“, überzeugend bestätigt, sondern später auch beispielsweise von der 1968 geborenen Wienerin Andrea Wenig, die sich an Folgendes sehr genau erinnerte. Am 23. Juni 1974, einem Sonntag, sei sie mit ihrer Mutter allein zu Hause gewesen, in einer Zimmer-Küche-Kabine-Wohnung in Wien, ohne Bad und mit WC am Gang. „Zwei Zigarettenlängen“ habe ihre Mutter „vor dem Spiegel des Waschbeckens in der Küche“ ihre Haare toupiert, frisiert, mit Taft besprüht, während sie selbst ihre Puppe frisierte. „Nach vollendeter Haarpracht legte Mutter farbenfrohes Make-up auf, dann zog sie ihre Strümpfe an, eine weiße Bluse und ein Kostüm in dunklem Blau. Sie sah sehr elegant und schön aus. Sie trug dazu eine braune Lederhandtasche mit kurzem Trageriemen, braune Lederschuhe spitz zugeschnitten und mit hohen dünnen Absätzen. Ich selbst trug mein neues weißes Sommerkleidchen, weiße Spitzenstutzen und neue Sandalen.“ Kurz vor Ablauf seiner zweiten Amtsperiode war der Bundespräsident verstorben, der Sozialdemokrat, gelehrte Schriftsetzer und leidenschaftliche Esperantist Franz Jonas, weshalb die Wahl eines neuen Präsidenten erforderlich war. Im nahe gelegenen Schulgebäude befand sich das Wahllokal. Andreas Vater konnte beim gemeinsamen Gang zur Wahl nicht dabei sein, da er in der Wahlkommission des Bezirks tätig war. „Du, Mama? Was ist Wahl?“, fragte

Andrea ihre Mutter. „Das sind das Recht und die Pflicht der Bürger zur Mitbestimmung. Heute wähle ich den Präsidenten. Jeder im Land muss heute wählen gehen. Es gibt bei der Präsidentschaftswahl Wahlpflicht. Sonst holt einen die Polizei.“ Andrea konnte sich nicht vorstellen, was eine Wahl ist, „aber ich war sicher, wenn es eine Wahlkommission gibt, an der Vater frühmorgens in Anzug und Krawatte mitarbeitet und Mutter ihr schönstes Kostüm anzieht und sich aufputzt wie fürs Theater, dann muss es sehr wichtig sein.“

Diese Geschichte fand ich im Jahr 2019 in der *Wiener Zeitung*. Andrea Wenig erwähnte nirgends ihre Parteizugehörigkeit oder die ihrer Eltern, aber ich zweifelte nie auch nur eine Sekunde daran, dass die Tochter damit ihre gewissenhaften sozialdemokratischen Eltern im noch immer mit 60 Prozent der Stimmen von der SPÖ dominierten Wien beschrieb, die als brave Bürger nicht nur pflichtbewusst ihren staatsbürgerlichen Pflichten nachkamen, sondern der Vater darüber hinaus auch noch aktiv beim ordnungsgemäßen Funktionieren des formalen demokratischen Ablaufs mithalf. Mit einer Polizei, deren Drohung im Hintergrund der Feierlichkeit des demokratischen Augenblicks Nachdruck verlieh. Der demokratische Impetus eines Handelns im Sinne der Ausgebeuteten und Unterdrückten hatte sich von allem sozialen Inhalt entleert und auf staatsbürgerliche Formalismen reduziert. Und die „Kämpferinnen und Kämpfer für den Sozialismus“ waren zu staatsgläubigen Kleinbürgern mutiert. Nur wenige Jahrzehnte später scheint mir, dass sich die auch von der Sozialdemokratie nach 1945 gepflegte Illusion, „wir alle“ seien „der Staat“, bei vielen Angehörigen der unteren Klassen mit Recht ziemlich verflüchtigt hat, ob ersatzlos ist fraglich. Stattdessen verblieb eine Sozialdemokratie, die, statt im Sinne jener unteren Klassen zu handeln, wie die anderen Parlamentsparteien nichts als „das Staatsganze“ im Interesse des Funktionierens „der Wirtschaft“ und „des Standorts“ im Blick hat. Oder gar dieses „Staatsganze“ durch Phrasen über „Europa“ ersetzt.

In meinem Kindheitsort prangt bis zum heutigen Tag am Rathaus, an der der Hauptstraße zugewandten Gebäudeseite, nicht weit vom Eingang entfernt eine immer gesäuberte Tafel, die geräuschlos zu entfernen oder wenigstens im Stadtarchiv zu deponieren mehr als ein halbes Jahrhundert absolute Gemeinderatsmehr-



Demonstration der KPÖ am 1. Mai 1973 auf der Wiener Ringstraße

heit der Sozialdemokratie nicht ausreichte: „Dem Gründer des deutsch-österreichischen Bündnisses BISMARCK weihten an seinem 100. Geburtstag im Kriegsjahr 1915 die deutschvölkischen Vereine in Liezen diesen Stein.“ Die Reminiszenz an die „deutschvölkischen Vereine“ – Kriegstreiber, Völkerschlachtbefürworter und Antisemiten – hält sich ungebrochen bis heute. Damit nicht genug. Im Jahr 2009 feierte die Maschinenfabrik Liezen ihr 70-jähriges Bestehen, die in meiner Kindheit immer „das Werk“ genannt wurde, dann „die VÖEST“, später nie Noricum, obwohl die so bezeichneten Kanonen dort produziert wurden, nach dem Konkurs mit reduziertem Personal und anderen Eigentümern immer noch ein bedeutender Betrieb des Ortes. Das Feiern der Gründung eines Rüstungsbetriebs zur Unterstützung der Kriegsführung des „Großdeutschen Reichs“ ein Jahr nach dem „Anschluss“ im März 1938 löste meines Wissens bei kaum jemandem besonderes Befremden aus. Die Festschrift der Firma verklärte die Rolle des Betriebsgründers, Eigentümers und NS-Wehrwirtschaftsführers Schmid-Schmidfelden; vor allem aber publizierte die Gemeindezeitung unter dem Titel „Grüße aus Liezen für Josef Stalin“ ein Foto, das hämisch grinsende Soldaten der Deutschen Wehrmacht im Jahr 1942 zeigt, die die zehntausendste im Werk produzierte Granate umringen, mit der eingravierten Aufschrift: „An Josef Stalin – Gruß aus Liezen“. Kommentiert wurde das Foto unter anderem mit dem Satz: „Waren die Arbeiter mit Begeisterung bei der Sache oder war es nur das Werk eines Späßvogels?“

Die Waffenproduktion für den Aggressionskrieg gegen die Sowjetunion scheint demnach noch sechseinhalb Jahrzehnte danach eine gerechte und plausible Sache gewesen zu sein, die heute noch zum Gaudium geraten kann. Die Information, dass mehr als die Hälfte der gegen Kriegsende etwa tausendfünfhundert Arbeiter ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus zehn verschiedenen Nationen waren, wurde in der „Festschrift“ erwähnt, fand aber nicht in die Gemeindezeitung. Was immer die staatlichen Vergangenheitsbewältiger und „Opfermythos“-Theoretiker in den letzten Jahren erzählt haben, bis in diese Bezirksstadt haben sich ihre Geschichten ebenso wenig herumgesprochen wie in die Sozialdemokratie der Region.

Lohnarbeit als Lebensideal

Ich kann mir allerdings vorstellen, dass derartige charakteristische Fehlleistungen nicht nur in einer in Sonntagsreden bedauerten Geschichtsvergessenheit begründet liegen, sondern auch mit einem Dogma im Zusammenhang stehen, das mir gegenüber damals nie beklagt wurde. Im Gegenteil, es handelt sich um ein weithin unwidersprochen anerkanntes Grundprinzip der kapitalistischen Welt und stellt zugleich eine weit verbreitete Vorstellung der sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegung dar. Hatte schon in der Frühzeit des Sozialismus Josef Dietzgen verkündet: „Arbeit heißt der Heiland der neueren Zeit“, so kommt diese zum Dogma festgeschriebene Ideologie aufseiten der Linken am klarsten in der bis heute bei festlichen Anlässen gesungenen Parteihymne der

SPÖ zum Ausdruck. „Die Arbeit hoch!“, wird da begeistert seit eineinhalb Jahrhunderten angestimmt, dabei kann man sich auch auf August Bebel berufen, der in seinem für die damalige Zeit bemerkenswerten Werk „Die Frau und der Sozialismus“ geschrieben hatte: „Der Sozialismus stimmt mit der Bibel darin überein, wenn diese sagt: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“

Wohl ist einzuräumen, dass sich solch ein Satz ursprünglich gegen den Adel und das Großbürgertum richtete, deren durch Ausbeutung fremder Arbeit gewonnenes Einkommen keiner eigenen Arbeit entsprach. Aber dieser ursprüngliche Gedanke verschwand bald im Nebel der Vergangenheit, sodass auch der zum „Tag der Arbeit“ degenerierte 1. Mai nicht nur in unseren Breiten ein weithin nichtssagendes Ereignis geworden ist. Noch vor wenigen Jahren hörte ich einen „für ein soziales Europa“ demonstrierenden Funktionär des Deutschen Gewerkschaftsbundes in ein TV-Mikrofon fordern: „Wir wollen, dass die Jugend in Europa mehr Arbeit bekommt!“ – Weiß so ein Mann, was er da redet? Konsequenterweise ging, wie der deutsche Sozialwissenschaftler Götz Eisenberg diagnostizierte, mit der Vergötzung der Arbeit auch eine „Verachtung des Bummelanten, Faulenzers, Drückebergers, Parasiten und Schmarotzers“ einher.

Bei dem 2010 verstorbenen österreichischen Dichter Andreas Okopenko lachte ich, das ist auch schon wieder eine Zeit lang her, befreit über die lyrische Verhöhnung einer derartigen Haltung: „Die Arbeit hoch‘ is no z’weng; / so hoch, dass i’s garnet dergleng!“ Die Kommunisten wiederum modifizierten den Schwerpunkt vom Fetischismus der Arbeit zu jenem der Produktion, was in der Sowjetunion bald zu Straftatbeständen wie „Parasitismus“ und „Arbeitscheu“ führte und in Irrwegen und Scheinheiligkeiten der verordneten Stachanow-Bewegung einen Höhepunkt fand. Derartiges findet allerdings auch ideologische Entsprechungen in der hiesigen Gegenwart. Als sich die Regierenden zu Beginn dieses Jahrhunderts daran machten, erkämpfte Schutzgesetze für Behinderte abzubauen, meldete sich auch der gern als reicher Kasperl für Arme medial inszenierte Baumeister Richard Lugner zu Wort. Der Kündigungsschutz für Behinderte sei Larifari: „Wenn einer nix leistet, muss ich ihn weggeben!“

Im Rahmen der Propaganda des Kalten Krieges wurden die sowjetischen Ab-

irrungen in manchen Arbeitsidiotismus insbesondere auch von der Sozialdemokratie gerne gegeißelt. Heute ist vergessen, dass es in Österreich noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg „Arbeitshäuser“ gab, eines zum Beispiel nur fünfzig Autokilometer westlich von Graz in Maria Lankowitz. Begründet wurde die Notwendigkeit einer derartigen Einrichtung unter anderem mit der immer noch weit verbreiteten Ansicht, die heute auch als Begründung für ein möglichst niedriges Arbeitslosengeld herhalten muss, wonach nur die ständige Angst vor Hunger die Armen zur Arbeit treibe. Und dass Arbeit Menschen „bessert“. Das Zwangsarbeitshaus, wie es lange Zeit hieß, wurde erst mit der großen Strafrechtsreform abgeschafft, die am 1. Jänner 1975 in Kraft trat. Ein Verdienst der Sozialdemokratie. Allerdings marschierte sie in Sachen Produktionsidiotie häufig ebenfalls vorneweg. Das bedenkenlose Argument der „Schaffung von Arbeitsplätzen“ oder deren „Sicherung“ führte schnurstracks in die Förderung unsinniger Produkte, nicht zuletzt auch in die Waffenproduktion (unter anderem der staatlichen Firma „Noricum“) und die militante oder zumindest unbedachte Rücksichtslosigkeit gegenüber der Natur (Zwentendorf, Hainburg und vieles andere).

Erleichtert wird solches Denken durch die irreführende Erklärung, „die Arbeitslosigkeit“ der 1920er und 1930er Jahre, nicht der Umgang mit ihr, habe Hitler und den Nationalsozialismus ermöglicht,

eine jahrzehntelange Standarderzählung in Westdeutschland wie Österreich, auch heute noch. Wer die Arbeitslosigkeit für den Faschismus verantwortlich macht, kann schwerlich ideologische Verbindungen zu jenen Wählerinnen und Wählern der Sozialdemokratie insbesondere der Siebzigerjahre bestreiten, die sie wählten, weil sie die „Sicherung von Arbeitsplätzen“ versprach. Sinn und Zweck der Arbeit und worin ein erfülltes und gesichertes Leben bestünde, schienen oder waren in den Hintergrund gerückt.

Was immer der Sozialismus bzw. Kommunismus als Zielvorstellung angibt, jedenfalls geht es stets auch um die Reduzierung des „Reichs der Notwendigkeit“ zugunsten des „Reichs der Freiheit“. Die „Fremdheit“ der Lohnarbeit tritt ja nach Marx gerade „darin hervor, dass, sobald kein physischer Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird“. Und: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.“ Nicht lange nachdem eine meiner Tanten, die zuletzt als Verkäuferin in einem Schuhgeschäft gearbeitet hatte, vor einem halben Jahrhundert in Pension ging, bekam sie, nicht mehr erinnerlich von wem, eine handgefertigte Wandstickerei im bäuerlichen Stil geschenkt, mit der Inschrift: Wer nicht arbeitet, soll wenigstens gut essen.

Lesung und Diskussion

Karl Wimmer: „Kein Spiel“



Die „68er“ und ihre Ausläufer werden oft verklärend dargestellt. Karl Wimmer versucht hingegen, durch seinen Blick wichtige Parameter der politischen Linken in den 1970er Jahren begreiflich zu machen und in die Gegenwart zu holen. Dabei lässt er auch kulturelle Phänomene nicht außer Acht.

Karl Wimmer: Kein Spiel. Als österreichischer Linker in den 1970er-Jahren. Wien: Promedia 2022, 176 Seiten, 22 Euro

Mittwoch, **19. Oktober 2022**, 19.00
Veranstaltungssaal von transform!
Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien

Eine Veranstaltung von Promedia Verlag und Alfred Klahr Gesellschaft

Sovexport nach Wien

Strategien zur Popularisierung des sowjetischen Films in der Besatzungszeit

SABINE FUCHS

Dass in Wien im Vergleich zu den meisten anderen westeuropäischen Städten der sowjetische Film in der Nachkriegszeit eine sehr große Bedeutung hatte, hängt eng mit der Kulturpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht und der Arbeit der am 2. Juni 1945 ins Leben gerufenen *Gesellschaft zur Pflege der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion* (später *Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft*) zusammen.¹ Ziel der Gesellschaft war es, „die geradezu erschreckende Unkenntnis über die Sowjetunion zu überwinden und dem österreichischen Volk ein klares, richtiges Bild von den wirtschaftlichen, sachlichen und kulturellen Leistungen des russischen Volkes zu übermitteln“.² In der unmittelbaren Nachkriegszeit war dieser kulturelle Transfer im Bereich der Filmpolitik am leichtesten zu leisten: Keine großen Theater-, Ballett- oder Orchestergruppen mussten reisen (obwohl auch in diesen Bereichen eine breite Palette an Aktivitäten gesetzt wurde), sondern lediglich die sowjetischen Filme deutsch beziehungsweise österreichisch untertitelt werden. So konnte schon im Herbst 1946 eine sowjetische Filmfestwoche in Wien organisiert werden, die, laut dem kommunistischen Journalisten Otto Horn, „ein wahrheitsgetreues Bild der Sowjetunion [...] und ihres Kampfes“ zeigte³ und gleichzeitig auch eine Leistungsschau des sowjetischen Kinos sein sollte. Schon bei dieser Gelegenheit wurde für einen sowjetischen Jugendfilm, der in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in einer Synchronfassung mit dem Titel „Sei begrüßt, Moskau!“ (UdSSR 1945, Regie: Sergej Jutkevich, M. Itina) lief, eine eigene österreichische Fassung unter der Mitarbeit u.a. des österreichischen Schauspielers Willy Forst hergestellt, die den Titel „Servus, Moskau!“ trug.⁴

Anders als später vielfach dargestellt war die Sowjetische Filmfestwoche keineswegs als politische Propagandamaßnahme im Rahmen des sich abzeichnenden Kalten Kriegs geplant – im Gegenteil. In den ersten Jahren der Besatzung arbeiteten die Sowjetunion und die USA im Bereich der Filmpolitik überraschend eng zusammen, was im Wunsch nach

einem auch ideologisch endgültigen Sieg über den Nationalsozialismus begründet war. Erst gegen Ende der 1940er Jahre wurde aus der Zusammenarbeit in den Jahren 1945/46 ein immer stärker werdender Antagonismus, der in einem ideologisch geprägten propagandistischen Konkurrenzkampf unter den Vorzeichen des Kalten Krieges mündete. Trotz dieser anfänglichen Zusammenarbeit betrieb die Sowjetunion aber von Beginn an eine eigenständige Filmpolitik, wobei sie die vorhandene Infrastruktur des österreichischen Films geschickt nutzte.

Beide großen Besatzungsmächte sahen den Film als eines der wichtigsten – wenn nicht das wichtigste – kulturpolitische Mittel der Umerziehung ehemaliger Nationalsozialisten und Mitläufer des Nationalsozialismus sowie der Popularisierung eigener politischer Positionen an. Die „Filmpolitik“ der Besatzungsmächte umfasste daher praktisch alle Bereiche des Filmwesens: den Verleih von in den USA bzw. in der Sowjetunion produzierten Filmen einschließlich von deren Synchronisation, die Produktion neuer, unter geänderten politischen Vorzeichen produzierter österreichischer (und auch deutscher) Filme, die Bewerbung der Filme durch Filmplakate sowie die Inbesitznahme von Spielstätten (in erster Linie Kinos, aber auch Vortragssäle etc.), in denen diese gezeigt werden konnten. Zu diesem Zweck musste die geeignete Infrastruktur entweder neu geschaffen, mindestens aber ideologisch neu aufgestellt werden.

Wien-Film am Rosenhügel

Eine der ersten Maßnahmen, die die sowjetische Besatzungsmacht in diesem Kontext setzte, war die Umwandlung der *Wien-Film am Rosenhügel*, die als ehemaliges Deutsches Eigentum galt, zum USA-Betrieb. Sie sollte als „rote Traumfabrik“⁵ für die Produktion von sozialistischen Filmen zur Verfügung stehen, wobei die Studios allerdings bis Ende der 1940er Jahre fast ausschließlich zur Herstellung von Synchronfassungen sowjetischer bzw. in der sowjetischen Einflusssphäre entstandener Filme genutzt wurden, und zwar, wie oben schon angemerkt, auch von Filmen, von denen es eine synchronisierte Ver-

sion für das deutsche Publikum schon gab. Dies sollte dem Zweck dienen, eine möglichst große Differenz zwischen österreichischer und deutscher Kultur und Identität zu betonen und beim österreichischen, speziell beim Wiener Publikum Sympathien zu gewinnen.⁶

Die ab 1950 entstandenen Eigenproduktionen der *Wien-Film* entsprachen nur begrenzt den politischen und qualitativen Idealvorstellungen des sozialistischen Films. Zwar wurden mit – neben anderen – Hanns Eisler und Karl Paryla sowie den Regisseuren Louis Daquin und Aldo Vergano zahlreiche kommunistische oder mit dem Kommunismus sympathisierende Künstler für die Mitarbeit gewonnen; in den Drehbüchern stand aber eine lediglich vage, in Komödienstoffe und Opernverfilmungen verpackte Sozialkritik und nicht ein klarer Klassenstandpunkt nach Vorgabe des sozialistischen Realismus im Vordergrund. So bedienten die Eigenproduktionen der *Wien-Film* einerseits den Nachkriegseskapismus in eine zwar nicht unbedingt heile, aber doch heitere Welt; andererseits wurden in allen Filmen soziale Ungerechtigkeiten und die Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft, wenn auch versteckt, thematisiert. So ist es etwa in „Seesterne“ (A 1952, R.: Johannes Alexander Hübler-Kahla) eine Fabrikarbeiterin und Mitglied eines Arbeiterschwimmvereins, die gegen gesellschaftliche Widerstände eine große Wassersportrevue veranstaltet; diese wiederum ist in der Inszenierung des Films stark von den zur selben Zeit in den USA sehr populären Wasserrevuefilmen um den damaligen US-Schwimmstar Esther Williams beeinflusst. In „Franz Schubert“ (A 1953, R.: Walter Kolm-Veltée) wird Armut und soziale Ausgrenzung des Komponisten ins Zentrum gerückt, in „Der Komödiant von Wien“ (A 1954, R.: Karl Paryla und Karl Stanzl; zeitweise auch unter den Titeln „Wiener Herzen“ und „Girardi“ im Verleih) wird Alexander Girardi als „Volkschauspieler“ im eigentlichen Sinn des Wortes charakterisiert, der die Bedürfnisse und Emotionen der breiten Masse instinktiv erfasst und sich nur zeitweise durch seine großbürgerliche Ehefrau seinen eigentlichen Talenten entfremden

lässt. Erst in den letzten Jahren der unter der Ägide der Sovexport stehenden *Wien-Film* wurden Filme produziert, die eindeutig in der sozialistischen Film- bzw. Theatertradition standen: So etwa der sich mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit auseinandersetzende Film „Schicksal am Lenkrad“ (A 1954, R.: Aldo Vergano) oder die Verfilmung des Brecht-Stücks „Herr Puntilla und sein Knecht Matti“ (A 1955, R.: Alberto Cavalcanti), die gleichzeitig die letzte unter sowjetischem Einfluss entstandene Produktion der Besatzungszeit ist.⁷

Filmverleihfirma Sovexport

Aber nicht nur im Bereich der Filmproduktion, auch im Bereich des Filmverleihs setzte die sowjetische Besatzungsmacht zahlreiche infrastrukturelle Maßnahmen. So stand die Gründung der *Austria-Film-Verleih-Vertriebs-GesmbH* zwar unter privater österreichischer Leitung, aber es lagen schon bei der Gründung konkrete Pläne für die Verstaatlichung vor. Auch die kurze Zeit ihrer Existenz ist nur im Kontext der sowjetischen Kulturpolitik zu verstehen: Als die Pläne zu der Verstaatlichung aufgrund der politischen Großwetterlage nicht verwirklicht werden konnten wurde die Firma schon im März 1946 wieder liquidiert und an ihrer Stelle noch im selben Jahr die Vertriebsfirma *Sovexport*“, offiziell ebenfalls als österreichisches Unternehmen, tatsächlich aber als Dependence der sowjetischen *Sovexport* gegründet.⁸

Die *Austria-Film-Verleih* und die *Sovexport* brachten 1945 und 1946 etliche Filme in den österreichischen Vertrieb, die ihnen von der für den Filmexport der Sowjetunion zuständigen *Sojusintorg* zur Verfügung gestellt worden waren. Dabei handelte es sich in erster Linie um Produktionen aus den 1920er und 30er Jahren.⁹ Viele Klassiker des sowjetischen Films fanden auf diesem Weg erstmals ihren Weg in die österreichischen Kinos: etwa Sergej Eisensteins „Aleksandr Nevsckij“ (unter dem Titel „Schlacht auf dem Eis“, UdSSR 1938), Vsevolod Pudovkins „Sturm über Asien“ (UdSSR 1928), „Der Weg ins Leben“ von Nikolai Ekk (UdSSR 1931) oder die von Mark Donskoj in drei Teilen verfilmten Lebensgeschichte von Maxim Gorki, „Gorkis Kindheit“ (UdSSR 1938), „Unter Menschen“ (UdSSR 1939) und „Meine Universitäten“ (UdSSR 1941). Auch Komödien wie „Lustige Burschen“ (UdSSR 1934, R.: Grigori Alexandrow), in der Sowjetunion ein Publikumshit, waren dabei. Eisensteins „Panzerkreuzer

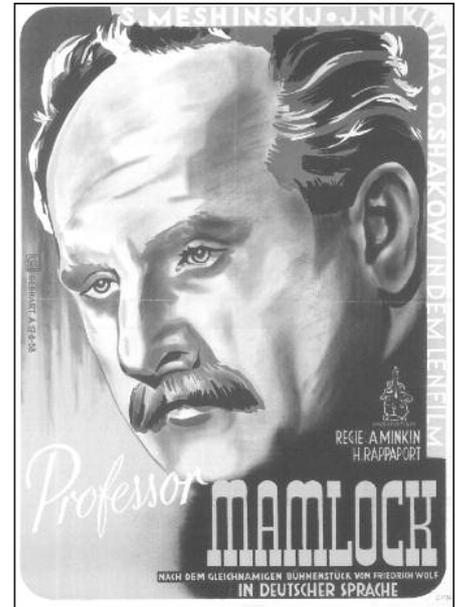
Potëmkin“ (UdSSR 1925) war zwar schon in den 1920er Jahren in Wien gelaufen, kam unter der sowjetischen Besatzung aber als Wiederaufführung erneut in die österreichischen Kinos.

Unter politisch-didaktischen Gesichtspunkten war die Aufführung von „Professor Mamlock“ nach dem gleichnamigen Theaterstück des kommunistischen deutschen Dramatikers Friedrich Wolf besonders bedeutsam. Das 1934 entstandene Stück thematisierte schon früh die nationalsozialistische Judenverfolgung und wurde 1939 unter der Mitwirkung des in die UdSSR emigrierten Autors vom Regisseur Adolf Minkin verfilmt. 1948 wurde der Film in Wien aufgeführt und mit einem eigens dafür entworfenen Plakat beworben. Neuere Filme entstanden in der Sowjetunion in den ersten Nachkriegsjahren zwar nur wenige, weil die Filmindustrie bis Ende der 1940er Jahre unter den Folgen des Zweiten Weltkriegs litt – so etwa „Iwan der Schreckliche“ von Sergei Eisenstein (UdSSR 1945/46), oder die Komödie „Der Mittelstürmer“ (UdSSR 1946, R.: Semjon Derewjanskij, Igor Semgano); aber auch sie kamen in den österreichischen Vertrieb. Ohne Unterstützung der Besatzungsbehörde hätte die *Austria-Film-Verleih* nicht überlebt; und tatsächlich wurde sie schon im März 1946 liquidiert.¹⁰

Ein breiteres Publikum als die Klassiker der sowjetischen Filmkunst fanden allerdings Literaturverfilmungen wie „Wolfsblut“ nach Jack London (R.: Aleksandr Zguridi, UdSSR 1947) – der Film wurde auch in Wien mit einem Plakat beworben, das von Vladimir Stenberg, einem der prägenden sowjetischen Plakatgrafiker der Vorkriegszeit stammte. Ab 1950 entstanden in der Sowjetunion vermehrt Produktionen mit weniger hohem künstlerischen Anspruch, die in erster Linie unterhalten sollten; sie wurden ebenfalls gezeigt. „Sensation im Zirkus“ (R.: Leonid Varlamov, UdSSR 1952) wurde der in Österreich erfolgreichste sowjetische Film; ihn sahen nach offiziellen Angaben bundesweit etwa 900.000 Kinobesucher.¹¹

Universal-Film

Für die Belieferung des sowjetischen und osteuropäischen Marktes mit österreichischen Produktionen und den österreichischen Verleih von Filmen aus anderen Volksdemokratien als der UdSSR wurde 1949 unter Mithilfe der *Sovexport* ein Verleih mit dem Namen *Universal-Film* gegründet, der in Österreich vor allem Filme der DEFA (der staatlichen



„Professor Mamlock“ im Verleih der Sovexportfilm (1948)

Produktionsfirma der DDR) und chinesische Filme vertrieb.¹² Auf diesem Weg kam etwa „Freies Land“ von Milo Harbich, eine DEFA-Produktion aus dem Jahr 1946 in die österreichischen Kinos. Mit diesem dokumentarischen Spielfilm sollte in der DDR für die Bodenreform geworben werden – ein Thema, das in Österreich kaum großes Interesse hervorgerufen haben dürfte. In Wien wurde er vermutlich nur aufgeführt, weil mit der DDR ein regelrechter Filmaustausch stattfand. Dadurch wurden Devisen gespart, und die Vertriebsfirmen beider Länder hatten finanzielle Vorteile. Die *Universal-Film* war gemeinsam mit der *Sovexport* auch für den Vertrieb der *Wien-Film*-Produktionen ins Ausland, vor allem in die DDR zuständig. Bei den Kritikern der DDR waren die österreichischen Filme allerdings nicht besonders angesehen; Sentimentalität und das Fehlen eines klaren politischen Standpunktes wurden moniert.¹³

Eine Ausnahme im Tauschsystem von DEFA und *Wien-Film* bildeten die beiden DEFA-Filme „Die Unbesiegbaren“ (DDR 1953, R.: Arthur Pohl) und „Woyzeck“ (Deutschland/DDR 1947), denn an beiden Produktionen waren Österreicher beteiligt. In „Die Unbesiegbaren“, einem biografischen Spielfilm über August Bebel, spielte Karl Paryla der (nach dem Staatsvertrag und der darauffolgenden Ausgrenzung kommunistischer KünstlerInnen aus dem österreichischen Kulturleben) für einige Jahre in der DDR lebte, die Hauptrolle. Bei „Woyzeck“ nach Georg Büchner führte der österreichische Regisseur Georg C. Klaren Regie. Klaren, der schon vor 1933 in Berlin ge-

dreht hatte, war unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg der erste Chefdraturg der DEFA, blieb allerdings nur kurze Zeit auf diesem Posten. Der Film, der künstlerisch an die expressionistischen Meisterwerke des deutschen Kinos der 1920er Jahre anknüpft und eine explizite Kritik am Militarismus des Nationalsozialismus darstellt, fand bei den sowjetischen Kulturfunktionären zwar wenig Anklang, wurde aber trotzdem zum Export zugelassen und fand auch seinen Weg in die Wiener Kinos. Er wurde allerdings weder in Westdeutschland noch in den westlichen Besatzungszonen Wiens gezeigt und ist so eines der am wenigsten bekannten Meisterwerke des deutschsprachigen Films.¹⁴

Filmplakatkunst

Die Vertriebsfirmen *Austria-Film-Verleih* (in enger Zusammenarbeit mit der *Sojusintorg*) und *Sovexport* waren auch für die Bewerbung der von ihnen verliehenen Filme zuständig. Die Plakate, mit denen diese Filme in Wien beworben wurden, entstanden in unterschiedlichen Kontexten. Etliche wurden von österreichischen Plakat Künstlern für den Wiener Markt neu entworfen. So gestaltete Alexander Hussl das Plakat zu „Im Namen des Lebens“ (UdSSR 1947, R.: Josif Kheifits, Aleksandr Zharki); das zu „Professor Mamlock“ (UdSSR 1939, R.: Adolf Minkin) stammt von Gebhart. Von beiden Grafikern und ihren Ateliers sind etliche Arbeiten für die *Sovexport* erhalten.

Für Filme, die aus der DDR stammten, wurden zuweilen ebenfalls eigene österreichische Plakate entworfen, so etwa für „Die Unbesiegbaren“ (DDR 1953, R.: Arthur Pohl) von Walter Kostial, oder es wurde auch in Österreich mit jenen Plakaten geworben, die in der DDR verwendet wurden – so beispielsweise mit dem von Marno stammenden Plakat für „Freies Land“ (DDR 1946, R.: Milo Harbich). Relativ häufig wurden allerdings auch in Wien sowjetische Originalplakate verwendet. Dies war möglich, weil die Plakate aufgrund der Tatsache, dass im Vielvölkerstaat Sowjetunion unterschiedliche Sprachen und auch unterschiedliche Schriftsysteme verwendet wurden, schon für den sowjetischen Gebrauch zunächst ohne typographische Elemente hergestellt wurden. Die Produktionsfirma *Sovkino*, die für die Produktion der frühen Meisterwerke des sowjetischen Films verantwortlich war und eine hauseigene Druckerei für Filmplakate unterhielt,¹⁵ ließ die Schriftelemente dann nachträglich in der jeweiligen Spra-

che und Schrift eindruckten. Auch für die Verwendung im deutschsprachigen Raum wurde dieses System beibehalten. Ein Beispiel für diese Vorgehensweise ist der Film „Wolfsblut“ (UdSSR 1947, R.: Aleksandr Zguridi), der auch in Wien mit dem sowjetischen Filmplakat von Vladimir Stenberg beworben wurde; auch von Nikolaj Chomov (1903–1973) sind einige in Wien verwendete Plakate erhalten. Für die Verwendung in Österreich wurden Entwürfe aus unterschiedlichen Epochen der sowjetischen Plakatkunst herangezogen; lediglich die frühe, unter Stalin verpönte konstruktivistische Phase, in der auch bedeutende Künstler wie Alexandr Rodčenko (1891–1956) oder Anton Lavinskij (1893–1968) Filmplakate geschaffen hatten, fehlt.

Die sowjetische Filmplakatkunst entstand und fand ihren ersten Höhepunkt in engem Zusammenhang mit dem frühen revolutionären Film, dessen wichtigstes Merkmal ein auf einer expressiven Montage beruhender Stil war. Plakat Künstler wie die Brüder Georgij (1900–1933) und Vladimir Stenberg (1899–1982), Nikolaj Prusakov (1900–1952) oder Anatolij Belskij (1896–1970) nahmen diese Bildsprache auf und schufen mit Plakaten, in denen auch Fotomontagen von Filmstills wichtig waren, eine eigenständige Kunstform.

In den 1930er Jahren kam es zu einer Verflachung der Plakatkunst, die wiederum mit Änderungen der Filmästhetik in engem Zusammenhang stand: Durch das Aufkommen des Tonfilms verloren die Bildmontage sowie die konstruktivistischen Konzepte, auf denen sie beruhte, ihre zentrale Bedeutung.¹⁶ An die Stelle des Montage-Raums trat der reale Raum der Filmszene, der einen Einsatz maleirsch-graphischer Verfahren erforderte. Dies korrespondierte in der Plakatkunst mit einem größeren Einfluss der Konventionen der realistischen Malerei: Das Geschehen auf der Leinwand wurde nicht mehr verfremdet, sondern im Plakat reproduziert, im Zentrum der Darstellung von Film wie Filmplakat standen nun Individuen und nicht mehr die revolutionäre Masse. Photographische Elemente verschwanden wie die konstruktivistischen fast völlig.¹⁷ Dies entsprach auch den politischen Vorgaben, denn im März 1931 war mit der Resolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei mit dem Titel „Über die Plakatliteratur“ nicht nur die grundsätzliche Bedeutung der Filmplakate als „nicht wegzudenkender Teils der politisch-erzieherischen Arbeit im Umfeld des Films“ betont, sondern der Sozialis-



„Begegnung an der Elbe“ im Verleih der Universal-Film (1949)

tische Realismus als grundlegendes künstlerisches Verfahren der Plakatproduktion festgeschrieben worden. In der Folge legten Plakate wie etwa jene des Malers, Bühnenbildners und Graphikers Jurij Pimenov (1903–1977), eines der erfolgreichsten Plakat Künstler jener Epoche, vermehrt Wert auf realistische Farbigkeit, die Typographie und den Stil der Malerei.¹⁸

Der mit dem Angriff Hitlerdeutschlands 1941 auf die Sowjetunion übergreifende Zweite Weltkrieg führte zu einer größeren Ernsthaftigkeit und erneuten Glaubwürdigkeit in der realistischen Darstellungsweise. Die figuralen Konzepte des Sozialistischen Realismus wurden zwar bis nach 1945 unverändert weitergeführt, zumal es in den 1930er und 1940er Jahren auch keinen Generationswechsel bei den sowjetischen Plakat Künstlern gab, aber die Heldenhaftigkeit der Darstellung wurde zunehmend gebrochen, die sowjetischen Menschen nicht nur als kämpferisch siegend, sondern auch als Leidtragenden des Krieges dargestellt.¹⁹ Allerdings entstanden zwischen 1941 und 1945 kaum Filmplakate, denn die Plakatkunst war in den Jahren des Zweiten Weltkriegs auch in der Sowjetunion durch den kriegsbedingten Mangel an Ressourcen geprägt. Erst im letzten Drittel der 1940er Jahre nahm die Reklamfilm, die nun fast alle nationalen Filmplakate druckte, ihre Arbeit wieder auf; andere große Druckereien folgten.²⁰ In Österreich wurden allerdings nicht nur für reguläre Kinovorführungen Plakate benötigt. Schon seit 1946 gab es jährlich sowjetische Filmfestwochen, die ab 1949 in die österreichisch-sowjetischen



Programmbroschüre der „Festwoche des sowjetischen Films“ in Wien 1949

Freundschaftswochen integriert wurden, sowie die – allerdings nur unregelmäßigen Abständen stattfindenden – „Festwochen des sowjetischen Jugendfilms“ und „Festwochen des sowjetischen Kulturfilms“.²¹ Das Plakat zu den ersten, von der *Sovexport* organisierten „Festwochen des sowjetischen Jugendfilms“ wurde vom Wiener Grafiker Alexander Hussl gestaltet.

Film im Kalten Krieg

Trotz aller Bemühungen um eine eigenständige Filmpolitik war sich die Sowjetunion der kommerziellen Überlegenheit des US-amerikanischen Filmsystems bewusst. Stalin hatte sich schon 1942 gegenüber dem US-Diplomaten Wendell Wilkie geäußert, er bräuchte nur die Kontrolle über Hollywood, um die ganze Welt für den Kommunismus zu gewinnen,²² und nach Kriegsende fanden die so gut wie ausschließlich am Publikumsgeschmack orientierten Hollywood-Produktionen auch beim deutschen und beim österreichischen Publikum große Resonanz. Die starke Verquickung der propagandistischen Interessen der Kulturpolitik der amerikanischen Besatzer mit den kommerziellen Interessen Hollywoods lag durch die direkte Zusammenarbeit der US-Army mit Hollywood auf der Hand: der erste Leiter der Filmabteilung des *Information Services Branch* (ISB), Eugen Sharin, war im Privatberuf Exportmanager verschiedener Hollywood-Firmen. Als 1947 das Österreich-Büro der *Motion Picture Export Association* (MPEA), der gemeinsamen Exportorganisation der Hollywood-Produktionsfirmen gegründet wur-

de, wurde Sharins Nachfolger bei der ISB Wolfgang Wolf zu dessen Leiter ernannt.²³ Auf inhaltlicher Ebene setzten die Filmsektion der ISB und die MPEA weniger auf direkte Propaganda als auf die normative Kraft der eskapistischen Inhalte des Hollywood-Films. So durften während der Besatzung sozialkritische Filme wie etwa „Key Largo“, „Casablanca“ oder „Grapes of Wrath“ nicht gezeigt werden; stattdessen wurden sentimentale Vorkriegsproduktionen wie „Abschied auf der Waterloo-Bridge“ oder Blockbuster aus den 1930er Jahren wie „Tarzans Sohn“ gezeigt.²⁴ Die Militärbehörde spekulierte zurecht damit, dass politische oder sozialkritische Inhalte die selbstverständliche Übernahme kultureller Hegemonialvorstellungen der USA, so wie sie in unpolitischen Hollywoodfilmen unterschwellig, aber deutlich zum Ausdruck kommen, beeinträchtigen könnten. Politische Filme wurden nur dann gezeigt, wenn sie explizit antikommunistisch waren – so etwa Lubitschs „Ninotschka“ (USA 1933).²⁵

Nach der Gründung des Österreich-Büros der MPEA löste sich die Kooperation der beiden großen Besatzungsmächte im Filmsektor langsam auf. Die ISB gab ihre der sowjetischen Filmpolitik gelassen gegenüberstehende Haltung zunehmend auf; die Ideologie des Kalten Krieges führte dazu, dass nicht mehr in erster Linie der Nationalsozialismus, sondern der Kommunismus als Hauptfeind gesehen und bekämpft wurde. So wurden Genehmigungen für die Aufführung sowjetischer oder in sowjetischer Einflussphäre entstandener Filme innerhalb der westlichen Besatzungszonen immer seltener ausgestellt. Im Gegensatz dazu verhielt sich die sowjetische Besatzungsmacht weit weniger restriktiv – US-amerikanische Filme konnten im sowjetischen Sektor nahezu uneingeschränkt gezeigt werden. Dies galt auch für die Zeit nach Gründung der *Sovexport*, obwohl in diesem Zeitraum auch der Anteil an sowjetischen Filmen an der Gesamtzahl der Aufführungen stark anstieg. Im Gegensatz zu ISB und MPEA hielt sich die *Sovexport* bei der Einfuhr sowjetischer Filme auch immer akribisch an den österreichischen Amtsweg und suchte um die notwendigen behördlichen Genehmigungen an. ISB und MPEA hingegen übergaben die österreichischen Instanzen mit dem zweifelhaften und kommerziell schlicht unzutreffenden Argument, es handle sich bei ihren Filmen nicht um materielle sondern um „ideelle“ Güter.²⁶ Das gängige Vorurteil, die Sow-

jetunion hätte eine besonders repressive, die USA eine besonders liberale Besatzungspolitik betrieben, trifft also auf den Filmsektor keineswegs zu.²⁷

Auch im Exportbereich war der Einfluss des Kalten Krieges nach 1947 immer stärker zu spüren. Die *Wien-Film am Rosenhügel*, die in Zusammenarbeit mit der österreichischen *NOVA-Film* Eigenproduktionen herstellte und sich für diese um Einfuhrgenehmigungen in die BRD bemühte, wurde zunehmend behindert. So untersagte die BRD Importe von Produktionen der *Wien-Film* unter dem Hinweis auf das westdeutsche Verbot des Handels mit Gütern aus „sowjetisch beeinflussten Ländern“. In Frankreich wiederum wurde die von der *Wien-Film* produzierte Verfilmung von Maupassants Novelle „Bel Ami“ (R.: Louis Daquin), die 1954 in den Rosenhügel-Studios in einer deutschen und französischen Fassung gedreht worden war, verboten – Grund war die allzu realistische Schilderung der französischen Kolonialpolitik.²⁸

Noch stärker dominieren konnten MPEA und ISB den Wiener Filmmarkt nach der Ablöse des kommunistischen Wiener Kulturstadtrats Viktor Matejka im Jahr 1949, der bis zu diesem Zeitpunkt eine allzu starke Einnischung verhindert hatte. Nun konnte die MPEA offiziell die *Wiener Kino-Betriebs-Anstalt-GesmbH* (KIBA) unterstützen; wofür sich die KIBA revanchierte, indem sie in ihren Kinos vermehrt von der MPEA vertriebene Hollywood-Filme gezeigt wurden.²⁹ Sowjetische Filme wurden in den KIBA-Kinos hingegen nur wenige gezeigt; so etwa Dziga Vertovs „Ein Sechstel der Erde“ (UdSSR 1926) oder „Der Weg ins Leben“ von Nikolai Ekk (UdSSR 1931). Logische Folge war, dass sich die Anteile der US-amerikanischen Filme während der Besatzungszeit drastisch steigerten. Machten die Hollywood-Filme 1946 einen Anteil von nur 14 Prozent an den in Österreich gezeigten Filmen aus, so waren es 1955, im letzten Jahr der Besatzungszeit, 48,8 Prozent. Im Vergleich dazu blieb der im Verlauf der gegenständlichen zehn Jahre leicht schwankende Anteil an österreichischen Filmen fast gleich. Zwar ging der Anteil leicht zurück, die Gesamtzahl der jährlichen Produktionen aber war 1946 und 1955 mit 29 Filmen exakt gleich hoch.³⁰

Sowjetischer Film nach 1955

Auch nach dem Ende der Besatzungszeit wurden in einigen Kinos in Wien sowjetische und sozialistische Filme ge-

zeigt, wobei sich der sowjetische Film der so genannten „Tauwetter-Periode“ nach Stalins Tod (1954–1964) durch einen Qualitätsschub und eine generelle Änderung der filmischen Konventionen auszeichnete. So wies das Filmwesen in der zweiten Hälfte der 1950er und ersten Hälfte der 1960er Jahre zwei gegensätzliche Strömungen auf. Das „erzählende“ Kino zeigte den Menschen in seiner psychischen Komplexität und in seinen vielfältigen sozialen Beziehungen. Auf diese Weise sollte ein möglichst realistisches Bild des sowjetischen Alltags gezeichnet werden. Der „poetische“ Film dagegen thematisierte in erster Linie Momente des Umbruchs und extreme Lebenssituationen. Charakteristisch für diesen Filmtyp waren Bilder mit ausgeprägt symbolhafter Wirkung sowie außergewöhnlichen Kameraperspektiven.³¹ Korrespondierend damit kam es auch zu einer Änderung der Darstellungskonventionen in der Plakat- und vor allem der Filmplakatkunst, denn jene Plakatkünstler, die die stalinistische Epoche geprägt und die offiziellen Positionen bis Mitte der 1950er Jahre besetzt gehalten hatten, verloren nach Stalins Tod an Einfluss und damit auch an Produktionsmöglichkeiten. Die nachfolgende Generation bediente sich, beeinflusst von den neuen Formen des Films, einer veränderten Darstellungsweise, in der Abstraktion, Schematisierung und eine neue, frische Farbigkeit für Modernität, Lebensechtheit und Jugendlichkeit im Mittelpunkt standen.³²

Die Plakatkünstler, die sich in erster Linie auf das „erzählende Kino“ konzentrierten, verwendeten in zunehmendem Maße Techniken der Staffeleimalerei. Boris Zelenskij (1914–1984), Vladimir Kononov (1924–2006), Vladimir Sačkov (1928–2005) und Jaroslav Manuchin (geb. 1925) entwarfen für die Filme eigenständige Plakat-Landschaften. Sie lösten sich von direkten gestalterischen Vorgaben des Films, indem sie komplexe Kompositionen und Farbgestaltungen erfanden, Applikationen einsetzten und sogar zerknittertes Fotopapier als Material verwendeten. Auf diese Weise entwickelten die Künstler eine Vielfalt von Ausdrucksmitteln, die von reduktionistischen Verfahren bis hin zu einer verfeinerten Maltechnik, wie sie etwa der 1932 geborene Jurij Carev in dem Plakat für „Weiße Nächte“ (R.: Ivan Pyr'yev, UdSSR 1960) zeigt, reichten; das österreichische Plakat für „Weiße Nächte“ ist gestalterisch an Carevs Plakat angelehnt, aber weniger detailreich in der Ausführung. Im Gegensatz zum „erzählen-

den Kino“ führte die Ästhetik des „poetischen“ Kinos die Künstler hingegen zur künstlerischen Allegorie zurück. War die Montage typisch für das Filmplakat der 1920er Jahre, so prägte die Metapher den Stil der Filmplakate der „Tauwetter“-Periode und löste die Darstellungskonventionen des Sozialistischen Realismus ab.

Anfang der 1960er Jahre bildete sich eine Gruppe junger Künstler, unter anderen Miron Luk'janov (geb. 1936), Vasily Ostrovskij (geb. 1936), Liliya Levšunova (geb. 1934) und Vilen Karakašev (geb. 1935), die maßgeblich von internationaler Plakatkunst, vor allem aus Polen, beeinflusst war. Diese Gruppe schuf einen eigenen Plakatstil, der sich durch eine bewusste Auseinandersetzung mit graphischen Gestaltungsformen auszeichnete. Auf diese Weise entwickelten sie innovative Verfahren zur Beschreibung des sowjetischen Alltags und kreierten Plakate, die sich vor allem an intellektuelle Betrachter wandte. Wie schon in den 1920er Jahren kam auch dem Filmplakat der „Tauwetter“-Periode eine Vorreiterrolle bei der Suche nach einer neuen Bildsprache im Plakat zu.³³

Universal-Film und *Sovexport* arbeiteten auch nach 1955 weiterhin zusammen; vor allem Literaturverfilmungen sowie Musik-, Ballett- und Märchenfilme fanden weiterhin den Weg in die Wiener Kinos und wurden – wenn auch in weit geringerem Ausmaß – mit sowjetischen Plakaten beworben. Ein Beispiel dafür ist „Don Quichotte“ des russischen Regisseurs Grigori Kosinzew, der 1957 gedreht wurde und im Folgejahr seinen Weg in die österreichischen Kinos fand. Selbst politisch distanzierte Kritiker der sowjetischen Filmkunst standen dieser Literaturverfilmung zu, den Geist der literarischen Vorlage adäquat und künstlerisch gelungen umzusetzen. Für den Film wurden mehrere Plakate mit unterschiedlichen Sujets von Vladimir Kononov (1924–2006) und Boris Zelenskij (1914–1984) entworfen. Beide Plakatkünstler waren für einen frischen und modernen Stil bekannt.

Nach dem Ende der Besatzungszeit fehlte den sowjetischen Filmen allerdings die kommerzielle Unterstützung, die sie zuvor durch die Besatzungsbehörden genossen hatten. Die *Universal-Film* verlegte sich immer mehr auf den Verleih anderer Produktionen. Filme aus dem osteuropäischen Raum und Produktionen des sozialistischen Kinos wurden zu einem Programm für Festivals und Retrospektiven, aber immer weniger im regulären Verleih gezeigt.

Anmerkungen:

1/ Dieser Text ist eine überarbeitete Fassung eines Beitrags, der 2012 im von Julia König herausgegebenen Katalog „Filmplakate. Plakate aus der Sammlung der Wienbibliothek im Rathaus“ erschienen ist.

2/ Zit. nach: Feigl, Markus: Kulturelle Visitenkarten. Wien 1998, S. 4f.

3/ Österreichische Kino Zeitung. Beilage zur *Österreichischen Zeitung*, 28.9.1946, S. 3.

4/ Michael Kraus: „Kultura“. Der Einfluss der österreichischen Besatzung auf die österreichische Kultur 1945–1955. Diplomarbeit Universität Wien 2008, S. 232ff.

5/ So der Titel einer Retrospektive des Film museums Wien im März 2004, die u.a. der „Wien-Film am Rosenhügel 1950–1955“ gewidmet war.

6/ Kraus: „Kultura“, S. 232ff.

7/ Stefan Grisseemann: Unwirklichkeitssinn. Das Kino des „Roten Wien“: Filme aus den Rosenhügel-Studios 1950–1955, in: Filmarchiv Austria (Hg.): Rote Traumfabriken. Katalog zur gleichnamigen Retrospektive. Wien 2004, S. 84–91.

8/ Kraus: „Kultura“, S. 228f.

9/ Ebd., S. 230.

10/ Ebd., S. 228ff.

11/ Ebd., S. 237.

12/ Ebd., S. 236.

13/ Ralf Schenk: Ein bisserl Liebe, ein bisserl Musik, in: Filmarchiv Austria (Hg.): Rote Traumfabriken, S. 98–107, hier S. 100.

14/ Ralf Schenk: Der Mann, der Wozzeck drehte. Georg C. Klaren – Spurensuche nach einem Wiener Filmemacher, in: ebd., S. 14–22.

15/ Nina Baburina: The Soviet arts poster. Theatre, cinema, ballet. Circus, 1917–1987, from USSR Lenin Library. London u.a. 1990, S. 3ff.

16/ Ebd., S. 5.

17/ <http://www.russianposter.ru/index.php?rid=00000000000003> [16.5.2022].

18/ Baburina: The Soviet arts poster, S. 5.

19/ Nina Baburina: Werben für die Utopie. Russische Plakatkunst des 20. Jahrhunderts. Bietigheim-Bissingen 2003, 147f.

20/ Baburina: The Soviet arts poster, S. 5.

21/ Kraus: „Kultura“, S. 238–243.

22/ Reinhold Wagnleitner: Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg. Wien 1991, S. 270.

23/ Ebd., S. 305.

24/ Ebd., S. 321.

25/ Ebd., S. 268f.

26/ Kraus: „Kultura“, S. 234

27/ Wagnleitner: Coca-Colonisation, S. 309.

28/ Kraus: „Kultura“, S. 233.

29/ Ebd., S. 244.

30/ Wagnleitner: Coca-Colonisation, S. 319.

31/ <http://www.russianposter.ru/index.php?rid=00000000000003> [16.5.2022].

32/ Baburina: Werben für die Utopie, S. 152.

33/ <http://www.russianposter.ru/index.php?rid=00000000000003> [16.5.2012].

Für eine freie Republik der Bauern und Burgknappen

Michael Gaismair: Führer der Tiroler Bauernaufstände 1525/26

GERHARD FELDBAUER

In zentralen Abhandlungen über den großen deutschen Bauernkrieg werden die Aufstände unter dem Obristen Michael Gaismair in den österreichischen Alpenländern oft wenig erwähnt. Die Quellenlage zu seinem Leben „ist erschreckend dürr“, stellt der Tiroler Autor Michael Forcher in seinem 2020 erschienenen Buch über „Das Leben des Tiroler Bauernführers“ fest.¹ Dies scheint allerdings etwas übertrieben, denn er führt in seinen Literaturhinweisen immerhin etwa 30 Publikationen an. Dass darunter der historisch noch heute bedeutende „Deutsche Bauernkrieg“ von Friedrich Engels fehlt, ist ein echtes Manko. Dies trifft ebenso auf Wilhelm Zimmermanns in der DDR neu aufgelegtes Werk „Der große deutsche Bauernkrieg“ zu.² Mit Zimmermann ergriff ein Teilnehmer an den Kämpfen der deutschen Revolution 1848/49 das Wort. Er gehörte dem äußersten linken Flügel der nationalen Volksbewegung an und vertrat deren Standpunkt als Mitglied in der Frankfurter Nationalversammlung. Nichtsdestoweniger zeichnet Forcher in fundierter Weise ein Bild der Rolle Gaismairs in den revolutionären Kämpfen der Bauern und untersten Volksschichten, seiner tiefgehenden sozialen Haltung und seines Einflusses auf den Gang der Ereignisse.

Ein Müntzer'scher

Michael Gaismair stammte aus einer begüterten Bergbauunternehmer- und Beamtenfamilie. Sowohl als Schreiber des Tiroler Landeshauptmanns und Burggrafen von Vols als auch als Sekretär des Brixener Bischofs lernte er die brutale Unterdrückung des Volkes kennen, hatte aber auch Gelegenheit, sich mit den Lehren der großen Reformatoren vertraut zu machen. Von ihnen beeinflussten Thomas Müntzer und Huldrych Zwingli sein weiteres Handeln und ließen ihn neben ihnen zu einem der hervorragendsten Vertreter des radikalen Flügels der frühbürgerlichen Revolutionen Europas werden.

Am 13. Mai 1525 wählten die Hauptleute der Tiroler Bauern den 35-jährigen Michael Gaismair zu ihrem Obristen. An diesem Datum wird die Tragik der zersplitterten kämpfenden deutschen Bauern als eine wesentliche Ursache ihrer Nie-

derlage ersichtlich, erlitt doch zwei Tage später die mitteldeutsche Bewegung unter Thomas Müntzer bei Frankenhausen (Thüringen) ihre entscheidende Niederlage. In Tirol hatten „die reformierten Lehren großen Anhang gefunden; hier waren sogar, noch mehr als in den übrigen österreichischen Alpenländern, Müntzersche Emissäre mit Erfolg tätig gewesen“, schrieb Friedrich Engels.³ Aber ihre Saat ging zu spät auf. Die gegen die vereinten Söldnerheere kämpfenden deutschen Bauern gingen bereits ihrer Niederlage entgegen, als ihre Brüder in Tirol gegen ihre Unterdrücker loschlügen. Er war ein Müntzer'scher, „das einzige bedeutende militärische Talent unter sämtlichen Bauernchefs“, wie Engels Gaismair charakterisierte. Sein politisches Ziel war „die völlige politische, rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung der Bürger und Bauern mit dem Adel und der Geistlichkeit, was auch das Ende der weltlichen Herrschaft der Kirche einschloß.“ Wie Thomas Müntzer war er damit seiner Zeit weit voraus.

Gegen die Augsburger Fugger

Im Gegensatz zu Deutschland hatten Bauern und städtische Honoratioren bereits zu Beginn des 14. Jahrhunderts in Tirol so genannte Landesstände durchgesetzt, in denen sie neben Prälaten und Rittern vertreten waren. „Weite Bevölkerungskreise hatten die Möglichkeit, Wünsche vorzubringen und bei der Gesetzgebung mitzuwirken. Und auch wenn die einzelnen Stände im Vergleich zur Zusammensetzung der Bevölkerung sehr ungleich repräsentiert waren, so konnten Bürger und Bauern, wenn sie sich zusammentaten, doch einiges gegen die sonst viel einflussreicheren oberen Stände (Adel und Prälaten) erreichen“.⁴

Die Macht der Grundherren über die bäuerliche Bevölkerung war durch die Landstände zugunsten der Beamten der Gerichte, wie die unterste Verwaltungseinheit hieß, in gewissem Umfang beschnitten. Nun forderten die Bergknappen im Bündnis mit den Bauern weitere Rechte und Freiheiten. Sie marschierten nach Innsbruck und verlangten die Aufhebung der Kontrolle der Bergwerke durch die Augsburger Fugger, Mitsprache bei der Direktion der Betriebe und an

der Landesregierung. Die Volkserhebung dehnte sich rasch auf die Gebiete Brixen, Bozen, Sterzing, Ghries und Hall aus. „Im ganzen Land, im Eisack und im Pustertal, kam es zur Bildung geheimer Bauernausschüsse, Zusammenrottungen, Überfällen, Brandlegungen und anderen Gewalttaten. In Schwaz empörten sich die Bergknappen, vertrieben die Unternehmer, wählten einen Ausschuss und zogen mehrmals zum Landesfürsten nach Innsbruck.“⁵

Der von allen Seiten bedrängte Erzherzog Ferdinand „machte den Rebellen, die er noch kurz vorher mit Sengen und Brennen, Plündern und Morden hatte ausrotten wollen, Konzessionen über Konzessionen. Er berief die Landtage der Erblande ein und schloss bis zu ihrem Zusammentritt Waffenstillstand mit den Bauern. Inzwischen rüstete er nach Kräften, um möglichst bald eine andere Sprache mit den Frevlern führen zu können“.⁶ Von der Situation zeugte der Innsbrucker Landtag, der am 12. Juni 1525 zusammentrat. Auf ihm waren auch die Nachbarn vertreten, neben dem Schwäbischen Bund Bayern, Graubünden, Venedig, Mailand, Bourbon, Neapel und der Kaiser. 200 Vertreter der Bauern – in ihrem Schlepptau die Städte – verlangten nicht nur, die Geistlichkeit auszuschließen, sondern sogar die Bergknappen zum Landtag zuzulassen. Der Adel – ein in ganz Deutschland beispielloser Fall – war so eingeschüchtert, dass er sich vielfach den Forderungen der Bauern anschloss. Das Bistum Brixen und der Deutsche Orden wurden säkularisiert. Die Gemeinden erhielten das Recht, den Pfarrer der Landesregierung vorzuschlagen. Das römische Recht wurde eingeschränkt, Fischfang und Jagd für frei erklärt, die Abgaben der Bauern reduziert.

Nachdem der Schwäbische Bund die letzten Erhebungen im Allgäu zerschlagen hatte, verfügte Erzherzog Ferdinand nun jedoch über die Streitkräfte des Bundes und konnte mit militärischer Gewalt die Annahme der neuen Landesverfassung verhindern. Ein vorgesehener radikaler Umbau der Verwaltung, die Beseitigung der Vorherrschaft des Herrenstandes, die Wahl der Richter und Beamten und die Übereignung des Bodens an



die Bauern wurden verhindert. Die Bauern leisteten gegen „die Grausamkeiten gegen die Bevölkerung“ erbitterten Widerstand. In Schladming setzten sie ein Geschworenengericht ein, das 40 gefangen genommene tschechische und kroatische Adlige zum Tode verurteilte. Sie wurden sofort enthauptet.⁷

„Ausrottung aller Gottlosen“

Am 17. August 1525 lockte der Erzherzog Gaismair unter dem Vorwand, Gespräche zu führen, nach Innsbruck. Als es dazu nicht kam und er die Stadt wieder verlassen wollte, wurde er verhaftet und in das Staatsgefängnis im Innsbrucker Kräuterturm gesperrt. Die von Gaismair verfolgten Reformen waren damit gescheitert. Zwischen August und Oktober wurden die Erhebungen der Bauern um Brixen, Trient und den Weltschener Tälern niedergeschlagen. Bis Anfang 1526 zogen sich „Verhöre, Folterungen und Hinrichtungen“ hin. Der Erzherzog bestimmte für die Anführer die Todesstrafe, für die übrigen Schuldgespröchenen die Konfiszierung des Vermögens, die Ausweisung aus dem Lande oder „grausame Verstümmelungen wie Abhacken der Finger oder Herausreißen der Zunge“.⁸

Michael Gaismair gelang es, in der Nacht zum 7. Oktober aus dem Kerker zu entkommen und nach Zürich zu fliehen, wo er mit Zwingli zusammentraf. In der Beratung mit ihm erhielt er Anregungen für seine reformatorische Programmschrift, die „Tiroler Landesordnung“, die er anschließend in Klosters in Graubünden ausarbeitete. Darin entwarf er das Zukunftsbild einer von Unterdrückung befreiten, auf Gottes Wort gegründeten freien Republik der Bauern und Bergknappen. Der erste Artikel verlangte die Ausrottung aller Gottlosen, die das ewige Wort verfolgen, den gemeinen armen Mann beschweren und

Standesprivilegien gemeint. Adel und Klerus sollten abgeschafft werden, aber auch das Bürgertum sollte keine Sonderrechte mehr erhalten.⁹ Mit der „Abschaffung der Messfeier, der Beseitigung von Bildern, Bildstöcken und Kapellen und der Berufung von Predigern, die das Wort Gottes ‚trewlich und wahafftigklich‘ verkünden, übernahm er direkt Maßnahmen, mit denen der radikale Schweizer Reformator Huldrych Zwingli die Reformation durchsetzte“.¹⁰

Im April 1526 setzten die Bauern an, die „Tiroler Landesordnung“ gewaltsam durchzusetzen. Am 20. des Monats kam es am Luegpass zu einer der bedeutendsten Schlachten im deutschen Bauernkrieg. Zwischen Golling und Werfen überfiel Gaismair mit seinem Haufen das erzbischöfliche Heer, vier bis fünftausend Mann zu Fuß und zu Ross, in der Nacht so überraschend, dass es furchtbare Verluste erlitt und nur knapp der Vernichtung entkam. Es verlor alle seine Stellungen, darunter den strategisch wichtigen Lueg-Pass.

In einer „glänzenden“ Kampagne lieferte Gaismair den von verschiedenen Seiten heranziehenden Bayern, Österreichern, schwäbischen Bundestruppen und erzbischöflichen Landsknechten bei Golling, Kitzbühel, Kirchberg und Mauterndorf eine „Reihe brillanter Gefechte“ (Friedrich Engels). Bei Kitzbühel kam es mehrfach zu siegreichen Treffen für die Aufständischen, die geschickt ihre Ortskenntnisse im Gebirgsterrain zu nutzen wussten. Bei Kuchl an der Salzach führte Gaismair am 14. Juni 1526 den Angriff gegen acht beste Fähnlein des Schwäbischen Bundes selbst an und errang einen glänzenden Sieg. Mit seinem Haufen verfolgte er die fliehenden Kriegsknechte bis vor Salzburg. Drei Tage später erlitt das Bundesheer schwere Verluste, als es vergeblich versuchte, den Lueg-Pass zurück zu erobern.

den gemeinsamen Nutzen verhindern. Zur verkündeten Aufhebung aller Standesunterschiede hieß es: „So sollen alle Freyhaitten weil sie ‚wider das wort gottes sein und das recht felschen‘. Unter ‚Freyhaitten‘ waren alle

In seiner Landesordnung hatte Gaismair davon gesprochen, „die Trutzburgen des Adels, Schlösser und Befestigungen“ zu schleifen. Davon zeugten jetzt die Gefechte. Die Haufen von Rauris, Pongau und Gastein stürmten und verbrannten die Alpenschlösser Mittersill, Kaprun Fischhorn, Taxenbach, Lichtenberg, Engelberg und Ittern. Um Radstatt schloss Gaismair einen festen Belagerungsring. Mehrere Angriffe misslangen jedoch, da es an Belagerungsgeschütz fehlte.¹¹

Der Versuch, die Tiroler Landesordnung im Salzburgischen Aufstand im Juni/Juli 1526 durchzusetzen, scheiterte jedoch ein weiteres Mal. Da mit keiner weiteren Hilfe zu rechnen war, brach Gaismair vor den in erdrückender Übermacht anrückenden feudalen Obristen mit Zustimmung seiner Hauptleute den Aufstand ab. Der Versuch, ihn zur Verzweiflungsschlacht zu stellen und zu vernichten, schlug fehl. Nach mehreren hinhaltenden Gefechten gelang es diesem talentierten Heerführer aus dem Volk, der Niederlage zu entgehen und die bei ihm verbliebenen Bauernhaufen in einem in der Geschichte beispiellos dastehenden Rückzugsmarsch aus der feindlichen Umzinglung über die Alpen nach Venedig zu führen.

In Venedig sehr willkommen

In der Stadtrepublik, deren Grenzen er im Juli 1526 überschritt, war er sehr willkommen, denn seine kriegserfahrenen Haufen stellten eine Verstärkung der Kräfte der „Heiligen Liga von Cognac“ bei der Verteidigung der Lagunenstadt und Norditaliens gegen die Kaiserlichen Truppen dar. Die zwischen 1526 und 1530 bestehende Liga von Cognac war ein Bündnis von Frankreich, England, dem Herzogtum Mailand und der Republik Florenz unter Führung von Venedig gegen die Habsburger Herrschaft Karls V. und das Heilige Römische Reich deutscher Nation. Gaismairs ungewöhnliche militärische Fähigkeiten, seine Führungsqualitäten und die auffallende Disziplin seiner Leute fanden bei den Verbündeten auch an höchster Stelle Beachtung. Der legendäre Bauernführer wurde mit großen Ehren empfangen. Venedig übernahm seine Truppen und stellte ihm und seinen Hauptleuten einen Palast als Quartier zur Verfügung. Der Schweizer Kanton Zürich verlieh ihm das Bürgerrecht.

Schon kurz nach seinem Eintreffen nahm er mit seinen Truppen bei Vicenza, Verona, Brescia und Bergamo an mehre-

ren Gefechten gegen die Kaiserlichen teil. Eine entscheidende Rolle spielte er in der Schlacht vor der kaiserlichen Festung Cremona, die die Truppen der Liga belagerten. Die hartnäckigen Angriffe Gaismairs trugen dazu bei, dass die Festung nach der den ganzen August und bis Mitte September 1526 dauernden Schlacht übergeben werden musste.¹²

Gaismairs Hoffnungen, mit Hilfe der neuen Verbündeten den Kampf um die Befreiung Tirols vom Joch der Habsburger wieder aufzunehmen, erfüllten sich jedoch nicht. Am 23. Dezember 1529 schloss Venedig mit dem Kaiser einen Friedensvertrag. Im Juli 1530 traf sich Gaismair nochmals mit Zwingli in Zürich. Als das Schweizer Revolutionsheer am 11. Oktober 1531 in der Schlacht bei Kappel, in der Zwingli den Tod fand, von der klerikal-katholischen Reaktion geschlagen wurde, zerstob auch die von dieser Seite erwartete Hilfe.

Mit ihren Versuchen, gegen hohe Entschädigungssummen Gaismairs Auslieferung zu erreichen, hatten die Habsburger keinen Erfolg. Schließlich setzten sie ein Kopfgeld aus, für das zwei spanische Söldlinge Gaismair am 15. April 1532 in Padua vor seinem Haus hinterrücks überfielen und ihn mit über 40 Hieb- und Messerstichen ermordeten. Seine Frau mit vier Kindern verließ 1533 Padua und zog nach Zürich, wo Freunde Zwinglis sie aufnahmen.

Anmerkungen:

1/ Michael Forcher: Michael Gaismair. Das Leben des Tiroler Bauernführers (1490–1532) und sein revolutionäres Gesellschaftsmodell. Innsbruck, Wien 2020.

2/ Wilhelm Zimmermann: Der große deutsche Bauernkrieg. Berlin 1952, S. 516–536, 746–783.

3/ Friedrich Engels: Der deutsche Bauernkrieg, in: Marx/Engels: Werke. Berlin 1960, S. 327–413.

4/ Forcher: Gaismair, S. 18.

5/ Ebd., S. 34.

6/ Engels: Bauernkrieg, S. 407.

7/ Ebd.

8/ Forcher: Gaismair, S. 115f.

9/ Siegfried Hoyer: Die Tiroler Landesordnung des Michael Gaismair – Überlieferung und zeitgenössische Einflüsse, in: Fridolin Dörrer (Hg.): Die Bauernkriege und Michal Gaismair. Innsbruck 1982, S. 67–78.

10/ Gerhard Feldbauer: Huldrych Zwingli, der radikale Schweizer Reformator. Vorkämpfer der bürgerlich-republikanischen Umgestaltung der Eidgenossenschaft, in: <http://www.schattenblick.de/infopool/geist/history/ggmm0234.html> [7.10.2021].

11/ Zimmermann: Bauernkrieg, S. 771.

12/ Forcher: Gaismair, S. 174.

Kommunistin – Widerstandskämpferin – Partisanin Eine Gedenktafel für Oswalda Tonka

Am 25. August wurde am Gemeindebau Troststraße 64–66 in Wien-Favoriten eine Gedenktafel für Oswalda Tonka enthüllt. Am 2. Mai 1923 in Wien geboren, stammte Ossi aus einer Arbeiterfamilie, die seit Generationen politisch aktiv war. Ihr Großvater Jakob Sokopp, geboren 1855 in Südmähren, kam als 16-Jähriger nach Wien und wurde hier in Arbeiterbildungsvereinen politisiert. 1874 war er Gründungsmitglied der österreichischen Sozialdemokratie in Neudörfel dabei und gehörte mit seinem Freund Jakob Reumann bald zu den radikalen Sozialisten. Er organisierte Streiks und förderte den gewerkschaftlichen Zusammenschluss der Metalldrucker. Ossys Vater, Jakob Sokopp jun., wurde ebenfalls überzeugter Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Soweit es seine Kräfte als Kriegsinvalide des Ersten Weltkriegs zuließen, beteiligte er sich am Aufbau des Roten Wien. „Licht, Luft und Sonne“ für die Arbeiterschaft, das war sein Anliegen, als er für die Stadt Wien dem reichen Baron Drasche ein Grundstück abluchste, um darauf eine Kleingartenanlage für Arbeiterfamilien zu errichten.

Favoritner Gemeindebau

1926 bekamen Ossys Eltern eine kleine Gemeindeführung in der Troststraße 64–66, und Ossi eine Schwester namens Trude. Das Familienglück dauerte aber nur kurz, denn 1929 starb der Vater an den Folgen seines Lungendurchschusses, und die Mutter musste ihre Töchter allein aufziehen. Ossi lebte zwar nur zehn Jahre in diesem Gemeindebau und genoss auch nur in dieser Zeit den Garten, den die Familie dank des Engagements des Vaters bewirtschaften durfte. Denn als 1936 auch die Mutter starb, mussten die Kinder von einem Tag auf den anderen die geliebte Wohnung verlassen. Weil die arbeitslosen Tanten in der Buchengasse kein Sorgerecht für ihre Nichten erhielten, landeten die Kinder in einem Waisenhaus.

In dieser „Kaserne, wo Zucht und Ordnung herrschten“, gelang es der aufmüpfigen Ossi, sich durch Schwindeleien Freiräume zu schaffen, um zu den geliebten Tanten zu gelangen. Die Buchengasse war inzwischen zum Treffpunkt illegaler Aktivistinnen geworden. Hilda, Wicki und ihr Bruder Otto, ein Schutzbündler, hatten die zu zahm gewordene

Sozialdemokratie verlassen und waren der KPÖ beigetreten. „In dieser Zeit begannen meine Lehrjahre“, erzählte Ossi: „Denn der politische Unterricht, den mir die Tanten erteilten, war interessanter, lehrreicher und verständlicher als sämtliche Unterrichtsstunden in der Schule.“

Antifaschistischer Widerstand

Im März 1938, beim „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich, wurden die Waisenkinder zum Empfang der deutschen Truppen beordert, die Massen jubelten, aber angesichts der ersten Ver-



Ossi Tonka im Jahr 1943

haftungswellen wuchs Ossys Angst um ihre Verwandten. Nach ihrer abenteuerlichen Flucht aus dem Waisenhaus gelang es den Tanten, das Sorgerecht für ihre Nichten zu bekommen. In der kleinen Wohnung in der Buchengasse in Wien-Favoriten fanden sie endlich ein neues Zuhause, und im illegalen kommunistischen Jugendverband (KJV) fand Ossi auch eine politische Heimat.

Bildungshungrig belegte Ossi Tonka 1942 einen Abendkurs in der Maturaschule, wo sie den illegal agierenden slowenischen Partisanen Rudi Karlin kennen und lieben lernte. Bei den Wiener Metallwerken, wohin sie dienstverpflichtet wurde, schloss sie sich einer Widerstandsgruppe an und beteiligte sich an Sabotageakten. Einige ihrer Verwandten waren wegen ihrer Tätigkeit im kommunistischen Widerstand verhaftet und ein Onkel im Mai 1944 sogar hingerichtet worden. Als sie wegen des Sabotageverdachts als Luftnachrichtenhelferin

nach Kiel einberufen werden sollte, floh sie im August 1944 – 21-jährig – mit Hilfe ihres slowenischen Verlobten auf abenteuerliche Weise zu den Partisanen in die slowenischen Berge. Dort beteiligte sie sich bis Kriegsende als Radiotelegrafistin mit dem illegalen Namen „Marjana“ am Untergrundkampf gegen die NS-Herrschaft. Für ihren antifaschistischen Kampf im Rahmen der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee wurde sie 1987 mit einem jugoslawischen Orden ausgezeichnet.

Kommunistische Kulturpolitik

Nach der Befreiung Österreichs im Jahr 1945 und einem mehrjährigen Aufenthalt in England, wo sie bis 1949 am Technical College in Cambridge studierte, engagierte sich Ossy Tonka wieder in der KPÖ, deren Favoritner Bezirksleitung sie auch zeitweilig angehörte. Ihr besonderes Interesse galt stets der Kulturpolitik. Im Verein der *Theaterfreunde*, der Publikumsorganisation des *Neuen Theaters in der Scala*, war sie im Vorstand engagiert. Die *Theaterfreunde* boten verbilligte Eintrittskarten und Abonnements für das 1948 von der KPÖ gegründete Theater an, das 1956 geschlossen werden musste. Ossy Tonka hielt Vorträge in Gasthäusern und Betrieben, sprach über die Stücke, deren Autoren und über die Zeit, in der sie lebten. Es war ihr ein echtes Bedürfnis, das Interesse der ArbeiterInnen zu wecken und ihnen den Weg ins Theater zu erleichtern. Später setzte sie ihre kulturpolitische Arbeit im *Kommunistischen Kulturkreis* (KKK) fort, der 1972 u.a. auf ihre Initiative ins Leben gerufen wurde und bis in die frühen 1990er Jahre im KPÖ-Lokal in der Gußhausstraße im 4. Bezirk aktiv war.

Ossy Tonka unternahm Bildungsreisen, immer mit ihrer Super-8 Filmkamera und einem Mikrophon im Gepäck. Ihre Filmvorführungen fanden sowohl in Parteilokalen als auch in Gasthöfen ein interessantes und diskussionsfreudiges Publikum. Ossy Tonka starb am 26. November 1999 in Wien im Alter von 76 Jahren.

Als Pensionistin hatte meine Mutter begonnen, die Geschichte ihrer Familie niederzuschreiben, die auch exemplarisch für die Geschichte der Arbeiterbewegung steht. Nach ihrem Tod brachte ich ihre Lebensgeschichte unter dem Titel „Buchengasse 100“ als Buch heraus. Nicht zuletzt aufgrund dieser Veröffentlichung wurde Oswalda Tonka so bekannt, dass sie nun von der Stadt Wien mit einer Gedenktafel geehrt wurde.



Ossy Tonka am 24. Parteitag der KPÖ im Jahr 1980

Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál (SPÖ), der stellvertretende Bezirksvorsteher Gerhard Blöschl (SPÖ) und der Bezirksrat Florian Birngruber (Links-KPÖ) würdigten ihre aufrechte Haltung gegen den Nationalsozialismus und ihre vorbildhafte Lebensleistung.

Meine Tochter Nina Tonka-Lahr dankte ihrer Großmutter, dass sie ihre beiden Töchter und ihre Enkelkinder zu politischen Menschen erzogen hat: „Durch Oma lernte ich, dass man Ausgrenzung, Vorurteile und Unterdrückung nie hinnehmen darf. Denn Schweigen heißt: Zustimmung, und Wegsehen: Billigen.“ Für einen gelungenen musikalischen Abschluss sorgte Maren Rahmann, die ein selbst vertontes Gedicht von Ossy Tonka mit dem Titel „Vergessen“ vortrug. Ich

denke, dass meine Mutter über den Ort ihrer Gedenktafel sehr erfreut gewesen wäre. Ihr Namensschild auf der Stiege 5 des Gemeindebaus ihrer Kindheit war zwar seinerzeit abmontiert worden. Durch die Tafel neben dem prächtigen Eingangstor des Baus findet Ossy Tonka hier nun eine dauerhafte Bleibe.

GITTA TONKA

Literaturtipps:

Oswalda Tonka: *Buchengasse 100. Geschichte einer Arbeiterfamilie*. Wien: Promedia Verlag 2016, 232 Seiten, 17,90 Euro

Gitta Tonka: *Favoriten. Auf den Spuren eines Wiener Arbeiterbezirks*. Wien: Mandelbaum Verlag 2022, 160 Seiten, 18 Euro

Gedenktafelenthüllung für Ossy Tonka am 25. August 2022 in Wien-Favoriten



Zwei Leben für die Literatur

Arthur West (1922–2000) und Edith West (1919–2022)

GERALD GRASSL

*Den Himmel kann ich nicht
himmlischer machen;
jedoch die Erde vielleicht
etwas weniger höllisch.*
Arthur West

Vor 100 Jahren, am 24. August 1922, wurde Arthur West (als Arthur Rosenthal) in Wien geboren. Meine erste nähere Begegnung mit ihm war Anfang 1976 von einem „kleinen“ Eklat begleitet, von dem gleich näher die Rede sein wird. In der Hauptschule interessierte mich zwar auch, wer sich in der wöchentlichen Hitparade auf Platz eins befand, doch hauptsächlich beschäftigte ich mich Literatur und bildender Kunst. Vor allem die Surrealisten faszinierten mich, deren Proponenten mit linken Organisationen sympathisierten oder ihnen angehörten. So waren etwa die Maler René Magritte oder Pablo Picasso in kommunistischen Parteien organisiert. Unsere Clique im Tiroler Dorf war zwar gegen den Vietnamkrieg, doch aufgrund der Informationen in den Zeitungen und im Fernsehen war es für uns selbstverständlich, dass die USA schon bald die Kommunisten in Vietnam besiegen werden würden. Zugleich begeisterten uns die Antikriegsbewegung, Woodstock und die Pop-Art.

Als ich meine Lehre als Dekorateur begann, musste ich einmal in der Woche nach Innsbruck in die Berufsschule. Der Bahnhofskiosk der Landeshauptstadt war die einzige Tiroler Verkaufsstelle der *Volksstimme*, des damaligen Zentralorgans der KPÖ (gleichzeitig wurde fast in jeder Tabak-Trafik in Österreich die neofaschistische *Deutsche Nationalzeitung* zum Verkauf angeboten). Wöchentlich erwarb ich nun die Tageszeitung der KPÖ. Weniger aus politischem Interesse, sondern um die konservative Erwachsenenwelt in Bus und Bahn und das Lehrpersonal in der Berufsschule zu provozieren. Und staunte: In dieser Tageszeitung waren ganz andere Inhalte über die gesellschaftliche und weltpolitische Wirklichkeit zu lesen. Allerdings „gefühl“ mir die Kulturberichterstattung überhaupt nicht: Aus meiner damaligen Sicht enthielt sie zu viel „Tra-Tra-Hochkultur“ (Burgtheater und Oper wären als Hallenschwimmbäder nütz-

licher), während Pop-Musik oder Pop-Art, die die Jugendkultur dominierten, so gut wie gar nicht vorkamen.

Bloß aus „Spaß“ trat ich in der Berufsschule der Gewerkschaftsjugend bei. Als der Chef davon erfuhr, wurde ich gekündigt (im Betrieb mit 103 Beschäftigten gab es gerüchteweise nur drei ÖGB-Mitglieder, doch niemand kannte deren Namen). Ich wies den Chef auf den Kündigungsschutz für Lehrlinge hin. Seine (freundliche) Antwort: „Sigsch, und weil du dejs woasch, brauch i kua Gewerkschoft im Haus!“ Obwohl damals in allen Branchen großer Lehrlingsmangel herrschte, verlor ich ein halbes Jahr meiner Lehrzeit mit der erfolglosen Suche nach einem neuen Ausbildungsplatz in Tirol (die „Buschtrommeln“ der Handelskammer funktionierten).

Ab Herbst 1969 konnte ich schließlich in Wien meine Lehre fortsetzen und abschließen. Wir waren damals eine Gruppe von etwa einem Dutzend kunstinteressierter Jugendlicher, die sich lose jede Woche traf, um über Kunst, Literatur, Film und Politik zu diskutieren. Gleichzeitig durchwanderten wir so ziemlich alle linken Organisationen, die uns allerdings zu studentisch, „hirnwichserisch“ und realitätsfern erschienen. Wir hofften auf eine kommunistische Utopie, doch waren wir der KPÖ gegenüber, aufgrund ihrer „Abhängigkeit“ von der Sowjetunion, skeptisch eingestellt. Im Vorfeld der Nationalratswahlen am 5. Oktober 1975 veranstaltete der Kommunistische Studentenverband (KSV) eine Podiumsdiskussion mit Franz Muhri, dem Vorsitzenden der KPÖ. Es war eine bizarre Veranstaltung: Zunächst versuchte uns Muhri zu überzeugen, dass laut Umfragen nur ein paar hundert Stimmen fehlten, damit die KPÖ erstmals seit 1959 wieder in den Nationalrat einziehen könne. Daraufhin hagelte es von den Studenten Fragen über Revolutionstheorien, Staatskapitalismus, Anarchosyndikalismus, Prag 1968 usw. Muhri, der frühere Bauarbeiter und Widerstandskämpfer aus der Steiermark (er war ein Kampfgefährte des von den Nazis hingerichteten Dichters Richard Zach), ging in seinem abschließenden Statement kaum auf unsere Fragen ein und schloss seine Rede mit den Worten:

„Endlich hätte die Linke wieder die Chance im Parlament vertreten zu sein. Ich frage euch [nun auf ‚ursteirisch‘]: Wölz ihr des?! Wölz ihr des?!“ Daraufhin herrschte im Hörsaal Stille. Bis auf Pauli, der sich als Sohn kommunistischer Eltern als Trotzkiist deklarierte, hatte keiner von uns anderen bisher eine Bekanntschaft mit Kommunisten gemacht.

Bei diesen Nationalratswahlen kandidierte erstmals auch die trotzkistische Gruppe *Gruppe Revolutionäre Marxisten* (GRM). Für uns war es bis zu diesem Abend im Neuen Institutsgebäude der Universität Wien selbstverständlich, die GRM zu wählen. Doch nach der Veranstaltung schien es uns vernünftiger zu sein, die KPÖ in ihrer Wahlwerbung zu unterstützen. Wir nannten uns „Unabhängige Linke für die KPÖ“ und stellten mehrere Kleinplakate im Format A4 und Flugblätter her, die wir speziell bei Kulturveranstaltungen verteilten. Am Abend der Nationalratswahl waren wir über das Wahlergebnis sehr verärgert: Die KPÖ erhielt 55.032 Stimmen, die GRM, die nur in Wien kandidierte, 1.024 Stimmen. In der folgenden Woche trat unsere Gruppe geschlossen der KPÖ bei und gründete die KJÖ 15.

Der „Bruder“ von André Breton

Fortan besuchte ich jede Veranstaltung des KKK (*Kommunistischer Kulturkreis*) in der Gußhausstraße im 4. Wiener Bezirk. Im Publikum fiel mir jedes Mal ein Ehepaar auf, denn die Gesichtszüge des Mannes ähnelten verblüffend jenen des von mir verehrten Schriftstellers und Theoretikers der Surrealisten André Breton (1896–1966), als wäre er dessen Bruder. Er meldete sich bei jeder KKK-Veranstaltung mit leiser Stimme und mit ungewöhnlichen Argumenten zu Wort.

Einige Zeit später fand ein Landesparteitag der KPÖ Wien statt, an dem ich erst- (und letzt)mals als Delegierter teilnehmen durfte. Ich war bisher unter „Diskussionskultur“ etwas anderes gewohnt als hier praktiziert wurde. Die RednerInnen veranstalteten eine Selbstloborgie, bei der als „Schuld“ mangelnder Wahlerfolge zwei Gründe „erkannt“ wurden: der Klassenfeind und der Antikommunismus. Ich hingegen fragte mich, ob in Italien, Frankreich, Francos

Spanien und anderen NATO-Staaten der Klassenfeind freundlicher und der Antikommunismus harmloser waren. Ich meldete mich zu Wort und ließ eine Schimpfkanonade über die Kulturberichterstattung der *Volksstimme* los. Als einziger Redner erhielt ich keinen Applaus, stattdessen unwilliges Gemurmel. Kaum war ich von der Bühne gegangen, eilte der „Bruder“ von André Breton auf mich zu und fragte erschrocken: „Was habe ich dir getan?“ Geduldig hörte sich der damalige Leiter des Kulturreports der *Volksstimme*, Arthur West, meine weiterführende Kritik ohne Gegenrede an. Am Ende forderte er mich auf: „Gibt es eine Ausstellung, die dir derzeit wichtig ist? Dann schreibe darüber und bring den Text in der Redaktion vorbei.“ Ich hatte bis zu diesem Zeitpunkt noch nie etwas für eine Zeitung verfasst, sondern nur ein paar politische Karikaturen für eine kleine Studentenzeitung gezeichnet. Ich wollte eigentlich bildender Künstler werden.

Ich kann mich nicht mehr erinnern, über welche Ausstellung ich erstmals einen Bericht geschrieben habe. Meine Rechtschreib- und Grammatikkenntnisse sind aufgrund meiner Hauptschulbildung bis heute ungenügend, doch nun begann Arthur West mir immer mehr Aufträge zu erteilen, ging mit mir jeden Text präzise durch, bis dieser endlich „druckreif“ war. Später durfte ich Ähnliches mit Lutz Holzinger, dem späteren Chefredakteur der *Volksstimme*, und Gustav Ernst, dem Herausgeber der Literaturzeitschrift *Wespennest*, erfahren.

Begegnung mit Elias Canetti

Arthur West besuchte mit seiner Frau Edith so ziemlich jeden Abend nicht nur Aufführungen der lebendigen Kleintheaterzene, sondern auch die Premieren des Burgtheaters, der Kammerspiele oder des Theaters in der Josefstadt. Im Anschluss an die Salzburger Superreichen-Festspiele und an die Bregenzer Festspiele verfasste er Serien von ausführlichen Besprechungen. Verärgert fragte ich ihn, weshalb ihm das „bürgerliche“ Theater und die Oper ein so großes Anliegen wären. Und nun begann eine spannende Belehrung zur Form-Inhalt-Dialektik, und dass gerade die (scheinbar) „bürgerliche“ Literatur seit der Antike und später vor allem die Dramen von William Shakespeare vieles über die gesellschaftliche Wirklichkeit der Gegenwart vermitteln können. Dasselbe gilt für die Musik und die Kunst im Allgemeinen.



Arthur West (1922–2000) im Jahr 1987

Immer noch wollte ich bildender Künstler werden. Am letzten Tag meiner Lehre beschloss ich, lieber als Hilfsarbeiter in Fabriken bei schlechtem Lohn zu arbeiten als bis zur Pension mit meinen Auslagengestaltungen in den Einkaufsstrassen den Konsumismus der Modeindustrie zu fördern. Beeindruckt von den Betriebsreportagen von Günther Wallraff und den Romanen von Max von der Grün begann ich meine Erlebnisse über die Arbeit als Fließbandarbeiter bei Philips oder Bic, als Getränkezusteller bei Coca-Cola, als Bleisetzer in einer Druckerei oder als Nachtwächter zu schreiben. Aber ich verfasste auch Gedichte und Erzählungen, die bisweilen in der Wochenend-Beilage der *Volksstimme* veröffentlicht wurden.

Eines Tages rief mich Arthur West an: Edith habe am Abend ausnahmsweise keine Zeit, es würde ihn freuen, wenn ich ihn am Abend zu einer Dichterlesung in den Kammerspielen begleiten würde. Der Dichter dieses Abends war Elias Canetti. Nach der Lesung entstand ein ziemliches Getümmel um den aus Großbritannien angereisten Schriftsteller. Dutzende Leute baten ihn um Autogramme in ihre mitgebrachten Bücher. Als sich der Rummel gelegt hatte, begrüßten sich Arthur West und Elias Canetti freudestrahlend wie zwei alte Freunde, die sich seit vielen Jahren nicht mehr gesehen hatten. Ich wurde dem berühmten Mann vorgestellt, und er sagte zu mir, dass ihm meine Texte sehr gut gefallen würden und forderte mich auf, doch Schriftsteller werden. Nanu? Woher kannte er meine Texte? Die musste ihm Arthur zukommen lassen haben. Natur-

lich fühlte ich mich geehrt (hoffend, dass ich nicht bloß eine Höflichkeitsfloskel gehört hatte), geehrt als für die wenigen „Ehrungen“, die ich später für meine Texte erhalten habe.

Grazer Autorenversammlung

Die österreichische Literaturlandschaft war bis Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre von den austrofaschistischen und Nazi-AutorInnen dominiert. Nun waren diese Damen und Herren zu österreichischen „Patrioten“ mutiert, die dafür sorgten, dass all ihre KollegInnen, die 1938 emigrieren mussten, nur ja nicht mehr zurückzukehren wagten. Sie hatten das Selbstverständnis von Kleingewerbetreibenden, die zueinander in Konkurrenz standen: Ins Gesicht überaus „freundlich“ – von hinten flogen die Hakeln. Junge und zum großen Teil linke AutorInnen gründeten 1971 die *Grazer Autorenversammlung* (GAV). Sie hatten festgestellt, dass die überwiegende Mehrheit der etwa 3.000 SchriftstellerInnen in Österreich an oder sogar unter der Armutsgrenze unter Arbeitsbedingungen und Einkommen von HeimarbeiterInnen des 19. Jahrhunderts lebten, weswegen die AutorInnen solidarisch sein müssten und für ihre gemeinsamen Interessen kämpfen sollten.

Ich wurde 1981 in die GAV aufgenommen (aufgrund von bösen Beleidigungen legte ich meine Mitgliedschaft im Jahr 1992 still; vor wenigen Jahren wurde meine Mitgliedschaft schließlich gelöscht, was ich wie eine ideelle „Tötung“ empfand). Bei den jährlichen Voll- und Generalversammlungen mit jeweils weit mehr als hundert Teil-



Arthur West als Redner bei der gegen Bundespräsident Kurt Waldheim gerichteten Kundgebung am 12. März 1988 am Wiener Ballhausplatz

nehmerInnen ging es meist ziemlich hitzig zu: Bei jeder dieser Zusammenkünfte standen einige Dutzend Forderungen an die Politik und Resolutionen zu aktuellen Ereignissen zur Diskussion. Im Vorfeld diskutierten wir kommunistischen AutorInnen und SchriftstellerInnen, die der KPÖ nahestanden, das jeweilige Ansinnen zunächst untereinander. Arthur West fasste unsere Diskussionsergebnisse in einem präzise formulierten Text zusammen, der dann von Marie Thérèse Kerschbaumer – die auch im GAV-Vorstand saß – in einem Ton vor dem Auditorium vorgetragen wurde, dem kaum jemand zu widersprechen wagte.

Ende der 1980er Jahre begannen dann auch wichtige linke GAV-AutorInnen, sich stärker ihren eigenen „Karrieren“ zu widmen. So etwas wie ein kleiner „Bruch“ ergab sich anlässlich der ersten Lesung von Salman Rushdie im Herbst 1989 in einem großen Zelt auf dem Wiener Votivplatz. Einige Monate zuvor hatte das iranische Regime über den Dichter eine „Fatwa“ wegen des Inhalts des Buches „Die satanischen Verse“ verhängt, mit der Aufforderung ihn zu töten. Ursprünglich hatte die Hochschülerschaft der TU Wien den Dichter eingeladen, doch das Rektorat untersagte „zum Schutz der Studenten“ die Veranstaltung. Und auch die GAV verweigerte die Unterstützung dieser Lesung mit dem Argument, dass man die Mitglieder „schützen“ wolle. Aus Protest trat daraufhin das GAV-Vorstandsmitglied Gerhard Ruiss aus der Organisation aus und engagierte sich fortan als Generalsekretär der IG AutorInnen (einer Dachorganisation

aller Schriftstellerorganisationen Österreichs). Erst vor Kurzem erzählte mir Peter Paul Wiplinger, ein ehemaliges Vorstandsmitglied der IG AutorInnen, dass Arthur West zwar nie aus der GAV ausgetreten sei, er nach der Rushdie-Affäre aber sein hauptsächliches Engagement ebenfalls zur IG AutorInnen verlagerte.

Israel-Sprüche

Zu einem der dümmsten Vorurteile vieler DichterInnen gehört: „Jeder Kulturredakteur einer Zeitung hat in der Schublade eine Mappe mit schlechten Gedichten liegen, mit denen er ab seiner Pensionierung die Öffentlichkeit belästigen will.“ 1974/75 gründete ich mit Wolfgang Hemel, Manfred Pichler und Ursula Pressler die Literaturzeitschrift *Löwenmaul*. Gleichzeitig war ich noch in der Initiative zur Abschaffung des österreichischen Bundesheeres aktiv, die ihre Treffen in den Redaktionsräumen des *Neuen FORUM* von Günther Nening abhielt. Dort lernte ich zufällig Erich Fried kennen und bat ihn (schüchtern) um Beiträge für unsere Zeitschrift. Sogleich öffnete er seine abgewetzte lederne Aktentasche und überreichte mir drei von ihm noch unveröffentlichte Gedichte. 1977 fusionierten wir unsere Zeitschrift mit der von Nils Jensen und Reinhard Wegerth herausgegebenen Literaturzeitschrift *Frischfleisch* zu *Frischfleisch & Löwenmaul*.

Ab 1978 publizierten wir zudem die Buchreihe *Edition FF&LM*. Eines Tages übergab mir Arthur West ein Kuvert mit einer Sammlung seiner Gedichte mit der Frage, ob wir bereit wären, seinen

Zyklus „Israel-Sprüche“ in unserer Reihe als Buch zu publizieren. Ich wagte zunächst nicht einmal das Kuvert zu öffnen, um mir die Texte anzusehen, denn ich kannte erst wenige seiner Gedichte aus Anthologien und Zeitschriften, die ich ausnahmslos der „Agitprop-Literatur“ zuordnete, die von meinen Kollegen eher skeptisch aufgenommen worden wären. Ich war in unserem Kollektiv zwar der einzige Kommunist, doch blieben wir über Jahre von Verlagsförderungen vom Bund und Ländern ausgeschlossen, weil wir den Behörden als „verdeckter“ Verlag der KPÖ galten. Ich antwortete meinem Freund, dass ich über die Veröffentlichung dieser Gedichte nicht entscheiden könne, sondern dass darüber unsere Gruppe abstimmen werden würde.

Bei unserer nächsten Redaktions-sitzung jubelten die anderen Kollegen geradezu über die außerordentliche literarische Qualität der Gedichte von Arthur West. Wir luden ihn zu einem Gespräch darüber ein, wie wir die damit verbundenen Schwierigkeiten lösen könnten: Ein Buch kann aus technischen Gründen erst mit mindestens 64 Seiten (im Kern) realisiert werden. Wie ist dies mit „nur“ 35 Gedichten machbar? Man kann es mit Bildmaterial „aufblasen“, aber woher, welche Bilder hernehmen? Ich machte den Vorschlag, ob wir nicht Erich Fried um ein Vorwort ersuchen könnten, denn er hatte mir versprochen, dass ich mich jederzeit an ihn wenden könne, wenn ich etwas brauche. Arthur antwortete: „Das macht Erich sicher gerne, schließlich war er, als ich 1943 Edith im englischen Exil heiratete, unser Trauzeuge.“ Aus dem Vorwort von Erich Fried zu den 1980 erschienenen „Israel-Sprüchen“ (1997 gab es eine Neuauflage in der Berliner *Edition Schwarzdruck*): „Es ist gut und es ist nötig, dass gerade ein Mensch, dessen Schicksal gerade dadurch geprägt wurde, dass er als Jude vom Hitler-Faschismus verfolgt und vertrieben wurde und gegen ihn kämpfen lernte, gegen den Zionismus (nicht nur gegen die eines Begin) an den Palästinensern protestiert und von der Empörung über diese Verbrechen so erfüllt ist, dass sie ihn zu Gedichten inspiriert. Mir ist es ähnlich wie Arthur West ergangen. Auch ich wurde als Jude vom Hitler-Faschismus aus meiner Heimat Österreich vertrieben. [...] So voll von Bedeutung, von oft mehrschichtigem Sinn, sind diese Verse, dass ihre Beschreibung oder Erklärung weit mehr Raum einnehmen würde als die Gedichte

selbst. Aber es ist auch gar nicht notwendig, sie zu erklären; sie sind, wenn man elementare Kenntnis der Bibel und einige Tatsachen der jüdischen Geschichte voraussetzen darf, leichter verständlich als viele moderne Texte. Sie bemühen sich auch nicht um Neuigkeit oder um irgendeine poetische Manier, sondern erreichen ihre wirkliche Originalität immer wieder dadurch, dass der Sinn nicht nur auf besonders geglückte Art konzentriert ist, sondern dass es offenbar ein Sinngehalt ist, der dem Dichter so sehr in Fleisch und Blut übergegangen ist, dass Gedanken, Gefühl und sprachlicher Einfall eine Einheit bilden. Es ist, als hätte Arthur West diese Gedichte schon viele Jahre mit sich herumgetragen, ehe sie geschrieben wurden, so sehr verschmelzen Unmittelbarkeit und Reife in ihnen, so sehr sind diese Verse auch, trotz ihres gewichtigen Inhalts, von diesem Inhalt und den daran anknüpfenden Gedanken nie überfrachtet, sondern Gefühl und Sprache, gerade auch im Sprachgefühl ineinander verschmolzen, sind so stark und originell, dass die Gedichte nicht ‚kopfschwer‘ werden. / Es sind liebevolle Gedichte, von Liebe erfüllt nicht nur zu denen, mit denen der Dichter sich solidarisiert, sondern auch zu den Schuldigen, die er beklagt, indem er sie anklagt, und die er nie schlecht zu machen sucht.“

Linkes Wort am Volksstimmefest

Ab 1975 wurde am Volksstimmefest der KPÖ jedes Jahr das von Arthur West und Ernst Wimmer initiierte „Linke Wort“ zu den bestbesuchten AutorInnenlesungen im Land, die Arthur über seine Pensionierung im Jahr 1982 hinaus bis in die 2000er Jahre (unterstützt von Helmut Rizy, seinem Nachfolger als Kulturredakteur der *Volksstimme*) betreute. Ebenso verfasste er bis zur Einstellung der *Volksstimme* als Tageszeitung im Jahr 1991 weiterhin Rezensionen für das Blatt. Kaum war Arthur West Anfang der 1980er Jahre in Pension gegangen, publizierte er ein halbes Dutzend weiterer Lyrikbände, davon die ersten vier im Kleinverlag *Herbstpresse* seines Freundes, des Lyrikers Werner Herbst (1943–2008). 2002 erschien in der *Edition Schwarzdruck* in Berlin der „Versuch einer Werkausgabe“ in drei Bänden. Arthur West war zwei Jahre zuvor, am 16. August 2000, in Wien gestorben.

Fast hätte ich eine Besonderheit von Arthurs Leistungen als Kulturredakteur vergessen: Unter seiner Ägide war die

Volksstimme die erste Tageszeitung in Österreich, und sie blieb für viele Jahre auch die einzige, die über jedes Kinder- und Jugendtheaterereignis und jeden neuen Kinder- oder Jugendfilm ausführlich berichtete.

Edith West

Leider ist es wohl bis heute der übliche Fall, dass hinter jedem erfolgreichen Mann eine engagierte Frau steht, über deren Biografie kaum etwas bekannt ist, und die sich nach dem Tod des Ehemannes meist um dessen Nachlass bemüht. Dies trifft auch auf Arthur Wests Ehefrau Edith zu. Am 14. April 1919 in Wien geboren, waren ihre Eltern Anfang des 20. Jahrhunderts aus Polen in die österreichische Hauptstadt emigriert. Sie hatte fünf Geschwister. Als Jugendliche organisierte sich Edith zunächst bei den *Roten Falken* und wechselte nach dem Februar 1934 zum illegalen kommunistischen Jugendverband (KJV). In diesen Jahren absolvierte sie eine Ausbildung zur Kindergärtnerin. Ihrer Mutter gelang es nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938, mit ihren fünf Kindern nach Großbritannien zu emigrieren. Dort fand Edith zunächst eine Anstellung als Haushilfin, später arbeitete sie als Näherin und dann als Metalldreherin in einem Rüstungsbetrieb. In ihrer Freizeit engagierte sie sich in der österreichischen Exilorganisation *Young Austria*, wo sie Arthur West kennenlernte. Die beiden heirateten im Jahr 1943. Im Umfeld von *Young Austria* und des Londoner *Austrian Centre* lernten Arthur und Edith West 1942 auch den österreichischen Dichter Theodor Kramer (1897–1958) kennen, der vor der Machtübernahme der Nazis in Deutschland zu den meistgelesenen Lyrikern im deutschen Sprachraum gehörte. Im englischen Exil lebte Kramer unter ärmlichen Verhältnissen als Bibliothekar des County Technical College in Guildford.

Edith und Arthur kehrten 1946 nach Wien zurück. In den Jahren 1944 bis 1946 hatte Arthur der britischen Armee angehört, zu er sich freiwillig gemeldet hatte, um am Kampf der Alliierten gegen den Hitlerfaschismus teilzunehmen. Edith zufolge hatte sie sich in England nie wirklich heimisch gefühlt. Arthur arbeitete fortan beim neu gegründeten *Globus-Verlag* als Lektor, Edith wieder als Näherin und später in der Mineralölindustrie. Theodor Kramer kehrte erst 1957, ein Jahr vor seinem Tod, aus dem englischen Exil nach Wien zurück. Edith West berichtete, dass sich zwar einige



Edith West (1919–2022)

Mitglieder des PEN-Clubs in Wien manchmal nach dem Befinden von Kramer erkundigten, doch um ihn „gekümmert“ habe sich sonst niemand um ihn. Er war ein Pflegefall geworden. Diese Pflege übernahm nun hauptsächlich Edith West, sie kochte oft für ihn, räumte seine kleine Wohnung auf, wusch und bügelte seine Wäsche usw. Mindestens einmal in der Woche lud das Ehepaar West Kramer zum Essen in ihre Wohnung in Favoriten ein. So gut es ging, vermittelten sie auch noch Lesungen für ihn oder begleiteten ihn helfend zu Kulturveranstaltungen.

Als Arthur West das Projekt „Linkes Wort“ am Volksstimmefest begann, war Edith die „Seele“ dieser Veranstaltungsreihe. Nach jeder Lesung wurden die AutorInnen zum Stand der KPÖ Favoriten eingeladen, wo sie mit ihren Genossinnen aus dem Bezirk eine Kaffeejause (als bescheidenes „Honorar“) vorbereitet hatte. Diese „Tradition“ führten die Favoritner GenossInnen aus Favoriten noch lange Jahre fort. Einige Wochen nach dem Tod von Arthur im Jahr 2000 rief mich Edith an: „Weißt Du eigentlich, dass Arthur auch mehrere Theaterstücke geschrieben hat?“ Nein, das wusste ich bis zu diesem Zeitpunkt nicht. Edith hatte angenommen, dass ich gute Kontakte zu Wiener Bühnen hätte, und wollte einfach nicht glauben, dass ich noch nie Kontakte zur Theaterszene Wiens hatte. Jedes Mal, wenn ich später Edith bei verschiedenen Veranstaltungen traf, schaute sie mich (an-)klagend an und berichtete, wie schwer es für sie sei, alles zu unternehmen, damit das Werk von Arthur West nicht vergessen werde. Edith West ist am 7. August 2022, im 104. Lebensjahr, in Wien gestorben.

Rudolf Leo: *Versteckt und verschwiegen. Erinnerungen von Siegfried Loewe. Salzburg: Otto Müller Verlag 2022, 128 S., 23 Euro*

Die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und dem, was er mit Regionen, aber auch mit einzelnen Menschen gemacht hat, ist für den Historiker Rudolf Leo kein Neuland. Mit „Der Pinzgau unterm Hakenkreuz“ und „Bruck unterm Hakenkreuz“ sind Leo zwei Standardwerke der regionalgeschichtlichen Literatur gelungen. Wer sich mit dem Nationalsozialismus im Salzburger Innergebirge beschäftigt, kommt um Leos Publikationen nicht herum.

Völlig anders, indes nicht minder interessant, ist Leos neuestes Buch geworden. Mit „Versteckt und verschwiegen“ widmet er sich der Aufarbeitung der Lebensgeschichte von Siegfried Loewe. Geboren 1939 in Brüssel als Siegfried Grossmann, wurde Loewe als Kind jüdischer Eltern mit seiner Schwester Rebecca von der Organisation *L'enfant caché* („Das versteckte Kind“) mit über 2.000 anderen Kindern in Belgien vor dem Tod durch den NS-Faschismus gerettet. Ihr Weg führte die beiden über ein Waisenheim in Belgien schließlich zu einer Adoptivfamilie nach Wien. Über die Geschichte der beiden Kinder und die Ermordung der Eltern durch die Nazis wurde in seiner „neuen“ Familie

beharrlich geschwiegen. Die Tatsache der eigenen jüdischen Herkunft eröffnete sich Siegfried Loewe erst zufällig 1961 – im Alter von 22 Jahren – in Paris. Erst mit Ende 50 erfuhr er erstmals davon, damals in Brüssel als Kind versteckt und vor dem Tod gerettet worden zu sein. Leowes Geschichte ist geprägt von langanhaltendem Verschweigen und späten Momenten der Erkenntnis. Mit diesem Erinnerungsbuch bricht der Romanist, der lange Jahre an der Universität Wien lehrte, erstmals dieses lange Schweigen. Über zwei Jahre hinweg erzählte Siegfried Loewe dem Historiker Rudolf Leo seine Geschichte, und jener recherchierte, ordnete ein, fragte nach. Aus den Gesprächen resultierte letztlich eine lohnende, berührende und aufklärerische Lektüre.

CHRISTIAN KASERER

Georg Tidl: Rene, oder Der andere Weg. Wien: Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2022, 350 S., 24 Euro

Georg Tidl, ehemaliger Fernsehjournalist, Historiker und Publizist, hat einen neuen Roman vorgelegt: eine autobiografisch grundierte Erzählung über die ersten Lebensabschnitte des aufwachsenden Rene. Dieser wird geprägt durch seine antifaschistische Familie, seine kommunistischen Eltern, die während und nach der Nazizeit widerständig lebten und Rene das Gefühl vermittelten, einen eigenen Weg gehen zu müssen und gehen zu können. Die Porträts dieser Verwandten und deren Lebenswege durch Gefangenschaft und Konzentrationslager machen einen nachhaltigen Eindruck nicht nur auf den jungen Rene, sondern auch auf den Leser bzw. die Leserin der Erzählung.

In einigen Stationen werden Renes Schulzeit geschildert, seine Kindheit und Jugend in Kärnten und die Studienzeit in Wien. Die LeserInnen lernen die noch NS-geprägte Atmosphäre der Nachkriegszeit und den linken Aufbruch der 1960er und 1970er Jahre kennen. Besonders gelungen sind im Text die Naturbeschreibungen bei den Wanderungen des Buben durch die Kärntner Berge, aber auch die Milieu- und Zeitgeistschilderungen. Es sind auch jene Details, die das Leben eines Kindes in den 1950er Jahren plastisch erscheinen lassen. Etwa die Karl-May-Bildchen, die als Beilage einer Margarinepackung begehrte Sammlungs- und Tauschobjekte waren – was ich aus eigener Anschauung bestätigen kann –, auch wenn sie von den

Eltern wegen ideologischer Wertlosigkeit abgelehnt wurden.

Erste Eindrücke aus den kommunistischen Jugendorganisationen und aus dem Parteilieben der KPÖ, etwa die Demonstrationen am 1. Mai, beeindruckten zwar wegen ihrer Farbigkeit, fesseln den jungen Rene aber nicht, der sich zu jener Zeit auch nicht als Kommunist begreift. An der Lektüre der *Volksstimme*, damals als Tageszeitung Zentralorgan der KPÖ, interessiert ihn vor allem die Gerichtsberichterstattung, die er spannender findet als die Pflichtlektüre, die ihm von den LehrerInnen aufgetragen wird.

Prägende Ereignisse wie der Widerstand gegen den Vietnamkrieg, der Rene ins britische Jugendgefängnis mit beklemmenden Erlebnissen führt, aber auch die 68er Bewegung, die Rene eher aus der Perspektive der Beisl und Cafés der damaligen Boheme in Wien erlebt, bilden den Hintergrund seiner persönlichen und politischen Entwicklung. Rene lernt beim Jobben die Tricks der Fremdenführer kennen und er nimmt schließlich die Einladung eines östlichen Geheimdienstes an, dessen Ausbildung zu absolvieren.

Erlebtes und Fiktives mischt sich in diesem Buch, den roten Faden aber bildet der andere Weg, den Rene einschlägt. LeserInnen aus der Generation des Autors werden vieles finden, was sie selbst erlebt, beobachtet und erfahren haben. Jüngere Leser finden eine gute Einführung in die Zeitgeschichte und in die politische und kulturelle Atmosphäre jener Jahre. Ein Vorzug des Romans ist die oft starke, dann wieder einfühlsame, in jedem Fall aber gut lesbare Sprache, die es versteht, Spannung zu erzeugen, vor allem auch durch den raschen Szenenwechsel zwischen Erlebtem und Rückblenden, die Erinnerungen reflektieren. Der Roman findet ein überraschendes Ende, darüber aber sei nichts verraten.

MICHAEL GRABER

Gisela Hormayr: Aufbruch in die „Heimat des Proletariats“. Tiroler in der Sowjetunion 1922–1938. Innsbruck, Wien: StudienVerlag 2022 (Studien zu Geschichte und Politik, Bd. 27), 172 S., 21,90 Euro

Gisela Hormayr hat 2012 den Tiroler ArbeiterInnenwiderstand gegen den NS-Faschismus umfassend dargestellt. In ihrem Standardwerk „Ich sterbe stolz und aufrecht“. Tiroler SozialistInnen und KommunistInnen im Widerstand gegen Hitler“ hat sie den Widerstand revolu-

GESCHICHTE ERKENNEN

132 Seiten

Mit Beiträgen von:
Ernst Engelberg, Raimund Ernst, Domenico Losurdo, Ulrich Schneider, Hans-Peter Brenner, Werner Ruf, Florian Grams

Weitere Themen:
Aufklärung statt Propaganda, Bernhard Trautvetter; Die Linksfraktion, der Frieden und die Kommunalpolitik, Artur Pech; BlackRock's Aktienrente, Werner Rügemeier; China, die Systemfrage und die Linke in der politischen Falle, Beat Schneider; Marxistisches Menschenbild, Wolfgang Trunk; Lob des Realismus – Über Strugalla, Peter Michel; Rezensionen

BEILAGE: Die Matrix des Ukraine-Krieges (Tony Wood)



Neue Impulse Verlag

Hoffungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 1 23 67 57
info@neue-impulse-verlag.de

Einzelheft (inkl. Porto) 12,50 €	
Jahresabo 54,00 €	
ermäßigtes Abo 38,00 €	
Jahresabo+PDF 64,00 €	
ermäß. Abo+PDF 48,00 €	

www.marxistische-blaetter.de

tionärer SozialistInnen rund um die Gruppe *Neu Beginnen*, geknüpft an die Namen des 1943 hingerichteten Wörgler Arbeiterpaars Josefine und Alois Brunner, genau dokumentiert und analysiert. Ebenso eingehend beschreibt sie den Widerstand und die Ermordung kommunistischer und ehemals sozialdemokratischer Arbeiterfunktionäre in Kufstein (Adele Stürzl – „Rosa Luxemburg von Kufstein“, Johann Schmidt, Thomas Salvenmoser, Hans Vogl), in Schwaz (Max Bär), im Umfeld von Kitzbühel (Anton Rausch, Alois Graus, Adalbert Horejs, Josef Pair, Josef Werndl) sowie die Widerstandsaktivitäten von Eisenbahnern wie Konrad Tiefenthaler und Andreas Obernauer.

Zuletzt hat Gisela Hormayr 2019 in den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* ein beeindruckendes Porträt von Josefine Schneider (1906–1942), „einer Jüdin im kommunistischen Widerstand“, vorgelegt: Die Handelsangestellte Schneider, Aktivistin der illegalen KPÖ und der *Roten Hilfe*, war im Herbst 1937 (auch zur konspirativen Parteiarbeit) nach Innsbruck gekommen. Nach dem „Anschluss“ Österreichs von der Gestapo verhaftet, wurde sie 1939 in die Konzentrationslager Lichtenburg und Ravensbrück eingeliefert, um nach jahrelanger Qual im Frühjahr 1942 in der Tötungsanstalt Bernburg an der Saale ermordet zu werden.

Mit „Aufbruch in die ‚Heimat des Proletariats. Tiroler in der Sowjetunion“ erinnert Hormayr nun an das politisch widersprüchliche Schicksal zahlreich weiterer zu Unrecht vergessener, aus unterschiedlichen Motiven auch aus der Geschichtstradition von SPÖ und KPÖ oft verdrängter Tiroler Arbeiteraktivisten, deren Weg im Zug der Schutzbundemigration nach dem niedergeschlagenen Februaraufstand von 1934 in die Sowjetunion, in die Tschechoslowakische Republik, aber auch in die Schweiz und nach Großbritannien führte.

Vorab rekonstruiert die Verfasserin die Lebenswege von in Russland internierten Tiroler Kriegsgefangenen des Ersten Weltkriegs, die ab 1917 mit der Oktoberrevolution sympathisierten, und die von den Tiroler Polizeibehörden nach ihrer Rückkehr nach Österreich – etwa im Zusammenhang mit der nahen Münchner Räterepublik vom Frühjahr 1919 – argwöhnisch überwacht wurden. Einige von ihnen kehrten Anfang der 1920er Jahre in die Sowjetunion zurück, um dann in einigen Fällen während des Parteiterrors in den Jahren ab 1936 unter dem Vor-

wurf der „Sabotage“ oder der „konterrevolutionären Aktivität“ verurteilt und hingerichtet zu werden.

Verwiesen wird auch auf die Solidarität mit den sowjetischen sozialistischen Aufbaubemühungen, wie sie sich etwa in einer nach Russland reisenden Tiroler Arbeiterdelegation 1927 zeigt: Josef Populorum und Angelus Pallestrang wurden deshalb aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ausgeschlossen. Pallestrang war dann wichtiger Tiroler KP-Organisator (1928 Obmann der Innsbrucker KP-Arbeiterwehr, *Rote Hilfe*).

An Hand zahlreicher Biographien beschreibt die Autorin auch die wirtschaftlich begründete Auswanderung in die Sowjetunion, verursacht durch die Massenarbeitslosigkeit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, aber auch durch das Interesse der Sowjetunion an Facharbeitern, die im Rahmen der Industrialisierungskampagne dringend benötigt wurden, ehe diese dann ab Mitte der 1930er Jahre oft zur Rückkehr in ihre Heimatländer gedrängt werden sollten.

Einige wenige biographische Hinweise mögen hier die auseinandergehenden politischen Wege von Tiroler politischen (Schutzbund-) Emigranten kurz verdeutlichen: Johann Sappl, Bergarbeiter in Häring, hoch verdienter sozialdemokratischer Betriebsrat und Gemeinderat, zählte im Februar 1934 zu den maßgeblichen Organisatoren der Schutzbund-Arbeiterkämpfe im Raum Wörgl-Kirchbichl-Häring. So wie seine Kampfgefährten mit Mühe dem austrofaschistischen Standrecht entgangen, konnte er im März 1934 in die Schweiz nach Zürich flüchten, wo er wegen der Teilnahme an einem KP-Treffen polizeilich gemäßregelt wurde, und von wo aus er sich mit Unterstützung der *Internationalen Arbeiterhilfe* im August 1935 zur „definitiven Ausreise nach Moskau“ abmeldete. Sappl fand Anstellung auf der Baustelle der Moskauer Metro. Ob es u.a. wegen des hohen Lohngefälles zwischen dem höheren Ingenieurpersonal und den „einfachen“ Arbeitern – wie Sappl – zu Akten der Arbeitsverweigerung kam, ist nicht klar. Sappl – seit 1936 KPÖ-Mitglied – wurde nach seiner Verhaftung vorgeworfen, er sei nicht in der Lage, „seine sozialdemokratische Vergangenheit abzustreifen“. Ende 1937 plante er mit seiner Familie nach Österreich zurückzukehren. Unter anderem wegen seiner Kontakte zur österreichischen Gesandtschaft wurde Sappl im März 1938 vom sowjetischen Geheimdienst NKWD verhaftet und nach einem Scheinprozess

im August 1938 hingerichtet. 1957 wurde das Urteil nach einer Intervention von KPÖ-Sekretär Friedl Fürnberg informell revidiert: Es gäbe keinerlei Hinweise auf eine Spionagetätigkeit von Sappl.

Romed Bucher (1901–1975) war in den frühen 1930er Jahren in der kommunistischen Bauernselbsthilfe aktiv. Wiederholt unterstützte er im März 1932 in Thaur nahe Innsbruck von Versteigerung und Delogierung bedrohte Kleinbauern, was ihm eine neunmonatige Haftstrafe eintrug. Wegen seiner Aktivitäten für die seit 1933 verbotene KPÖ wurde Bucher im Frühjahr 1934 kurz in Wöllersdorf interniert. Nachdem es der Tiroler Polizei 1935 wohl mit Hilfe eines Spitzels ge-

Josef Enzendorfer (1955–2022)

Die Alfred Klahr Gesellschaft trauert um Josef („Enzi“) Enzendorfer, der am 14. August im 68. Lebensjahr an einer schweren Krankheit verstorben ist. Enzendorfer wurde am 5. Februar 1955 in Gunskirchen bei Wels geboren. „Enzis“ Lebensweg führte ihn nach einer Nachrichtentechniklehre und nach Abschluss der HTL in die Landeshauptstadt Salzburg, wo



er ein Studium der Geschichte begann. 1978 wurde er Mitglied der KPÖ, in der u.a. als Landessprecher und Spitzenkandidat bei Gemeinderats- und Landtagswahlen enagiert war. Seit 1985 war er im KZ-Verband aktiv, von 2007 bis 2021 war er Vorsitzender des Salzburger KZ-Verbands. Hauptberuflich war Enzendorfer seit den 1990ern für die EZA in Köstendorf tätig. Bis zuletzt blieb er dem KZ-Verband als Ehrenobmann und Vorstandsmitglied aktiv verbunden. Enzendorfer war ein profund Kenner der Salzburger Regionalgeschichte, insbesondere des politischen Widerstands gegen die Nazi-Diktatur.

lungen war, die Tiroler KP-Organisation um den Kärntner Tischler Simon Kompein aufzudecken, wurde auch Bucher verhaftet, ehe er Anfang 1936 in die Sowjetunion ausreisen konnte, wo er an die Internationale Leninschule delegiert wurde. Im Frühjahr 1938 nach Innsbruck zurückgekehrt, wurde Bucher von der Gestapo verhaftet, die ihm vorwarf, dass er als überzeugter Kommunist Mithäftlingen weiterhin die sozialistischen Errungenschaften der Sowjetunion angepriesen hat. Nach verhängter Haftstrafe wurde Bucher in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert, wo er 1945 befreit wurde. Ehefrau Thusnelda Bucher wurde 1939 in das KZ Ravensbrück deportiert. Nach Tirol zurückgekehrt, war Romed Bucher für kurze Zeit in der Landesleitung der KPÖ tätig.

Der Kirchbichler Schutzbundführer Thomas Berger (1908–1990) galt den Austrofaschisten im Frühjahr 1934 als besonders gefährlicher Teilnehmer „am Aufreue“ und als „Aufwiegler“. Wie Sappl konnte er in die Schweiz flüchten, von wo aus er im August 1935 Richtung Moskau aufbrach. Berger zählt zu jenen rund 160 Schutzbündlern, die von der Sowjetunion aus als Interbrigadisten in den Spanischen Bürgerkrieg zogen. Nach der Niederlage der Republik kam Bergers geplante Rückkehr in die Sowjetunion nicht zustande. Nach der Flucht aus dem französischen Lager Gurs fiel Berger 1940 der Gestapo in die Hände. 1941 aus der Gestapo-Haft entlassen konnte Berger den Faschismus – polizeilich überwacht – im Tiroler Unterland als Fabrikarbeiter überstehen. Berger stand zeitlebens zu den politischen Idealen seiner Jugend.

Der junge Schutzbündler Johann Lenk übte als Obmann der *Sozialdemokratischen Arbeiterjugend* (SAJ) im Bezirk Kufstein schon im Vorfeld des Februar 1934 Kritik am defensiv opportunistischen Kurs des Tiroler Landespartei Vorstandes. Lenk ergab sich mit seinen Mitkämpfern erst spät der Überlegenheit von Bundesheer und Heimwehr. Nach seiner Freilassung 1935 schloss sich Lenk – seit Jugendtagen mit dem Ehepaar Alois und Josefine Brunner befreundet – der *Neu Beginnen*-Gruppe um die Revolutionären Sozialisten, konkret um den in der ČSR aktiven Waldemar Knoeringen, an. Nach dem deutschen Überfall auf Prag gelingt Lenk 1939 die Flucht nach England, wo er gemeinsam mit anderen *Neu Beginnen*-Aktivisten vergeblich versucht, von Seite der englischen Labour-Partei als die eigentliche Vertretung des sozialdemokratischen Exils – also jenseits der Exil-SPD – anerkannt zu werden. Lenk verstarb Ende 1945 in jungen Jahren im englischen Exil: Ob eine Rückkehr nach Tirol erwünscht gewesen wäre? Ob er jenen nun dominanten parteirechten sozialdemokratischen Kreisen, die im antifaschistischen Kampf zumeist abseits gestanden waren, willkommen gewesen wäre?

Gisela Hormayr hat unzählige weitere Biographien ausgearbeitet. Hier kann nur noch auf zwei Tiroler Spanienkämpfer verwiesen werden, die 1939 nach der Niederlage der Spanischen Republik in die Sowjetunion übersiedeln konnten: Der verarmte Kleinbauer Max Bair (1917–2000), bekannt als Protagonist von Egon Erwin Kischs Novelle „Die drei Kühe“, war bis zu seinem Weg an die Seite des republikanischen Spanien

1937 im Umfeld eines traditionellen Wipptaler Landkatholizismus fern jeder Verbindung zur linken Arbeiterbewegung gestanden. Bair – nun Mitglied der spanischen KP – konnte 1939 über Frankreich in die Sowjetunion emigrieren. Gegen Kriegsende 1944 noch an der Seite der slowenischen Partisanen eingesetzt, war Bair nach 1945 kurz in der Landesleitung der Tiroler KPÖ tätig. Unter den Vorzeichen des „Kalten Kriegs“ übersiedelte er in die DDR.

Der Eisenbahnersohn Emmerich Übleis (1912–1942) war 1933 von Wien zum Studium der Chemie an die Universität Innsbruck gekommen. 1935 wurde er vom Innsbrucker Universitätsrektor nach seiner Verurteilung wegen Aktivität für die illegale Tiroler KPÖ „für immer“ vom Studium an österreichischen Hochschulen ausgeschlossen. Übleis war u.a. als Redakteur für die *Rote Volkszeitung* tätig. Über Prag kam er im Frühjahr 1937 nach Spanien. Wie Bair konnte Übleis 1939 in die Sowjetunion übersiedeln, wo er 1942 tödlich verunglückte.

Das Buch dokumentiert die nachhaltige Auslöschung und Demoralisierung eines lokalen arbeiterwiderständischen Milieus, von dem einzelne Vertreter dem terroristischen „Säuberungsprozess“ innerhalb der KPdSU zum Opfer fielen. Das Buch demonstriert den Lesenden aber vor allem, wie ein in Tirol vorhandenes kämpferisches Arbeitermilieu vom (NS-)Faschismus systematisch, und damit über die Befreiung von 1945 hinaus wirksam, desorganisiert, verfolgt und liquidiert wurde: unersetzbarer Kader, die dem sozialistischen Lager nach 1945 auch in der Tiroler Provinz schmerzlich fehlten.

PETER GOLLER

Ines Geipel: Schöner Neuer Himmel. Aus dem Militärlabor des Ostens. Stuttgart: Klett-Cotta 2022, 288 S., 22,95 Euro

Es ist eine wissenschaftliche Terra incognita, die in der DDR erfolgte Vermengung von im Leistungssport eingesetztem Doping mit der menschlichen Erforschung des Kosmos. Ines Geipels Buch „Schöner Neuer Himmel. Aus dem Militärlabor des Ostens“ hat sich zum Ziel gesetzt, dieses noch unentdeckte Land erstmals zu erkunden. Sie greift dabei auf die wenige bisher vorhandene Literatur zurück und nimmt darüber hinaus umfassende eigene Archivrecherchen vor. Alleine der Endnotenapparat ihres Buches mit Verweisen auf DDR-

25.09.2022

Tag des Denkmals
Dan spomenika



Das Partisan*innendenkmal am Peršmanhof und in St. Ruprecht/Sentrupert – Denkmäler und ihre Rolle in umkämpften Erinnerungskulturen

Partizanski spomenik pri Peršmanu in v Sentrupertu – Spomeniki in njihova vloga v kulturni spominjanja

Im Jahr 2022 feiert das Partisan*innendenkmal mit seinen zwei Standorten am Peršmanhof und in St. Ruprecht/Sentrupert ein halbrundes Jubiläum. Vor 75 Jahren, 1947, wurde die Figurenplastik am Friedhof St. Ruprecht bei Völkermarkt/Velikovec feierlich enthüllt. Seit 2019 steht das Denkmal unter Denkmalschutz. Gemeinsam mit Expert*innen beleuchten wir am internationalen Tag des Denkmals an zwei Orten die Rolle von Denkmälern in umkämpften Erinnerungskulturen. Die Veranstaltung begleitet ein Kulturprogramm inklusive neu entwickelter Pop-Up-Ausstellung, ein Shuttle-Bus verbindet die beiden Standorte.

Mit/Nastopajoči: Gabu Heindl, Drehl Robnik, Jelena Poprižan, FPZ Z'borke, Zveza koroških partizanov/Verband der Kärntner Partisanen uvm./idr.

Exkursion, Vorträge, Ausstellungseröffnung, Musik Ekскурzija, predavanja, odprtje razstave in glasba

13.00 Uhr/ura
Friedhof St. Ruprecht/Völkermarkt
pokopališče Sentrupert/Velikovec

15.30 Uhr/ura
Peršmanhof
Peršmanova domačija

Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln möglich
Shuttlebus vom/zum Bhf. Völkermarkt-Kühnsdorf
Anschluss von/nach Wien, Klagenfurt, Villach



Društvo/Verein
Peršman
www.persman.at
office@persman.at

bezogene Archive umfasst 35 Seiten. Man möchte also meinen, hier eine wissenschaftlich fundierte Untersuchung vorzufinden. Alleine, man wird enttäuscht. Geipel, selbst ehemalige DDR-Leistungssportlerin, Doping-Geschädigte, Publizistin und Literaturwissenschaftlerin, vermischt die historischen Fakten mit Augenzeugenberichten, eigenen Erinnerungsstücken und philosophisch-essayistischen Überlegungen zu einer Melange feiner Prosa. Ein Krimi, vielleicht ein Thriller ist es, den man hier zu lesen bekommt, verbunden mit dem allerdings gescheiterten Versuch einer Ideengeschichte der Erforschung des Kosmos und der Bedeutung des menschlichen Körpers in der DDR; wissenschaftliche Aufarbeitung indes ist dieses Buch nicht.

Der selbstgesetzte ideologische Auftrag Geipels ist klar, weshalb sie sich manchmal zu nicht ganz ernstzunehmenden Behauptungen versteigt. Oftmals werden die LeserInnen mit nicht beantworteten Suggestivfragen zurückgelassen. Der Verlag wäre gut darin beraten gewesen, dem Buchtitel die Bezeichnung „Polit-Thriller“ beizufügen. „Schöner Neuer Himmel“ kann aufgrund der unzähligen Archivrecherchen als erste nützliche Handreichung gelesen werden, an die eine echte wissenschaftliche Erforschung, Kontextualisierung und Aufarbeitung dieses Themas wird anknüpfen können. Dass die Vermischung von Doping im Leistungssport und der – auch militärischen – Kosmosexploration in der DDR unangenehme Ausmaße angenommen haben mag, muss und kann wohl auch nicht bestritten werden. Dass es sich dabei jedoch um einen Vorgang handelt, der einem genuin verdorbenen System inhärent wäre, hingegen schon, bedenkt man, wie auch heute noch etwa in den USA daran geforscht wird.

CHRISTIAN KASERER

Didier Eribon: Rückkehr nach Reims. Berlin: edition suhrkamp 2022 (21. Auflage), 240 S., 18 Euro

Die Politiker sind alle gleich. Ob links oder rechts, die Rechnung zahlen immer dieselben“, so oder so ähnlich klang die Anklage der französischen ArbeiterInnenklasse Anfang der 1980er Jahre, als die Regierung von François Mitterrand unter Beteiligung der Kommunistischen Partei Sozialkürzungen und Privatisierungen durchführte. Auch die Eltern des französischen Soziologen Didier Eribon sahen rechte oder gar rechtsextreme PolitikerInnen als Feinde

der ArbeiterInnenklasse und waren aufrechte AnhängerInnen der französischen KP und ihrer Gewerkschaft. Doch eignet sich Eribons Familiengeschichte nur bedingt als Stoff für ein proletarisches Heldepos, vielmehr spiegelt sie die Zerrüttung der europäischen ArbeiterInnenmilieus im Kleinen wider: soziale Not und Verzweiflung, Alkoholismus und familiäre Gewalt, Abstiegsängste und Alltagsrassismen, Minderwertigkeitsgefühle und der Verlust vertrauter Verhältnisse durch den neoliberalen Gesellschaftsumbau.

Schon 1848 formulierte Karl Marx, dass jeder halben Revolution eine ganze Konterrevolution folge. Umso schlimmer verhält es sich mit dem offenen Verrat einer Linken an der ArbeiterInnenklasse, die damit den Boden bereitet hat für den heutigen Aufstieg des *Front National* in Frankreich. Wie es dazu kommen konnte, beschreibt Didier Eribon in seinem Bestseller „Rückkehr nach Reims“, das mittlerweile in 21. Auflage (1. Auflage 2016) erschienen ist. Als wichtigen Faktor hierfür beschreibt er das Versagen der Linken.

Nach dem Tod des Vaters kehrte Eribon – als sozial aufsteigender, homosexueller Trotzki, der seinem proletarischen Familienumfeld, das er als rückwärtsge-

wandt erlebt, den Rücken kehrt ohne dabei aber jemals wirklich in der französischen Intelligenzija anzukommen – in die nordfranzösische Industriestadt Reims zurück und arbeitete in Gesprächen mit seiner Mutter nicht nur die Geschichte seiner Familie, sondern auch seiner Klasse auf. Er beschreibt die ökonomischen, sozialen und politischen Umbrüche, die dazu führten, dass sich klassenbewusste ArbeiterInnen erst von der Politik abwendeten, um schließlich mit der Wahl des rechtsextremen *Front National* einen Akt „sozialer Notwehr“ zu sehen: „Mit der Wahl der Kommunisten versicherte man sich stolz seiner Klassenidentität, man stellte diese Klassenidentität durch die politische Unterstützungsgeste für die ‚Arbeiterpartei‘ gewissermaßen erst richtig her. Mit der Wahl des Front Nationals verteidigte man hingegen still und heimlich, was von dieser Identität noch geblieben war, welche die Machtpolitiker der institutionellen Linken [...] ignorierten oder sogar verachteten“, so Eribon.

Eribon weist damit die so genannte „Totalitarismusthese“ zurück, die auf eine Gleichsetzung von links und rechts abzielt. Stattdessen kritisiert er die neoliberale Hegemonie, der sich breite Teile der politischen Linken unterworfen ha-

Die Dissertation von Alfred Klahr aus dem Jahr 1928 „Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung in parlamentarischen Republiken“

Vortrag von RA Univ.-Prof. Dr. Alfred J. Noll
Abgeordneter zum Nationalrat a.D.



Der junge Kommunist Alfred Klahr (1904–1944) dissertierte unmittelbar vor der präfaschistischen Verfassungsnovelle 1929 bei Hans Kelsen und Adolf Merkl an der Universität Wien – so wie kurz zuvor schon Hugo Huppert und kurz danach Albert Fuchs. Freilich war es damals ganz unmöglich, mit einer marxistischen Arbeit an der Universität Wien zu promovieren. Es mussten inhaltliche Abstriche gemacht werden. Das eminent politische Thema des Verhältnisses von Gesetzgebung und Verwaltung, von Legislative und Exekutive ließ aber eine gänzlich unpolitische, „rein juristische“ Darstellung gar nicht zu. In Alfred Klahrs Dissertation wird dies an vielen Stellen sichtbar.

Die aktuelle Beschäftigung mit der Dissertation von Alfred Klahr dient auch der Verständigung darüber, ob die bis heute ungedruckt gebliebene Arbeit nicht doch posthum publiziert werden sollte, zumal sie vom Doktorvater Adolf Merkl damals als „zur Gänze publikationsreif“ qualifiziert wurde.

Mittwoch, 14. Dezember 2022, 19.00

Veranstaltungssaal von transform!, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der
Geschichte der Arbeiterbewegung

1972

Österreichs Linke im Aufschwung

Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft

Die erste Hälfte der 1970er Jahre war durch eine Linksentwicklung in der ArbeiterInnenschaft und unter KünstlerInnen und Intellektuellen gekennzeichnet. Einige von ihnen näherten sich auch der KPÖ an, die in diesen Jahren einen Aufschwung erlebte. Die Partei konnte neue Mitglieder – vor allem junge Menschen – gewinnen und in Betrieben, bei Gemeinderats- und Landtagswahlen Erfolge erzielen. Die *Gewerkschaftliche Einheit* (bzw. später der *Gewerkschaftliche Linksblock*) verzeichnete bei Betriebsratswahlen teilweise erdrutschartige Stimmengewinne, vor allem in der Verstaatlichten Industrie, wo es eine Welle von Arbeitskämpfen gab.



Bärbel Danneberg: *KPÖ und „Neue Frauenbewegung“*

Michael Hollogschwandtner: *Die Gründung des KSV im Oktober 1972*

Winfried R. Garscha: *Nixons Zwischenstopp in Salzburg: Heißer Empfang für einen Kriegsverbrecher auf dem Weg zum Abrüstungsgipfel*

Mirko Messner: *Keine Frage von Ortstafeln. 50 Jahre Kärntner „Ortstafelsturm“*

Sabine Fuchs: *Die Solidaritätskampagne mit Angela Davis*

Michael Graber: *Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in Österreich. Eine theoretische Konferenz der KPÖ am 29. Jänner 1972*

Manfred Mugrauer: *Betriebsratswahlen und „Betriebsterror“ gegen KommunistInnen*

Christian Kaserer: *Linksruck in der österreichischen Literatur. Zwei Bilder der KPÖ*

Samstag, **8. Oktober 2022**, 14 bis 18 Uhr
Veranstaltungssaal von transform!

Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Nikolaus Domes, Gerhard Feldbauer, Sabine Fuchs, Peter Goller, Michael Graber, Gerald Grassl, Christian Kaserer, Robert Krotzer, Manfred Mugrauer, Gitta Tonka, Karl Wimpler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

ben. Sie haben damit ihren Zweck als konsequente Interessensvertretung der Unterklassen aufgegeben und werden folglich von diesen auch nicht mehr wahrgenommen.

„Rückkehr nach Reims“ kann ein Anstoß sein, linke Politik wieder als Klassenpolitik zu verstehen, um ausgehend von der Artikulation der sozialen Interessen der ArbeiterInnenklasse ein neues Wir-Gefühl zu entwickeln und daran anknüpfend für eine Veränderung der Gesellschaft zu kämpfen. Viele bisherige Antworten der „Linken“ – wahlweise an der Seite des Bürgertums mahndend den Zeigefinger gegen die „ProletInnen“ zu erheben oder aber mit den rechten Wölfen zu heulen – führen schnurstracks in die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit. Es braucht neue, alte Antworten, wofür Eribon mit seiner soziologischen Studie, die sich wie ein Roman liest, wichtige Anregungen liefert.

ROBERT KROTZER